

STREIFLICHTER

1

aus Verfolgung und Widerstand 1933-45

GROSSACHSENHEIM
VAIHINGEN/E.
UNTERRIEXINGEN
PLEIDELSHEIM
BIETIGHEIM
ASPERG
LUDWIGSBURG
KORNWESTHEIM



VVN Kreisvereinigung Ludwigsburg

STREIFLICHTER

aus Verfolgung und Widerstand 1933-45



**Luzifer Verlag
Ludwigsburg
1983**

Geleitworte

Widerstand und Verfolgung der Gegner des nationalsozialistischen Regimes in Stadt und Kreis Ludwigsburg schildert diese Broschüre - die erste einer sechsteiligen Reihe. Diese Darstellung Werner Hoffmanns vom VVN-BdA Ludwigsburg ist ein Beitrag, der mithelfen soll, das dunkelste Kapitel der Geschichte unserer Stadt und ihrer Umgebung aufzuarbeiten. Diese Vergangenheit zu bewältigen, heißt vor allem, aus ihr zu lernen und beharrlich dafür einzutreten, es nie wieder so weit kommen zu lassen.

Was wir unserer Generation, und insbesondere künftigen Generationen schulden, ist, daß wir alle treu zur Demokratie stehen, und auch gerade dann, wenn die Zeiten schwierig werden.

Die Stadt Ludwigsburg wird auch für die Herausgabe der geplanten weiteren Broschüren entsprechende Unterlagen aus dem Stadtarchiv zur Verfügung stellen.



Dr. Otfried Ulshöfer
Oberbürgermeister

"Wer die Vergangenheit nicht kennt,
kann die Gegenwart nicht begreifen
und die Zukunft nicht gestalten."

August Bebel

"Vergiß uns nicht, die wir hier getötet wurden -
denn das Vergessen des Bösen
ist die Erlaubnis
zu seiner Wiederholung."

Inschrift auf dem griechischen Mahnmal
im KZ Mauthausen

Wenn die VVN-Bund der Antifaschisten 50 Jahre nach der Machtergreifung Hitlers, im Jahr 1983, die Broschüre "Streiflichter aus Widerstand und Verfolgung im Kreis Ludwigsburg" herausgibt, dann vor allem deshalb, weil unser heutiges Sein und Bewußtsein geschichtlich entstanden ist und weil unser heutiges politisches Handeln die Geschichte von morgen bestimmen wird.

Mit der vorliegenden Broschüre wollen wir gerade der jüngeren Generation Informationen geben und Fragen beantworten, die zur Bewältigung unserer jüngsten Vergangenheit notwendig sind.

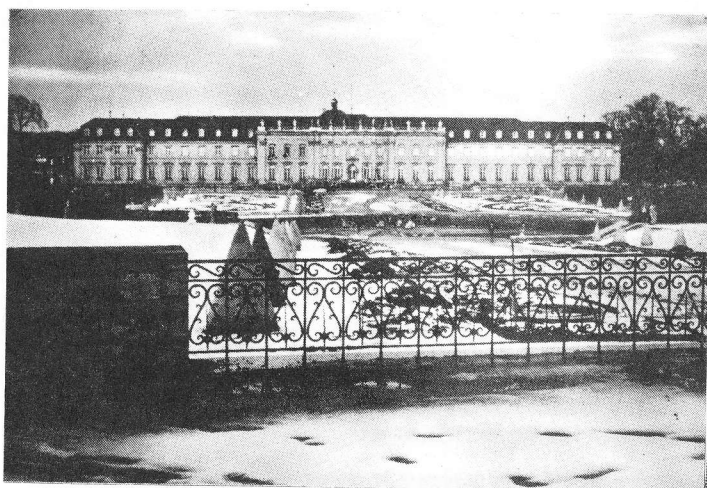
Stellvertretend für diejenigen, die die Herausgabe dieser Arbeit ermöglicht haben, möchten wir besonders Werner Hoffmann, stellvertretender Kreisvorsitzender der VVN-BdA Ludwigsburg, und Herrn Läßle vom Stadtarchiv Ludwigsburg danken.

Kreisvorstand
VVN-Bund der Antifaschisten
Kreis Ludwigsburg



Inhalt

Alfred Hausser: Das andere Ludwigsburg	4
„Deutschland erwache“	5
Die Verfolgung der jüdischen Mitbürger	6
Max Elsas (1858 - 1942)	10
...wurde die SPD verboten	11
Wilhelm Keit (1870-1968)	14
...daß er unverzüglich diesen Saal verläßt	15
Die Nazis im Gemeinderat	
Wilhelm Bader, Gemeinderat in Ludwigsburg	18
Willy Pflugbeil, Gemeinderat in Ludwigsburg	19
Fritz Züfle, Ein Opfer der Gestapo	19
Ludwig Herr: Eine Straße trägt seinen Namen	21
Ludwigsburger im Widerstand Die KPD	22
Franz Martin: Kein Wort verraten	25
Alfred Müller: Arbeitssklave für's Großkapital	26
Karl Kunde: Ein Spitzel hörte mit	27
Am Grab von Eugen Riegert	27
Thomas Schick: Zeugnis für die Jugend	29
Widerstandskampf im Kriegsgefangenenlager	31
Der BSW in Ludwigsburg	
Hauptmann Resnikow	33
Zuchthaus Ludwigsburg	33
Willi Bohn	34
Eugen Widmaler († 14.3.1940)	35
Über Alfred Hausser	37
Wilhelm Künzler	38
Hugo Starck (7.11.1906 - 4.8.1980)	43
Alfons Kanitzer († 7.11.1943)	43
Bilanz des Terrors	44
Stationen zur Hölle	45
Ehre unseren Toten!	46
Anhang: Zeittafel	49
Namensverzeichnis	50
Ortsverzeichnis	51
Sachregister	51
Literaturhinweise	52
Nachweis der Photos und Dokumente	52



Alfred Hausser: Das andere Ludwigsburg

Mit der Stadt Ludwigsburg verbinden sich für die heutige Generation Schlösser, das Blühende Barock, eine Vielzahl von Kasernen, von der US-Armee belegt, und wichtige Industriebetriebe. Das aus der Fürstenzeit geprägte Stadtbild wird auch heute noch gerne dargeboten. Mit Ludwigsburg verbinden sich aber auch dunkle Bilder. Wer seinen Blick von der Schorndorfer Straße zum Schloß lenkt, kann die Mauer und mittelalterlichen Gebäude dahinter nicht übersehen: die Strafanstalt, und in der weiteren Umgebung Württemberg höchster Berg, den Hohen-Asperg – auch Demokratenbuckel genannt. Beides waren zusammen mit dem Blockhaus während der NS-Zeit die Endstation für tausende von Antifaschisten aus Württemberg, später auch aus Hessen, Baden, der Pfalz, dem Saarland, und nach dem Überfall auf Frankreich im Mai 1940 auch aus dem Elsaß und Lothringen. Aber nicht nur das, was hinter den Zuchthausmauern geschah, verdient Beachtung, sondern auch das Geschehen in Stadt und Landkreis.

Die Ludwigsburger Arbeiterbewegung, repräsentiert durch KPD, SPD, die Freien Gewerkschaften, die vielen Arbeitersport- und Kulturvereine, die Naturfreunde usw., hatten starken Einfluß und waren auch in den umliegenden Landgemeinden mit ihrer aus Industriearbeitern durchsetzten Bevölkerung gut vertreten. Wenn auch das Unheil des Hitlerfaschismus nicht verhindert werden konnte, so gab man sich nach dem 30. Januar 1933 auch in Ludwigsburg nicht geschlagen. Davon zeugen die Berichte dieses Heftes.

Da sich keine amtliche Stelle dieser Geschichte des Widerstandes in 35 Jahren nach der Befreiung von Faschismus und Krieg angenommen hat, die Zeugen des Geschehens aber immer weniger werden, haben die Mitglieder unserer Vereinigung in mühevoller Arbeit Archive gesichtet, Dokumente gesammelt, Beteiligte befragt und dies in einer unvollständigen Zusammenfassung für die Öffentlichkeit vorbereitet, um auf die vielen Fragen aus der jungen Generation eine authentische Antwort zu geben.

Von der Publikation erhoffen wir uns auch einen Anstoß von der Bevölkerung, Wissen und Dokumente für weitere Veröffentlichungen zur Verfügung zu stellen.

Fest steht: es hat neben marschierenden Kolonnen der Nazis und der Wehrmacht auch ein anderes Ludwigsburg gegeben. Jene Frauen und Männer, die damals unsagbare Opfer auf sich nahmen, haben auch in Ludwigsburg dazu beigetragen, den guten Namen unseres Volkes in dunkler Zeit zu bewahren. Sie verdienen es deshalb, in den Annalen der Geschichte festgehalten zu werden.

Alfred Hausser
Landesvorsitzender der VVN-Bund der Antifaschisten
Baden-Württemberg e.V.



**Wir wissen alles. Uns sperren sie ein.
Wir wissen alles. Uns läßt man bespein.
Wir werden aufgelöst. Und verboten.
Wir zählen die Opfer; wir zählen die Toten.
Kein Minister rührt sich, wenn Hitler spricht.
Für jene die Straße. Gegen uns das Reichsgericht.
Wir sehen. Wir hören. Wir fühlen den kommenden Krach.
Und wenn Deutschland schläft —:
Wir sind wach!**

„Deutschland erwache“ oder: Tucholskys Ahnung wird Wirklichkeit

Was Kurt Tucholsky mit seinem "Deutschland erwache!" bereits 1930 vorausahnte, wird einige Jahre danach blutige Wirklichkeit: Hitler wird am 30. Januar 1933 durch den Reichspräsidenten von Hindenburg zum Reichskanzler ernannt. Das SPD-Zentralorgan **Vorwärts** schreibt: "Hitler-Papen-Kabinet, 'feine Leute' und drei Nazis - Kabinet des Großkapitals."¹

Es folgt der von den Nazis inszenierte Reichstagsbrand am 27. Februar 1933 und eine Verordnung des Reichspräsidenten zum "Schutz von Volk und Staat" (28. Februar 1933). Damit ist die Bahn für den hemmungslosen Terrorkurs des Hitler-Regimes frei.

Auch im Stuttgarter Innenministerium werden entsprechenden "Durchführungsmaßnahmen" erlassen, und das Oberamt Ludwigsburg läßt den Ortspolizeibehörden und den Landjägerschaftskommandos Schreiben zustellen, in denen um "entsprechendes Vorgehen" und "Vollzugsbericht" an das Oberamt gebeten wird. Trotz eines beispiellosen Verfolgungsfeldzuges erhalten die beiden Arbeiterparteien SPD und KPD bei den Reichstagswahlen am 5. März 1933 120, bzw. 81 Mandate.

Tags drauf beginnt jedoch eine große Verhaftungswelle im Reich: der demokratische Deckmantel wird endgültig abgelegt. Über Zehntausend Antifaschisten waren zudem bereits nach dem Reichstagsbrand festgenommen worden.

Im Landtag von Württemberg wird am 15. März 1933 anstelle des zurückgetretenen Staatspräsidenten Dr. Bolz der Gauleiter der NSDAP, Wilhelm Murr, zum neuen Staatspräsidenten gewählt. Dabei übt das Zentrum Stimmenthaltung, die SPD stimmt dagegen, und die Abgeordneten der KPD sind zur Sitzung nicht zugelassen; sie stehen alle auf einer Verhaftungsliste.

Am 23. März 1933 beschließt der im Zeichen des Terrors gewählte neue Reichstag das Ermächtigungsgesetz, das der Regierung Hitlers für vier Jahre die Möglichkeit gibt, Gesetze ohne Zustimmung des Reichstags zu erlassen. Die SPD, von ihren 120 Abgeordneten können noch 94 an der Sitzung teilnehmen, stimmt dagegen. Die Sitze der 81 KPD-Abgeordneten werden annulliert. Im ganzen Reich rollt die besagte Verhaftungswelle an.

Unter dem 25. März 1933 schreibt die LUDWIGSBURGER ZEITUNG "...95 Häftlinge ins Konzentrationslager abtransportiert ...23 Gefangene... (die) aus Ludwigsburg selbst und den Vororten stammen."

Am 31. März berichtet sie: "Im Lager (Heuberg) befinden sich z. Zt. 2000 Schutzhäftlinge. Durch den Ausbau soll das Lager derart vergrößert werden, daß etwa 4000 Häftlinge untergebracht werden können."

50 000 SA- und SS-Männer werden 1933 im Reich als "Polizei-hilfs-truppe" eingesetzt. Zur Brechung des Widerstandes gegen Faschismus und Krieg werden am 2. Mai 1933 von der SA und anderen Naziorganisationen die Gewerkschaftshäuser besetzt und weitere Arbeiterfunktionäre verhaftet.

In der LUDWIGSBURGER ZEITUNG vom 3. Mai 1933 wird dazu unter anderem wie folgt berichtet:

Die Gleichschaltung der Gewerkschaften

Gestern erfolgte punkt 9 Uhr früh eine Aktion gegen den „Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbund“, den „Volksgewerkschaftenverband“ und den „Gesamtwirtschaftlichen Betriebsrat“ unter Führung des Ortsgruppenleiters Seitz sowie des Propagandaleiters Hieber der Nationalsozialistischen Betriebszellenorganisation, Ortsgruppe Ludwigsburg.

Außer beim Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbund konnte vorläufig nichts beanstandet werden. Bei dem Kassier dieses Gewerkschaftsbundes Hofmann, Abelstraße 22, mußte jedoch festgestellt werden, daß dieser einen buchmäßig feststellbaren Kassenbestand nicht vorweisen konnte, sondern nur einen Betrag nannte, der bereits schon seit vier Jahren besteht. Die Äußerungen dieses Kassiers gingen dahin, daß seit vier Jahren keine Beiträge mehr eingezogen wurden. Die weitere Prüfung ergab, daß ein Kassenbuch besteht, bei welchem jedoch 52 Seiten herausgenommen sind, jedoch kein Federstrich über Einnahmen und Ausgaben zu sehen ist. Es ist bestimmt anzunehmen, daß es sich hier um Verfehlungen des Kassiers handelt, was den Prüfer veranlaßte, sofort die Kriminalpolizei dahingehend zu verständigen. Die Geschäfte werden unverändert weitergeführt.

Als Kommissar für vorstehende Gewerkschaften wurde der Ortsgruppenleiter der NSD, Herr Seitz, für Ludwigsburg bestimmt. Die Aktion wurde im Interesse der Mitglieder durchgeführt.

Auch in anderen Städten des Bezirks wurden, wie überall im Reich, auf Anweisung der Reichsleitung der NSD, gestern vormittag die Freien Gewerkschaften unter kommissarische Leitung gestellt. Im Kreise Ludwigsburg wurden weiterhin folgende Kommissare eingesetzt: für Kornwestheim Hg. Karl Siegle, für Alperg Hg. Ernst Bisschhoff und für Markbach Hg. Karl Weigner. In Schutzhaft genommen wurden in Kornwestheim der bisherige Leiter des Zentralverbandes der Schuhmacher Karl Bähler und der Geschäftsführer Sprenger.

Auch Arbeiterturn- und Gesangsvereine werden aufgelöst. In Kornwestheim zieht die SA in deren Räume ein.

Das Naziblatt VOLKISCHER BEOBACHTER meldet am 23.6.1933: ...Das Ende der marxistischen Landesverrats-Partei... ...Verbot der Sozialdemokratie...Keine Sozialdemokraten mehr im Parlament.

In einer Zeittafel am Schluß der Broschüre wollen wir auf einige wichtige Daten hinweisen, die auch für die weitere Entwicklung in Stadt und Kreis Ludwigsburg von großer Bedeutung waren.

Das Ende: "50 Millionen Menschen verloren im Zweiten Weltkrieg ihr Leben, 35 Millionen wurden Kriegsversehrte. 72 Armeen befanden sich im Kriegszustand, und die Kosten für die Kriegführung betrugen insgesamt 935 Milliarden Dollar.

In den faschistischen Vernichtungs- und Konzentrationslagern, in Zuchthäusern und Gefängnissen wurden während des Krieges rund 8 Millionen Menschen verschiedener Nationalität ermordet.

Das deutsche Volk verlor rund 6 Millionen Menschen. Davon fielen über 4 Millionen im Kampf, über 400 000 wurden bei Luftangriffen getötet und mehr als 200 000 Menschen wurden Opfer des faschistischen Terrors. Bei Bombenangriffen wurden in Deutschland 3,6 Millionen Wohnungen zerstört und 7,5 Millionen Einwohner wurden obdachlos. Als Folge des faschistischen Krieges hatten Millionen Menschen ihre Heimat verloren. Die meisten Industriezentren wurden dem Erdboden gleichgemacht.

In Deutschland und überall in Europa herrschten Hunger und Not. So waren die Worte Adolf Hitlers vom 15.3.1945, die die ganze Menschenverachtung und Volksfeindlichkeit des Faschismus widerspiegeln, in furchtbarer Weise in Erfüllung gegangen: "Wenn der Krieg verloren geht, ist es nicht notwendig, auf Grundlagen, die das deutsche Volk zu seinem primitivsten Weiterleben braucht, Rücksicht zu nehmen."¹

Wer kennt die Namen?

Bevor Europa mit Krieg überzogen wurde, stellten die Nazis im ganzen Reich Friedhofsruhe her. Wer kennt die Namen aller Verfolgten, der Ermordeten aus dem Kreis Ludwigsburg?

Es ist eine lange Liste von rassistisch, religiös und politisch Verfolgten. Da kam Hermann Wissmann aus Ludwigsburg im KZ Heuberg um. Fritz Koch fiel 1936 im Kampf gegen die Francofaschisten. Fritz Züfle, der Eisenbahner aus Kornwestheim, der Kontakte zu NS-Gegnern in der Schweiz hatte, wurde von der Gestapo im Dezember 1938 umgebracht. Ludwig Herr aus Kornwestheim, lange Jahre in Haft, kam noch im Januar 1945 im KZ Neuengamme um, und Willy Bader, KPD-Stadtrat aus Ludwigsburg, erlebte die Befreiung in Dachau nicht mehr.

Von den in Ludwigsburg lebenden jüdischen Bürgern wurden mindestens 56 in Konzentrationslager deportiert.

Der damalige Fraktionsvorsitzende der SPD in Ludwigsburg, Tischendorf, wurde 1933 während einer Gemeinderatsitzung verhaftet. Jetzt trägt eine Straße seinen Namen.

Wer weiß etwas von Dr. Alberdowski, der Kopf einer Gruppe sowjetischer Kriegsgefangener war, die in Verbindung mit Bürgern aus Ludwigsburg antifaschistischen Widerstand geleistet haben? Die Gestapo ließ den Arzt 1945 im KZ Welzheim verhungern.

Wer kennt all die Namen der Verfolgten vom Reichstagsbrand über die "Reichskristallnacht" bis 1945?

Diese Vergangenheit muß bewältigt werden.

Die Verfolgung

Zu den schwersten Verbrechen der faschistischen Machthaber gehörte die planmäßige Ausrottung der deutschen und europäischen Juden. Dabei ist der Antisemitismus keine Erfindung der Nazis. Die Nationalsozialisten konnten bei ihrer Verfolgung der jüdischen Mitbürger auf eine lange, seit dem Mittelalter bestehende und im 19. Jahrhundert von reaktionären Kreisen erneuerte Tradition aufbauen.

Ein Höhepunkt des Terrors gegen die Juden und ihre Gebäude und Einrichtungen war der Massenpogrom vom 9. und 10. November 1938, die sogenannte "Reichskristallnacht". Als am 9. November der Legationsrat Ernst vom Rath an den Verletzungen eines Attentats, das ein junger Jude auf ihn verübt hatte, starb, organisierten die Nazis sofort den "Volkszorn". In einem Blitztelegramm Heydrichs wurde die Gestapo angewiesen, "sofort...mit den für ihren Bereich zuständigen politischen Leitungen - Gauleitung oder Kreisleitung - fernmündlich Verbindung aufzunehmen und eine Besprechung über die Durchführung der Demonstration zu vereinbaren." Und der Gestapochef Müller befahl in einem Fernschreiben an alle Stapo- und Stapostellen unter anderem: "Es werden in kürzester Frist in ganz Deutschland Aktionen gegen die Juden, insbesondere gegen deren Synagogen stattfinden. Sie sind nicht zu stören...Es ist vorzubereiten die Festnahme von etwa 20 - 30 000 Juden im Reich. Es sind auszuwählen vor allem vermögende Juden."

Als die Synagogen brannten

Im ganzen Reich wurden Synagogen in Brand gesteckt und jüdische Bürger verhaftet. Das Resultat: 91 getötete und zwanzigtausend verhaftete Juden, 101 durch Brand zerstörte und 76 demolierte Synagogen sowie 7500 zerstörte Geschäfte.

In Württemberg wurden nach einem Bericht des Sicherheitsdienstes Reichsführer SS 18 Synagogen niedergebrannt und 12 demoliert. 878 Juden wurden verhaftet und in KZ-Lager eingeliefert. 15 Juden sind im Zusammenhang mit der Reichskristallnacht umgekommen.

In Ludwigsburg wurde, wie die LUDWIGSBURGER ZEITUNG in ihrer Ausgabe vom 11. November 1938 berichtete, am 10. November gegen 13 Uhr das israelitische Gotteshaus von den Brandstiftern angezündet, die meist der SA angehörten. Der Ortsgruppenleiter und der zuständige SA-Standartenführer waren maßgeblich daran beteiligt. Gerhard Ulmer, Zeitungsbesitzer, hatte den Mut zu sagen: "Ich schäme mich, ein Deutscher zu sein."

In Freudental, Kreis Ludwigsburg, wurde die dortige Synagoge in der Kristallnacht von auswärtigen SA- und SS-Leuten demoliert und die Kultgegenstände auf dem nahegelegenen Sportplatz verbrannt. Einige Bürger, die Zeugen des Zerstörungswerks waren, äußerten laut ihren Unwillen über den Frevel.

Juden aus Ludwigsburg wurden im Zusammenhang mit den Ereignissen der Kristallnacht in die KZ-Lager Welzheim und Dachau, in denen schon andere Antifaschisten aus dem Kreis Ludwigsburg eingekerkert und umgekommen waren, verschleppt. Selbst der achtzigjährige Fabrikant und frühere stellvertretende Oberbürgermeister Max Elsas wurde verhaftet und im Blockhaus des Gefängnisses Ludwigsburg einige Tage festgehalten.

¹ Der deutsche antifaschistische Widerstand, S.294

der jüdischen Mitbürger

Mit Berufsverboten fing es an

Juden in Deutschland, wie viele Gegner der Nazis, wurden bereits 1933 Verboten unterworfen. So unter anderem durch das Gesetz zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentums vom 7. April 1933. Aus der Reichswehr wurden die Juden 1934 ausgestoßen. Im Ersten Weltkrieg hatten über 100 000 jüdische Mitbürger in der deutschen Armee gedient. 12 000 von ihnen ließen an der Front ihr Leben. Noch ein Jahr zuvor; am 9. April 1933, nahm eine Abordnung des Reichsbunds jüdischer Frontkämpfer an der Vereidigung von Rekruten der Reichswehr teil. Der Kommandeur wandte sich in einer Ansprache gegen jede Diskriminierung von Bürgern.

Im Rahmen seiner vielfältigen Berufsverbotspraxis eliminierte der NS-Staat auch alle jüdischen Rechtsanwälte. Den Schlußstrich bildete insoweit die 5. Verordnung zum Reichsbürgergesetz vom 27.9.1938. Dort hieß es in Art. I, § 1:

**Juden ist der Beruf des Rechtsanwalts verschlossen.
Soweit Juden noch Rechtsanwälte sind, scheiden sie...
aus der Rechtsanwaltschaft aus."**

Die ihrer Rechtsstellung als Anwälte beraubten jüdischen Bürger konnten allerdings "soweit ein Bedürfnis bestand", nach § 9 der vorerwähnten Verordnung zu Konsulenten bestellt werden. Die Zulassung erfolgte auf Widerruf oder auf Zeit. Es war selbstverständlich, daß sich zur Vermeidung existentieller Not ihrer Berufsstellung verlustig gegangene Rechtsanwälte um die Zulassung als Konsulenten bemühten.

Die „Nürnberger Gesetze“

Mit den "Nürnberger Gesetzen" wurde der Weg beschritten, der in letzter Konsequenz zur "Endlösung der Judenfrage" führen sollte. Am 15. September 1935 verkündete der Reichsparteitag der NSDAP in Nürnberg das "Reichsbürgergesetz" und das "Gesetz zum Schutze des deutschen Blutes und der deutschen Ehre". Jetzt war Gesetz: "Ein Jude kann nicht Reichsbürger sein, ihm steht kein Stimmrecht zu. Er kann ein öffentliches Amt nicht bekleiden." Jetzt waren Ehe und Geschlechtsverkehr zwischen jüdischen und "arischen" Partnern verboten (vorher geschlossene Ehen blieben gültig). Hohe Strafen drohten jedem, der dagegen verstieß. Ein solcher Verstoß konnte sogar das Leben kosten. Der Verfolgung durch Gesetz unterlagen jetzt auch "Mischlinge" verschiedener Grade, christlich getaufte Juden und Juden, die mit nichtjüdischen Partnern verheiratet waren, wenn auch nicht im gleichen Ausmaß.

Mit den "Nürnberger Gesetzen" war für die Juden ein permanenter Ausnahmezustand geschaffen. Jüdischen Bürgern wurden die primitivsten Rechte versagt, wenn dadurch ein Vorteil für "Reichsbürger", also "Staatsangehörige deutschen oder artverwandten Blutes", erlangt werden konnte.



Als "abschreckendes Beispiel" wurde dieses Paar durch die Straßen - hier in Hamburg - getrieben. Die Aktion sollte Arier und Juden warnen, sexuell miteinander zu verkehren.

Reichsbürgergesetz.

Vom 15. September 1935.

Der Reichstag hat einstimmig das folgende Gesetz beschlossen, das hiermit verkündet wird:

§ 1

(1) Staatsangehöriger ist, wer dem Schutzverband des Deutschen Reiches angehört und ihm dafür besonders verpflichtet ist.

(2) Die Staatsangehörigkeit wird nach den Vorschriften des Reichs- und Staatsangehörigkeitsgesetzes erworben.

§ 2

(1) Reichsbürger ist nur der Staatsangehörige deutschen oder artverwandten Blutes, der durch sein Verhalten beweist, daß er gewillt und geeignet ist, in Treue dem Deutschen Volk und Reich zu dienen.

(2) Das Reichsbürgerrecht wird durch Verleihung des Reichsbürgerbriefes erworben.

(3) Der Reichsbürger ist der alleinige Träger der vollen politischen Rechte nach Maßgabe der Gesetze.

§ 3

Der Reichsminister des Innern erläßt im Einvernehmen mit dem Stellvertreter des Führers die zur Durchführung und Ergänzung des Gesetzes erforderlichen Rechts- und Verwaltungsvorschriften.

Nürnberg, den 15. September 1935,
am Reichsparteitag der Freiheit.

Der Führer und Reichkanzler

Adolf Hitler

Der Reichsminister des Innern

Brüd

Gesetz zum Schutze des deutschen Blutes und der deutschen Ehre.

Vom 15. September 1935.

Durchdrungen von der Erkenntnis, daß die Reinheit des deutschen Blutes die Voraussetzung für den Fortbestand des Deutschen Volkes ist, und befeßt von dem unbegrenzten Willen, die Deutsche Nation für alle Zukunft zu sichern, hat der Reichstag einstimmig das folgende Gesetz beschlossen, das hiermit verkündet wird:

§ 1

(1) Eheschließungen zwischen Juden und Staatsangehörigen deutschen oder artverwandten Blutes sind verboten. Trotzdem geschlossene Ehen sind nichtig, auch wenn sie zur Umgehung dieses Gesetzes im Ausland geschlossen sind.

(2) Die Nichtigkeitsklage kann nur der Staatsanwalt erheben.

§ 2

Außerehelicher Verkehr zwischen Juden und Staatsangehörigen deutschen oder artverwandten Blutes ist verboten.

§ 3

Juden dürfen weibliche Staatsangehörige deutschen oder artverwandten Blutes unter 45 Jahren in ihrem Haushalt nicht beschäftigen.

Folgen der jüdischen Blutlat in Paris:

Spontane Demonstrationen gegen die Juden

Der Volkszorn übte Vergeltung — Die Synagoge in Flammen aufgegangen — Eine Anzahl Juden in Schutzhaft

Der feige Mordanschlag auf den Gesandtschaftsrat vom Rath in der Pariser deutschen Botschaft hat in ganz Deutschland berechtigter Empörung ausgelöst, zumal es schon das zweite Mal war, daß ein deutscher Hohenbeamter im Ausland den Folgen eines jüdischen Mordbubens zum Opfer fiel. Aber das deutsche Volk hat Disziplin gewahrt und immer noch gehofft, daß es der Kunst der Ärzte gelingen möchte, das unschuldige Opfer jüdischer Mord- und Rachgier zu retten auf die Nachricht hin vom Tode sich die Erbitterung Rundgehe...

auf. Daß unter diesen Umständen die Ludwigsburger Synagoge an der Ecke Adolfs-Hitler- und Solitudestraße bald an die Reihe kommen mußte, war klar, und so erfüllte sich wenige Stunden später auch ihr Geschick.

Gestern gegen mittag drangen Ludwigsburgern in der Nacht die...

auf eine Brandlegung, aber die ganze Richtung einschließlich der am herausgerissen...

an den 22. Oktober eingeladen hatte, erklärte der frühere Rabbiner Fritz Pinkus, es könne "kein Vergessen der damaligen Ereignisse geben. Auch ein Verzeihen sei nicht möglich: "Denn Verzeihen können nur jene, die in Gurs ums Leben kamen."

Die Endlösung der Judenfrage

Seit der sogenannten Wannsee-Konferenz, die am 20.1.1942 stattfand, wurde die "Endlösung der Judenfrage" verkündet. In eigens dafür geschaffenen Vernichtungslagern sollte die jüdische Bevölkerung "endgültig" ausgerottet werden. Von den 181 in Ludwigsburg lebenden jüdischen Bürgern wurden mindestens 56 in Konzentrationslager deportiert und 69 mußten auswandern. 15 sind in Ludwigsburg gestorben und 36 weggezogen. 1945 waren noch 5 jüdische Bürger in Ludwigsburg ansässig.

2500 Juden wurden verschleppt, 180 kehrten zurück

Zwischen Dezember 1941 bis Februar 1945 wurden bei 12 Deportationen, die von Stuttgart aus gen Osten gingen, insgesamt 2500 Juden zwangsverschleppt. Von ihnen kehrten nach dem Zusammenbruch des "Dritten Reichs" noch 180 zurück.

Auschwitz, das heute in Polen (bei Krakau) gelegene große Vernichtungslager, wurde auch für viele Ludwigsburger zur "Endstation". Mindestens 12 kamen dort in den Jahren 1942 bis 1944 um, nachdem sie zuerst teilweise in andere Lager verschleppt worden waren. Unter ihnen befanden sich auch Emigranten, die noch im Jahr 1939 von Ludwigsburg nach Holland gegangen waren, dann von dort (1943) nach Auschwitz gebracht und ermordet wurden. Andere, zuerst 1938 und 1939 nach Polen "abgeschoben", kamen 1942 nach Auschwitz. Unter den noch im selben Jahr Vergasteten befand sich ein Kind, der vierjährige Max Szilil.

Auch diese Ereignisse dürfen nicht in Vergessenheit geraten. "Wir müssen uns alle fragen," so Joel Berger, Landesrabbiner für Württemberg bei einer Gedenkstunde zum 40. Jahrestag der Deportation jüdischer Mitbürger aus Stuttgart und Württemberg, "ob wir für das Gedächtnis jener Deportierten nichts unterlassen haben. Ob wir zum Beispiel in den Schulen dieses Landes und in dieser Stadt dafür Sorge tragen, daß die heranwachsende Generation mit jenen Erlebnissen der Deportierten konfrontiert wird und für sich, für eine neue Generation, für eine sorgenfreiere Zukunft auch die Schlüsse zieht."

Auch nach dem Westen gab es Deportationen. Ins Lager Gurs an der französischen Pyrenäengrenze wurden 1940, nach dem "Sieg" über Frankreich, 6500 Juden aus Baden, der Pfalz und dem Saargebiet abgeschoben. Von den am 22. Oktober 1940 aus Baden verschleppten 898 Juden kamen 552 ums Leben. 1270 Juden fanden in Gurs ihre letzte Ruhestätte.

Bei einer Feierstunde in der Stadt Heidelberg, zu der die Arbeitsgemeinschaft christlicher Kirchen zum Gedenken

Viele sterben noch später an den Folgen der Haft

Etwa sechs Millionen Juden sind im Herrschaftsbereich Hitlers umgekommen. Von 500 000 Juden, die 1933 in Deutschland lebten, sind schätzungsweise 120 000 bis 150 000 dem Rassenwahn zum Opfer gefallen. Unter diesen Opfern befinden sich auch der frühere stellvertretende Oberbürgermeister von Ludwigsburg (1915-1918) Max Elsas, der am 30. September 1942 in Theresienstadt umgekommen ist. Der sehr beliebte Arzt Walter Pintus wurde am 13. November 1938 im Konzentrationslager Prittlbach bei Dachau in den Tod getrieben. Viele starben noch Jahre nach der Befreiung an den Folgen der Haft. Unter ihnen auch der Ludwigsburger Facharzt für Lungenkrankheiten Dr. Ludwig Elsas (geboren 1893), der nach längerer Krankheit am 29. Januar 1949 in Dallas (Texas) starb. Dr. Elsas hatte den württembergischen Juden im KZ-Lager Jungfernhof als Lagerarzt zur Seite gestanden.

Das Unrecht an unseren jüdischen Mitbürgern nicht vergessen!

Morgen, Donnerstag, 9. November, anlässlich der Wiederkehr des Tages der Synagogenbrände am 9. November 1938 („Reichskristallnacht“)

finden zwei Veranstaltungen statt:

- Kundgebung um 17 Uhr am Platz der ehemaligen Synagoge (Ecke Solitudestraße/Alleenstraße)

Dort werden sprechen:

Dr. O. Ullshöfer Oberbürgermeister
J. Warscher Israelische Religionsgemeinschaft Stuttgart
A. Hauser Landesvorsitzender der VVN
F. Mörike Landesjugendpfarrer

- Podiumsdiskussion um 20 Uhr im Saal der Friedenskirchengemeinde (Karlstraße 24) mit Vertretern der Fraktionen des Gemeinderates.

Thema: „Hört doch endlich auf!“

Dazu laden ein: folgende Ludwigsburger Jugendverbände und Organisationen

Bund der Katholischen Jugend — BdkJ
Bund Deutscher Pfadfinder — BDP
Christliche Gewerkschaftsjugend — CGJ
Christlicher Verein Junger Menschen — CVJM
Deutsche Friedensgesellschaft — Vereinigte Kriegsgegner — DFG-VK
Deutsche Gewerkschaftsjugend — DGB
Evangelisches Jugendwerk, Bezirk Ludwigsburg — EJW
Jugend der Gewerkschaft IG Metall — IGM
Jugendmokraten
Junge Union Deutschlands
Jungsozialisten
Naturfreund Jugend
Verband Christlicher Pfadfinderinnen und Pfadfinder — VCP
Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes/Bund der Antifaschisten — VVN.

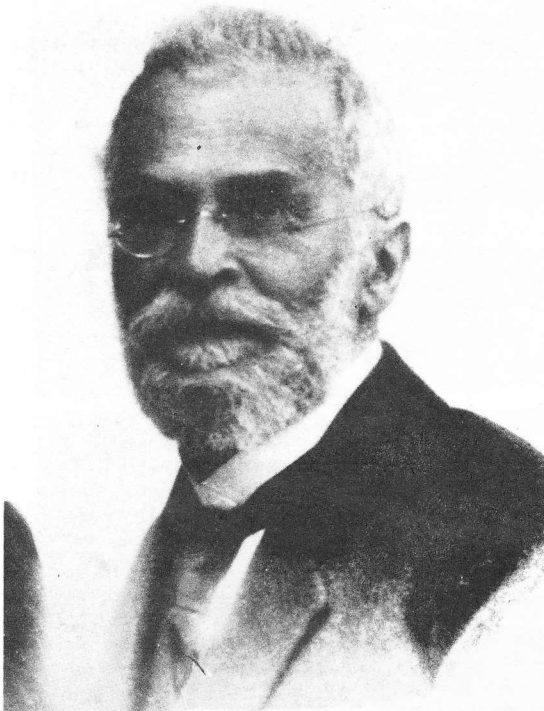
Und wieder antisemitische Aktionen

Viele Jahre nach der Kristallnacht häufen sich wieder antisemitische Reaktionen. Der Bombenanschlag auf eine Synagoge in Paris ist ein trauriges Beispiel. Aber es sind gerade sie "kleinen" Schritte, die zu einer solchen Entwicklung führen. So wurden schon vor Jahren in Kornwestheim Häuserwände mit antisemitischen Parolen beschmutzt, und in Ludwigsburg verbreiteten drei Gymnasiasten ihr antisemitisches Geschmiere in der Schule.

Die Opfer mahnen! Das sind alle, die aus politischen, rassistischen, oder religiösen Gründen verfolgt wurden oder umgekommen sind. Diese Mahnung enthält auch der Gedenkstein in Ludwigsburg, der sich an der Stelle der Synagoge befindet: "Hier stand die im Jahr 1884 erbaute Synagoge. Ihre willkürliche Zerstörung am 10. November 1938 mahne unser Gewissen an die Wahrung von Menschlichkeit und Recht."

Max Elsas

(1858 - 1942)



Max Elsas etwa 1926

Noch zu seinem 70. Geburtstag, dem 10. März 1928, veröffentlichte die LUDWIGSBURGER ZEITUNG eine große Würdigung seiner Verdienste um die Stadt Ludwigsburg. Einige Jahre danach war der Stadtrat der Demokratischen Partei, der im ersten Weltkrieg auch die Amtsgeschäfte des Oberbürgermeisters führte, vergessen. Die Nazis hatten ihn, der aus einer alteingesessenen jüdischen Familie stammte, aus allen Ämtern gejagt. Mitglied der Handelskammer, des Gemeinderats, im Vorstand der Ortskrankenkasse, der Angestelltenversicherung, im Ausschuß der Landesversicherungsanstalt: das war nur ein Teil der vielen Ämter, die der Seniorchef der Buntweberei Elsas & Söhne, Max Elsas, bekleidete.

Aufhebung der Zulassung zur Behandlung von Zugeteilten.

Unter Bezugnahme auf die in Nr. 6/1933 des Deutschen Ärzteblattes veröffentlichte Abänderung des Reichstarifs erlischt die Zulassung nachstehender Ärzte für die Behandlung Zugeteilter ab 1. September 1933

wegen nichtarischer Abstammung:

Dr. Allinger-Stein, Stuttgart
Dr. Baer, Böhlingen
Dr. Benedikt, Stuttgart-Degerloch
Dr. Berger, Spaichingen
Dr. Carlebach, Stuttgart
Dr. Chassel, Tuttlingen
Dr. Cahn, Göppingen
Dr. Elsas, Ludwigsburg
Dr. Otto Feldmann, Stuttgart
Dr. Friedberger, Stuttgart
Dr. Goldmann, Cannstatt
Dr. Heilbronner, Stuttgart
Dr. Klatschko, Taiflingen
Dr. Kron, Stuttgart
Dr. Leiser, Stuttgart
Dr. Levi, Pfalzgrafenweiler
Dr. Moos, Ulm
Dr. Neuburger, Eßlingen
Dr. Nägele-Nördlinger, Stuttgart
Dr. Oettinger, Rottweil
Dr. Ottenheimer, Stuttgart
Dr. Ottenheimer-Neuwirth, Stuttgart
Dr. Peiser, Stuttgart
Dr. Anna Reif, Stuttgart
Dr. Sanger, Stuttgart
Dr. Siering-Kaulla, Stuttgart
Dr. Marge Wolf, Stuttgart

wegen kommunistischer Betätigung:

Dr. Wilhelm Dietrich, Stuttgart
Dr. Mantel, Stuttgart
Dr. Manfred Breuninger, Stuttgart.

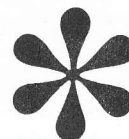
Ärzteverband.

Mit schwarzen Listen schnell bei der Hand: Ein Standesblatt informiert seine Mitglieder.

Nach der "Reichskristallnacht" wurde Max Elsas verhaftet und einige Tage in das Blockhaus des Gefängnisses Ludwigsburg eingesperrt. Seine beiden Söhne Bernhard und Ludwig waren längere Zeit im KZ Welzheim. Die "Arisierung", die Liquidierung der Firma durch das Naziregime, folgte. Seine Frau Ida, geb. Fellheimer, starb bald darauf an einem Herzschlag.

Im Dezember 1941 wurde Max Elsas in das jüdische Altersheim Eschenau bei Heilbronn gebracht. Im August 1942 erfolgte von dort die Deportation in das Ghetto von Theresienstadt, wo Max Elsas am 30. September 1942 starb.

Von der Familie Elsas haben 19 Angehörige durch die Verbrechen der Nazis den Tod gefunden.



Quellen- und Literaturhinweise

- 1 Die jüdischen Gemeinden in Württemberg und Hohenzollern (Veröffentlichungen der Staatlichen Archivverwaltung Baden-Württemberg Band 18)
- 2 "Die nationalsozialistischen Gewaltverbrechen" (Kreuz-Verlag Stuttgart)
- 3 "Die Schicksale der jüdischen Bürger Baden-Württembergs 1933-1945" (Veröffentlichung der Staatlichen Archivverwaltung Baden-Württemberg Band 20, Q 12.1 Sau Stadtbibliothek Ludwigsburg)
- 4 "Die Verdrängung der Juden aus der Wirtschaft im Dritten Reich" (Göttinger Bausteine zur Geschichtswissenschaft Band 38)
- 5 Erste Verordnung zum Reichsbürgergesetz vom 14.11.1935
- 6 Ludwigsburger Geschichtsblätter, Heft 30/78
- 7 Veröffentlichungen der LUDWIGSBURGER KREISZEITUNG von 18.6.1977, 26.1.1978 und 18.4.1981
- 8 "die tat" vom 17.4.1981

Weitere Literatur

Veröffentlichungen der Staatlichen
Archivverwaltung Baden-Württemberg

- Band 16 & 17:
Dokumente über die Verfolgung der jüdischen Bürger in Baden-Württemberg durch das nationalsozialistische Regime 1933-1945
- Band 19:
Die jüdischen Gemeinden in Baden. Denkmale, Geschichte, Schicksale.
- Beiband zu Band 20:
Die Opfer der nationalsozialistischen Judenverfolgung in Baden-Württemberg 1933-1945. Ein Gedenkbuch.

Prof. Dr. Dahrendorf: G.J. Hermann, Jüdische Jugend in der Verfolgung. Eine Studie über das Schicksal jüdischer Jugendlicher aus Württemberg und Hohenzollern. 1967.
(Zu beziehen über die Archivdirektion, Stuttgart)

...wurde die SPD verboten

Als die Nazis die Macht an sich gerissen hatten, wurde auch die SPD verboten (22.6.1933). Vorher setzten bereits massive Verfolgungsmaßnahmen gegen sie ein.

Die Partei, die in Ludwigsburg seit 1891 und in Kornwestheim seit 1898 bestand, und die in vielen Orten des Kreises Ludwigsburg Ortsvereine bilden konnte, war auf ein Verbot nicht vorbereitet. Manche Mitglieder und Freunde der Partei waren auch der Meinung, daß es keinen Zweck habe, gegen die Nazis etwas zu unternehmen, da diese sich schon "abwirtschaften" würden.

In anderen Städten, so in Leipzig, wurden 250 Fünferzellen für die illegale Tätigkeit gebildet. In Hannover nahmen im Herbst 1932 etwa 250 Personen an einer Art "Lehrgang für illegale Arbeit" teil.

Leider fanden sich die beiden Arbeiterparteien (SPD und KPD) und die Gewerkschaften nicht zum entscheidenden gemeinsamen Handeln. Dabei fehlte es im Vorfeld der braunen Herrschaft nicht an Versuchen.

"Als Zusammenfassung aller freiheitlichen Kräfte unseres Volkes entstand unter der Losung "Nieder mit dem Faschismus!" die Organisation der "Eisernen Front" in Kornwestheim am 29. Februar 1932. Sie wurde getragen vom Allgemeinen Deutschen Beamtenbund, dem Arbeiter-Sport- und Kulturkartell, dem Gewerkschaftskartell, dem Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold und der Sozialdemokratischen Partei. Vorsitzender war zunächst Karl Bühler, dann Friedrich Mutschler."¹

Ob es im Kreis Ludwigsburg nach dem SPD-Verbot zur Bildung von Fünfergruppen kam, ist nicht bekannt. Doch wird berichtet, daß der Vorsitzende für das Gebiet Backnang/Gaildorf, Karl Römer, der seinen Wohnsitz in Ludwigsburg hatte, als Anlaufstelle für Flugblattverteiler diente.

Flugblätter wurden oft in Vorortszügen verteilt. Das Material wurde auf illegalem Weg aus der Schweiz nach Ludwigsburg gebracht. Auch aus Prag sollen Flugschriften nach Ludwigsburg gekommen sein.

Der sozialdemokratische Emigrantenvorstand, der seinen Sitz zeitweilig in dieser Stadt hatte, richtete folgende Materialverbreitungsbereiche ein:²

Neuern/CSR:	Bayern, Pfalz
Karlsbad/CSR:	Dresden und einige ost-sächsische Städte
Reichenberg/CSR:	Berlin, Brandenburg, Görlitz
Trautenaue/CSR:	Mittel- und Oberschlesien
Saargemünd, später Strasbourg/Frankreich:	Baden, Frankfurt (Main), Kassel, Württemberg
Antwerpen/Belgien:	Hannover, Mittelrhein, Westfalen
Brüssel/Belgien:	Teil des Niederrheins, Oberrhein
Kopenhagen/Dänemark:	Bremen, Hamburg, Mecklenburg, Schleswig-Holstein

Die Verfolgungsmaßnahmen gegen SPD-Mitglieder und Anhänger setzten auch im Kreis Ludwigsburg schon vor dem Parteiverbot ein. Die Chronik des SPD-Ortsvereins berichtet wie folgt aus einem Polizeiprotokoll:

- 1 SPD Ortsverein Kornwestheim (1898-1946), S. 34
- 2 Aus K.Mammach, S. 54

Kornwestheim, den 4. März 1933

Betr. Herstellung und Verbreitung von Flugblättern mit beleidigendem Inhalt durch Strafmündige.

1. Täter: H.A., geb. 19.4.1921 in Kornwestheim, wohnh. hier, ...
2. Täter: E.R., geb. 4.10.1921 in Stuttgart, wohnh. hier, ...

Am Samstag, 4. März 1933, nachm. 4.20 Uhr, wurde auf der Polizeiwache hier gemeldet, daß der obengenannte R. Handzettel mit der Aufschrift 'Hitler verrecke - Wählt Liste 2' (d.i. SPD, die Red.) von Haus zu Haus verteile. Ich nahm sofort die Verfolgung des Täters auf und traf diesen in der Wohnung der Eltern an. R. gab an: 'Ich habe die Zettel von H.A. bekommen und habe sie verteilt'. Der Vater des Beschuldigten hat, wie er selbst zugab, von der Verteilung der Zettel gewußt und hat deshalb angeblich auch mit seinem Sohn geschimpft, hat es aber unterlassen, die Verteilung zu verhindern.

A. gab nach Zögern zu, daß er, da er zur Zeit krank sei, die Zettel im Bett hergestellt habe. Seine Eltern oder erwachsenen Geschwister hätten nichts davon gewußt. Die zur Herstellung verwendete Druckmaschine habe er zu Weihnachten von seinem Onkel bekommen. Die Eltern und erwachsenen Geschwister des Beschuldigten versicherten, daß sie von der Herstellung der Handzettel nichts wußten. Die zur Herstellung der Handzettel benutzte Druckmaschine wurde als Beweismittel sichergestellt. Die beiden Beschuldigten besuchen die Schillerschule hier, und zwar die Klasse 6 bei Lehrer S., und R. die Klasse 5 bei Lehrer T.¹

In verschiedenen Kreisorten, wie z.B. in Kornwestheim, wurden nach der Machtergreifung Sozialdemokraten festgenommen, in örtlichen Gefängnissen für einige Zeit festgehalten oder auf den Heuberg verschleppt. Dazu schreibt der Ludwigsburger Sozialdemokrat Wilhelm Keil:

'Einer der ersten, die nach längerer Haft vom Heuberg zurückkehren, ist der frühere Sekretär des Schuhmacherverbandes, Karl Sprenger, in Kornwestheim. Nur in seiner Gemeinde, nicht in einer größeren Öffentlichkeit ist er politisch tätig gewesen. Er hat als Gemeinderat großes Vertrauen auch außerhalb der sozialdemokratischen Gemeindeglieder genossen. Nichts hat er verbrochen. Einem örtlichen braunen Funktionär hat es gefallen, seine Festnahme zu verlangen, und darauf ist er auf Monate der Freiheit beraubt worden. Bei seiner Entlassung ist ihm im Konzentrationslager unter Androhung schwerster Folgen die Pflicht des Schweigens auferlegt worden. Mir vertraut er sich unter dem Siegel der Verschwiegenheit an und erzählt von der bestialischen Behandlung vieler Gefangener. "Man kann's kaum glauben."²

In Ingersheim wurden bei Karl Braun und anderen Genossen von der Polizei und SA Hausdurchsuchungen durchgeführt. Dabei wurden alle Unterlagen des Ortsvereins beschlagnahmt.³ Aus Marbach ist bekannt, daß einige Sozialdemokraten verhaftet und in das KZ auf dem Heuberg geschafft wurden. Andere waren täglich dem Druck der SA ausgesetzt.⁴ Otto Elsässer aus dem Remsecker Ortsteil Aldingen, von 1956-1959 stellvertretender Bürgermeister, war einer jener Sozialdemokraten, die 1933 aus dem Gemeinderat hinausgeworfen wurden. Ende der 20er Jahre wurde er in den Aldinger Gemeinderat gewählt.⁵ Der Lehrer Friedrich Mutschler,

Vorsitzender der Eisernen Front in Kornwestheim, mußte Hausdurchsuchungen erdulden. Es folgte seine Strafversetzung nach Tettnang. In Kornwestheim wurden viele Eisenbahner zwangsweise versetzt oder durch Rückstufungen bestraft, was einen schlechteren Arbeitsplatz bedeutete.

Jetzt

erst recht!

**Erkämpft
die Entscheidung!**

Das arbeitende Volk von Stuttgart erhebt seine Stimmen

**gegen Willkür und
Verfassungsbruch**

Freitag, den 22. Juli, abends 8 Uhr

Ort: Schwabenbräu
Redner: Leicht, Saubert
Ort: Reich: Schindlerhaus
Prag: Kögler Garten
Münster: Linder

Samstag, den 23. Juli, abends 8 Uhr

Ort: Kronen
Wagen: Linder

Sonntag, den 24. Juli, abends 8 Uhr

Ort: Hofmanger Waldhaus

Seid zur Abwehr bereit!

Es lebe die Freiheit!

Kampfbund der Eisernen Front

In der Chronik der SPD Kornwestheim, die auf die Verhältnisse im ganzen Kreisgebiet schließen läßt, heißt es:

"Obwohl Hitler bei der Wahl am 5. März 1933 nicht die Mehrheit erreichte, gelang es ihm in kurzer Zeit, die Staatsgewalt vollkommen an sich zu reißen. Rücksichtslos wurde die eroberte Macht ausgenutzt und befestigt. Durch die Inhaftierung politischer Gegner in Konzentrationslagern, durch die Entlassung unerwünschter Beamter, durch Strafversetzungen, Bespitzelung und Sippenhaft. Hausdurchsuchungen fanden statt, unter anderem auch bei dem Genossen Ernst Bausch. Er hatte eine Pistole mit Munition. Als Polizeibeamte kamen, war Frau Bausch alleine zu Hause. Sie war eben dabei, in einer großen Schüssel Spätzlesteig anzurühren. Sie schaltete geistesgegenwärtig. In einem unbewachten Augenblick gelang es ihr, Waffe mit Munition an sich zu nehmen. Sekunden später war das corpus delicti im Spätzlesteig verschwunden."

"Reichsbanner und Eiserner Front wurden durch eine Verfügung des Polizeikommissars für das Land Württemberg vom 14. März aufgelöst. Ende März wurde auch der Kornwestheimer Gemeinderat, in dem bisher von 18 Mandatsträgern nur ein Mitglied der NSDAP saß, aufgelöst. Die Neubesetzung des nun auf 14 Sitze begrenzten Gremiums sollte nach einem Höchstzahlverfahren auf Grund der Reichstagswahl vom 5. März 1933 erfolgen. Kommunisten waren von vornherein ausgeschlossen. In Kornwestheim wurden drei Wahlvorschläge eingereicht:

1 SPD Ortsverein Kornwestheim (1898-1946), S. 35

2 Wilhelm Keil, Erlebnisse eines Sozialdemokraten, Bd. II, S. 512

3 LUDWIGSBURGER KREISZEITUNG v. 19.4.1979, S. 7

4 dto. v. 17.12.1977

5 dto. v. 22.12.1981



Stuttgarter SA-Truppe beim Fackelzug am 31.1.33 (Zeitgenössisches Zeitungsfoto).

1. Zentrum
2. SPD
3. Gemeinsamer Wahlvorschlag der NSDAP, des Bauern- und Weingärtnerbundes, des Kampfbundes Schwarz-Weiß-Rot, der Deutschen Demokratischen Partei und der Deutschen Volkspartei.

Dem Zentrum fiel ein Sitz zu, der SPD fünf Sitze, und dem gemeinsamen Wahlvorschlag der Demokraten und Rechten acht Sitze im Gemeinderat.

Am 10. Mai 1933 erfolgte die Beschlagnahme des Vermögens der SPD und ihrer Zeitungen. Am 30. Juni forderte die Kreisleitung Ludwigsburg der NSDAP sämtliche Gemeinderäte der SPD im Kreis unter Androhung der Schutzhaftnahme auf, ihre Mandate niederzulegen. Dieser Aufforderung folgten die SPD-Gemeinderäte zwei Tage später (Wolf, Kämme, Reiff, Hölle, Rau). Nach Auflösung der Partei im Reich verzichtete auch der Vertreter des Zentrums auf sein Mandat im Gemeinderat. Auf Vorschlag der Ortsgruppen- und Kreisleitung der NSDAP wurden am 3. August 1933 sechs neue Gemeinderäte berufen. Von da an bestand der Gemeinderat aus nur einer Fraktion. Die alten politischen Parteien hörten auf zu bestehen."

Ludwigsburger Stadtrat als Waffenlieferant

Fabrikneue Pistolen in verschiedenen Bezirksgemeinden gefunden

Die große Waffenschlebung, über die anfangs des Monats eine Stuttgarter Meldung berichtete und als deren Folge fabrikneue Pistolen und 12 000 Schuß Munition gefunden wurden, zieht immer weitere Kreise, und inzwischen ist auch festgestellt worden, daß ein Teil dieser auf illegalem Wege gehandelten Waffen seinen Weg auch in unseren Oberamtsbezirk gefunden hat. In Verbindung mit dieser Affäre befindet sich auch, wie sich inzwischen bestätigt hat, der frühere sozialdemokratische Stadtrat Schweiger von Ludwigsburg in Gewahrsam, und zwar nicht in Schutzhaft, wie es ursprünglich hieß, sondern in Untersuchungshaft unter dem Verdacht der Beihilfe zum Hochverrat. Ueber die Verhaftung von Schweiger hatten wir seinerzeit berichtet, wenn wir auch damals über die näheren Gründe für diese Maßnahme nichts berichten konnten.

Schweiger hat, wie sich inzwischen herausgestellt hat, an verschiedene Funktionäre der Sozialdemokratischen Partei und Reichsbannerführer im Bezirk diese Pistolen geliefert, von denen in den letzten Tagen eine Anzahl beschlagnahmt oder freiwillig abgeliefert wurden. Es handelt sich dabei in der Hauptsache um Sauer-Pistolen, bei denen die Fabriknummer sorgfältig herausgefeilt oder unkenntlich gemacht worden war. Zwei solcher Pistolen wurden dieser Tage von einem Stuttgarter Kriminalkommissar unter Zu-

ziehung eines Bandjägerbeamten in Asperg ausfindig gemacht; eine dieser Pistolen war im Besitz eines dortigen sozialdemokratischen Stadtrats und Reichsbannerführers gewesen, der sie seinem Schwager, einem Lehrer, in Verwahrung gegeben hatte. Eine andere ebenfalls von Schweiger stammende Pistole war in Stammheim im Besitz des dortigen Vorstands der Sozialdemokratischen Partei und Reichsbannerführers, eines früheren Gemeinderats, vorgefunden worden, und in Kornwestheim wurden fünf weitere Pistolen, die ebenfalls von Schweiger geliefert worden waren, ausfindig gemacht. In den meisten Fällen — auch hier handelte es sich vorwiegend um Funktionäre der SPD. und Reichsbannerführer — zogen allerdings die Besitzer es vor, die Waffen freiwillig auszuliefern, als sie merkten, daß man ihnen auf der Spur sei.

Es ist kaum anzunehmen, daß damit alle von Schweiger gelieferten Pistolen in die Hände der Behörden gelangt sind, aber vermutlich will man jetzt, bevor man weitere Aktionen unternimmt, abwarten, ob die teilweise bekannten Besitzer ihrer Ablieferungspflicht bis zum 15. April, dem letzten Tage der Ablieferungspflicht, freiwillig nachkommen. In dieser Verbindung sei auch nochmals eindringlichst darauf hingewiesen, daß bei freiwilliger Ablieferung bis zu dem genannten Tage die Besitzer kein Verfahren wegen unterlassener Anmeldung oder wegen Verletzung einer sonstigen waffenrechtlichen Vorschrift zu befürchten haben. Nach dem 15. April aber wird, wie uns ausdrücklich von maßgeblicher Stelle mitgeteilt wird, schonungslos durchgegriffen werden, und wer dann noch im Besitz anmeldungspflichtiger Waffen, insbesondere Heereswaffen, verbleibt, hat empfindliche Strafen zu erwarten. Aus diesem Grund kann man nur immer wieder den Besitzern solcher Waffen raten, dieselben noch vor dem 15. April abzuliefern. Bemerkenswert ist dabei auch, daß in einzelnen Bezirksorten noch nicht eine einzige Waffe abgeliefert worden ist, obgleich man bestimmt weiß, daß auch dort noch solche verborgen gehalten werden. Nach dem 15. April sind jedenfalls überall neue ausgeübte Waffenjungen zu erwarten.

Auch sonst fanden in Asperg in den letzten Tagen einige Hausdurchsuchungen statt, die aber kein Ergebnis von wesentlicher Bedeutung hatten. Gefunden wurden ein französisches Gewehr, zwei Handgranaten französischen Ursprungs und eine französische Kleinfalibergrenate. In diesen Fällen handelt es sich aber wohl nur um Erinnerungen aus der Kriegszeit. Auch in einem alleinstehenden Haus auf Markgräflinger Markung, wo angeblich im Brunnen versteckt ein Waffenlager sein sollte, wurde eine Durchsuchung gehalten, die aber nur ein Kleinfalibergewehr zu Tage förderte.



Zur gleichen Zeit, da die Nazis bis an die Zähne bewaffnet waren und ihre Schlägertruppe unter dem Schutz des "Gesetzes" mit Mord und Totschlag wüteten, lieferte die gleichgeschaltete Presse als Begleitmusik die Geschichte vom "Waffenlieferanten".

Wer gegen die Machenschaften der Nazis war, wurde außerhalb des Gesetzes gestellt und wegen "Verletzung waffenrechtlicher Vorschriften" wie ein Verbrecher behandelt. Das "recht" war in die Hände der Feinde der Weimarer Republik übergegangen.

LZ v. 13.3.1933

Elida Shampoo
hilft zur Sommerreise!

Denn jede Packung dieses vollendeten Haarpflegemittels, das nur 20 Pfennig kostet, enthält jetzt einen Reisegutschein und ein Sammelbild!

Wer macht sich einen Vers daraus?

Im Kreis steht jeden Freitag ein anderes Wort. Schneiden Sie es aus. Schicken Sie die 12 Worte — zum Vers geordnet — an die Elida Berlin C.2. Sie erhalten dafür ein Album mit 36 hübschen Bildern aus der Elida Reise-Serie: Das schöne Deutschland.

Shampoo **ELIDA SHAMPOO**
MIT PERFEKTA

Am 22. April wurden alle Arbeitervereine aufgelöst und die vorhandenen Werte beschlagnahmt. Am 2. Mai wurde der "Zentralverband der Schuhmacher" unter kommissarische Leitung gestellt, nachdem die bisherigen Leiter des Verbandes, Karl Bühler und Karl Sprenger, in Schutzhaft genommen worden waren. Die politische Nacht hatte begonnen.

Zu einem organisierten Widerstand gegen die Hitler-Diktatur kam es in Kornwestheim nicht. Einzelaktionen waren möglich, doch von geringer Auswirkung. Nicht unterbunden werden konnte während der ganzen Hitlerzeit der lockere persönliche Zusammenhalt unter den ehemaligen Mitgliedern der SPD und der verschiedenen Arbeiterorganisationen.

Die Wiederherstellung parlamentarisch-demokratischer Verhältnisse auf kommunaler Ebene vollzog sich in Etappen. Den Anfang machte in Kornwestheim ein engerer Aktionsausschuß, der die Geschäfte auf dem Rathaus übernahm:

Vorsitzender: Friedrich Warthmann

Mitglieder: Otto Grosse, Friedrich Herr, Arthur Konzmann, Eugen Sprecher, Karl Sprenger und Wilhelm Weis.

Ein weiterer Aktionsausschuß konstituierte sich am 15. Juni 1945, um als vorläufiger Gemeinderat zu fungieren. Es gehörten ihm an:

- 7 Vertreter der Sozialdemokraten
- 4 " " Demokraten
- 3 " " Bauern
- 1 " " Kommunisten
- 1 " des Zentrums
- 2 Parteilose

Wilhelm Keil (1870-1968)

Einer der bekanntesten württembergischen Sozialdemokraten in der Weimarer Republik war Wilhelm Keil, langjähriger Reichstags- und Landtagsabgeordneter der SPD und bis 1930 Herausgeber der sozialdemokratischen SCHWÄBISCHEN TAGWACHT.

Der Sohn eines Schneiders aus dem kurhessischen Dorf Helssa - ein Zeitgenosse August Bebel's, der mit Hochachtung von Clara Zetkin schrieb - blieb auch nach der Machtergreifung durch die Nazis seiner Gesinnung treu. Am Tag des SPD-Verbots (das förmliche Verbot wurde erst am 4. Juli 33 ausgesprochen) mußte er in seiner Wohnung in Ludwigsburg eine Hausdurchsuchung erdulden. Vier Polizeibeamte durchsuchten das Haus vom Dach bis zum Keller nach sozialdemokratischen Schriften.

Wilhelm Keil, der illegale politische Tätigkeit als sinn- und nutzlos bezeichnete, hielt trotzdem die Verbindung zu vielen seiner früheren Genossen und Freunde aufrecht. So nahm Wilhelm Keil an der Beisetzung des württembergischen Reichsbannerführers Karl Ruggaber teil. An die 1 500 Gesinnungsgenossen hatten sich am 26. Januar 1936 in Stuttgart-Cannstatt versammelt. Diese Beteiligung und die Grabreden verliehen der Trauerfeier den Charakter einer Demonstration gegen den Naziterror, den auch der katholische Geistliche in verständlichen Andeutungen geißelte. Die Nazis waren überrascht und ließen in den nächsten Tagen verkünden, daß sich das nicht wiederholen dürfe.

Keil setzte sich für die Freilassung des Geschäftsführers der Sozialdemokratischen Zeitung NECKARPOST, Tischen-dorf, ein, nach dem der Ludwigsburger Gemeinderat in seiner Sitzung vom 8. September 1932 eine Straße im Neubaugebiet nördlich der Wernerstraße benannt hat.

Vom früheren Sekretär des Schuhmacherverbandes, Karl Sprenger, Kornwestheim, erfuhr Wilhelm Keil von den bestialischen Behandlungen, die viele Gefangene im Konzentrationslager Heuberg erdulden mußten.

Feldgottesdienst im Lager Heuberg

Stetten a. L. M., 22. März. Das Lager Heuberg bei Stetten a. L. M. war am Dienstag das Ziel vieler Neugieriger. Die beiden Bataillone, die sich augenblicklich dort befinden (Konstanzer, Donaueschinger und Bilingen Infanterie) hielten anlässlich der Reichstagsfeier einen feierlichen Feldgottesdienst ab, an dem auch die SA-Stürme des Schwarzwaldkreises und der SA-Sturm Stetten teilnahmen, die zur Bewachung des ebenfalls in Stetten befindlichen großen Konzentrationslagers für politische Schutzhäftlinge dienen. Auch ein Kommando Schutzpolizei und eine Sigmaringer Stahlhelmgruppe war unter den langen grauen und braunen Reihen zu bemerken, die den Feldaltar auf dem Lagerportplatz umsäumten. Von Stetten selbst hatten sich die verschiedenen Vereine und die Feuerwehr eingefunden, und aus der Umgebung wollten eine große Anzahl von Gästen den Nationalfeiertag zusammen mit der Reichswehr und der SA begehen. — Im Kontrast zu diesem feierlichen, bunten Bild, über dem die schwarz-weiß-rote Reichskriegsflagge stolz im Winde wehte, standen die großen Transporte von Schutzhäftlingen, die just um diese Zeit aus allen Gegenden Württembergs auf großen Omnibussen eintrafen und die teilweise verdrossenen, teilweise gleichmütigen Gesichter der Kommunisten, die aus den Türen der großen Wohnbaracken lugten. Nach einer Erkundigung bei der Lagerverwaltung haben es die Schutzhäftlinge im Lager Heuberg nicht schlecht. Im Gegensatz zum Münchinger Lager sind hier ja massive Wohnungen. Die Verpflegung soll gut und völlig gleichwertig mit der der Bewachungsmannschaften sein. Die Bewachung ist allerdings sehr scharf, man sah die Schutzhäftlinge vielfach unter starker Bedeckung (SA mit Karabiner) Essen holen. Im allgemeinen sollen sich die Inhaftierten ruhig verhalten. Für das Publikum ist das Sammellager gesperrt. Nur anlässlich des Feldgottesdienstes auf dem Lagerportplatz, der sich mitten im Konzentrationslager befindet, war Gelegenheit, die Gefangenen zu beobachten. Der Feldgottesdienst selbst nahm einen würdigen, eindrucksvollen Verlauf. Anschließend an den Feldgottesdienst fand ein schneidiger Vorbeimarsch in der Lagerstraße statt. Zunächst die verschiedenen Truppenteile, die in ihrer Paradeausrüstung, z. T. leichten Maschinengewehren, marschierten, dann die SA zusammen mit der Schutzpolizei und einigen Stahlhelmlieuten. Kurz nach dem Vorbeimarsch besetzten weitere Transporte von Schutzhäftlingen das Lagerbild von neuem. Bis Dienstag waren gegen 400 Häftlinge eingetroffen. Eingerichtet wird das Konzentrationslager für etwa 500 Mann.

Kaum waren die Nazis am Ruder, kommandierten sie ihre SA-Schlägerbanden zum "Feldgottesdienst". Mit Reichswehr und Stahlhelm demonstrierten sie einträchtig die neue Macht. Das Konzentrationslager Heuberg bildete hierzu einen "würdigen" Hintergrund für diese Art von "Gottesdienst". (LUDWIGSBURGER ZEITUNG, 23.3.1933)

Zu den damaligen Berufsverboten schrieb er: "Freund Münch nach 31jähriger Beschäftigung bei der Ortskrankenkasse Ludwigsburg mit sechs anderen plötzlich entlassen. In langen Jahren erworbene Pensionsansprüche gestrichen. Aufgrund des Gesetzes zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentums werden sieben 'alté Kämpfer' angestellt, die von den Kassengeschäften keine blasse Ahnung haben."

Mit Leuten von Rang und Namen, die Wilhelm Keil während seiner langen Tätigkeit als Parlamentarier und Redakteur kennengelernt hatte, hielt er ebenfalls Kontakt. Oft waren es Reisen zu Verwandten, die Wilhelm Keil dazu Gelegenheit verschafften.

In einem Brief an Generalfeldmarschall Göring setzte er sich 1938 für seine alten Freunde ein, von denen sich einige schon seit 1933 in "Schutzhaft" befanden: "Ich denke dabei in erster Linie an den schwerkriegsbeschädigten früheren Reichstagsabgeordneten Dr. Schumacher, der seit August 1933 inhaftiert ist..."

Ludwigsburger Zeitung

Ludwigsburger Tagblatt

Bezugspreis monatlich: RM. 1,50
Einsalverkaufpreis: 10 Pf.
Bestellungen werden jederzeit auch
von allen Postämtern angenommen.
Verkaufsstelle: Röntgenstr. 14, Fern-
num. 3343 u. 3344. Volleinst. Stuttgart 6622.

Amtsblatt für Stadt und Bezirk.

Verbreitetste und erfolgreichste Tageszeitung des Bezirks. Gegründet 1818

Im Falle von böslicher Gewalt besteht kein Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder auf Rückerstattung des Bezugspreises.

Anzeigenpreise:
die einmalige Kolonialsache... 20 Pf.
von außerhalb des Bezirks... 25 Pf.
Familien- u. kleine Gelegenheits-
Anzeigen von Privaten gegen Bar 10 Pf.
Reklamagen lokal 50 Pf. ausw. 1,-

№. 23

Dienstag den 31. Januar

1933

Adolf Hitler deutscher Reichskanzler

Ein Kabinett Hitler-Papen-Hugenberg

Die neuen Minister bereits vereidigt - Neuschütz bleibt Außenminister

11. Berlin, 31. Jan. Amtlich wird mitgeteilt: Der Reichspräsident hat Herrn Adolf Hitler zum Reichskanzler ernannt und auf dessen Vorschlag die Reichsregierung wie folgt neu gebildet:

Freiherr v. Papen: stellv. Reichskanzler und Reichskommissar für Preußen

Freiherr v. Neuschütz: Reichsminister des Auswärtigen

Dr. Frick: Reichsminister des Innern

Generalleutnant Freiherr v. Blomberg: Reichswehrminister

Straß: Reichsminister der Finanzen

Geheimrat Hugenberg: Reichsminister der Wirtschaft und Reichsminister für Ernährung und Landwirtschaft

Franz Selbke: Reichsarbeitsminister

Freiherr v. Elch-Heubach: Reichspostminister und Reichsverkehrsminister

Göring: Reichsminister ohne Geschäftsbereich und gleichzeitig Reichskommissar für den Luftverkehr.

Reichsminister Göring wurde auch mit der Wahrnehmung der

Geschäfte des preussischen Innenministeriums betraut. Reichskom-

missar für Arbeitsbeschaffung Gerke wird in seinem Amte be-

halten. Die Befehle des Reichsjustizministeriums bleiben vor-

behalten. Der Herr Reichspräsident hat noch gestern die durch

das Reichsministergesetz vorgeschriebene Vereidigung des

Reichskanzlers Adolf Hitler und der Mitglieder der neu

gebildeten Reichsregierung vorgenommen. Mit dem Amt des

Reichspräsidenten ist der bisherige zweite Vorsitzende des Reichs-

wirtschaftsrates der NSDAP, Walter Funk, beauftragt

worden.

Die Neubildung des Reichskabinetts hat sich in der Wilhelm-

straße rein äußerlich ohne den großen Aufwand vollzogen, den

man sonst bei solchen Anlässen beobachten konnte, die mit Adolf

Hitler zusammenhängen. Die Ernennung des Kabinetts kam aber

auch den politischen Kreisen verhältnismäßig über-

raschend. Während des ganzen Vormittags schätzte man die

schwierigkeiten noch so hoch ein, daß man frühstens

für den späten Nachmittag oder Abend an eine Lösung der Krise

glaubte. Der Herr Reichspräsident selbst dürfte den größten Wert

darauf gelegt haben, daß die Krise so schnell wie möglich

beendet wurde, und zwar wohl nicht zuletzt im Zusammenhang

mit der wüsten und zum Teil unverantwortlichen Gerüchternerei,

die sie begleiteten.

In maßgebenden Kreisen wird unterstrichen, daß das neue Ka-

binett sich eine parlamentarische Mehrheit suchen

werde. Deshalb sollen so schnell wie möglich die Verhandlungen

mit dem Zentrum und der Bayerischen Volkspartei aufgenommen

werden. Hier liegt auch die Bedeutung der Tatsache, daß das Amt

des Reichsjustizministers und die Vertreter der stellvertretenden

preussischen Staatskommissare mit Ausnahme dessen für das In-

nenministerium noch offengehalten sind. Damit werden

auch dem Zentrum und der Bayerischen Volkspartei Möglichkeiten

einer aktiven Beteiligung gegeben. Was die sachliche Seite des

neuen Kabinetts im übrigen anlangt, so darf man schon jetzt an-

nehmen, daß an der Spitze seiner programmatischen Arbeiten so-

ziale Maßnahmen stehen. Ueber das Programm ist zwischen

den Beteiligten in den Besprechungen, die seit Samstag im Gange

sind, weitgehende Einigung erzielt worden.

Die geschäftsführende Reichsregierung hielt um 12.30 Uhr ihre

erste Kabinettsitzung ab, in der sich Reichskanzler v. Schleichner

von seinen Mitarbeitern in herzlichen Worten verabschiedete. Adolf

Hitler verließ um 16.15 Uhr mit seiner Begleitung den „Kaiser-

hof“, um sich im Wagen in die Reichskanzlei zu begeben. Die zu

Tausenden angewachsene Menschenmenge brach im Geleite aus

und führte dem Wagen nach. Der Polizei war es unmöglich, die

ankommenden Menschenmassen zurückzuhalten, die im Vorwärtsschritt

über den Platz hinweg nach der Wilhelmstraße eilten, wo sich die

Reichsgebäude befinden. Das neue Reichskabinett trat dann

gestern nachmittag zu seiner ersten Sitzung zusammen, in der

Reichskanzler Adolf Hitler auf die Bedeutung des Tages hinwies,

an welchem eine Einigung der nationalen Kräfte

Deutschlands durch die Bildung eines Kabinetts der nation-

alen Konzentration erreicht worden sei. Die Politik des Kabinetts

dürfe den Ausdruck des Glaubens und Vertrauens, der heute im

ganzen Volke spontan zum Ausdruck gekommen sei, nicht ent-

tauchen. Der Reichskanzler gab dann einen Überblick über die

Grundlage, nach denen er seine Politik zu führen gedenke, und über

In politischen Kreisen konzentriert sich das Hauptinteresse jetzt auf die Frage, ob das Zentrum sich zu einer Tolerierung oder sonstwie gearteten Unterstützung des Kabinetts Hitler bereitfindet. Sollte die Mehrheitsbildung nicht zustande kommen, so ist nach Auffassung unterrichteter Kreise kein Zweifel, daß der Reichstag aufgelöst und neu gewählt wird. Wie die „Germania“ aus Zentrumskreisen berichtet, hat am Montag nachmittag 2.30 Uhr eine erste Fühlung-

Die neuen Männer im neuen Kabinett

Reichskanzler Adolf Hitler

Adolf Hitler wurde als Sohn des österreichischen Zollbeamten Alois Hitler am 20. April 1889 in Braunau an der österreichisch-bayerischen Grenze geboren. Seine Kindjahre verlebte er auf einem Gut bei Lambach. Als Hitler 13 Jahre alt war, starb sein Vater, zwei Jahre später seine Mutter. Völlig mittellos kam der 15jährige nach Wien, wo er, der ursprünglich Künstler werden wollte, unter den schwierigsten Verhältnissen als Bauarbeiter, später als Architekturzeichner sein Brot verdienen mußte. Im Früh-



Adolf Hitler



Franz v. Papen



Dr. Wilhelm Frick



Geheimrat Hugenberg



Franz Selbke



Hauptmann a. D. Göring

giment ein und lag bis zum Kriegsende an der Westfront, zuletzt nach seiner Beförderung zum Gefreiten als Nebengänger. Er wurde zweimal verwundet, das zweite Mal so schwer, daß man eine Zeitlang für sein Augenlicht fürchtete. Für seine Tapferkeit vor dem Feinde erhielt Hitler das Eisene Kreuz I. und II. Klasse. Im Mai 1919 nahm er in einem Sonderkommando an der Bekämpfung der bayerischen Räterepublik teil. Auf Grund dieser Tätigkeit wurde er zu der Untersuchungskommission über die Revolutionsvorgänge beim 2. Bayerischen Infanterieregiment kommandiert. Bei dieser Gelegenheit kam er mit einem politischen Verein in Verbindung, der sich Deutsche Arbeiterpartei nannte. Im November 1923 kam es zum Hitlerputsch in München, der jedoch von der Regierung rasch niedergeschlagen wurde. Hitler wurde verhaftet und am 1. April 1924 zu 5 Jahren Festungshaft verurteilt, jedoch wurde ihm schon im Herbst 1924 eine vierjährige Bewährungsfrist ausgestellt. Als er Weihnachten 1924 aus der Festungshaft entlassen wurde, hinderte ihn zunächst ein Heberverbot, das erst im Mai 1927 aufgehoben wurde, am öffentlichen Vortragswesen. Die folgenden Jahre dienten einer organisierten Arbeit an der Partei und einer immer größtenteils organisierten Werbung für die Bewegung. Nachdem die Kabinette Brüning, Papen und Schleicher zurückgetreten waren, erfüllte der Reichspräsident die Forderungen der NSDAP und ernannte Adolf Hitler zum Reichskanzler.

Reichsinnenminister Dr. Frick

Dr. Frick, der zum Reichsminister des Innern ernannt worden ist, vollendet in Kürze sein 56. Lebensjahr. Nach dem Studium der Rechtswissenschaften war er in der Bayerischen Justizverwaltung tätig und später Amtsanwalt in München. Viele Jahre war er dann Oberamtmann bei der dortigen Polizeidirektion. Nach dem Umsturz wurde er Anhänger der nationalsozialistischen Bewegung Adolf Hitlers und trat beim Münchener Hitler-Putsch im Jahre 1923 führend hervor. Er wurde damals zu Festungshaft verurteilt, später aber im Disziplinarverfahren freigesprochen. Seit 1924 gehört er der Reichstagsfraktion der NSDAP an. Im Herbst 1929, als die NSDAP bei den hüringischen Wahlen ein starkes Anwachsen verzeichnen konnte, wurde er dort Innenminister. Am 1. April 1931 mußte er von diesem Amt zurücktreten, da die Deutsche Volkspartei einen Vertrauensantrag der Sozialdemokratie gegen Frick unterstützt hatte. Nach dieser Zeit übernahm Frick die Führung der Reichstagsfraktion der NSDAP und spielte bei allen entscheidenden Verhandlungen der Partei eine bedeutende Rolle.

Reichswehrminister General v. Blomberg

Der neuernannte Reichswehrminister, Generalleutnant Freiherr v. Blomberg, steht im 55. Lebensjahr. Ein gebürtiger Hannoveraner wurde er im Kadettenkorps erzogen und wurde 1897 Leutnant im Infanterieregiment 78 in Hannover. Schon im Jahre 1911 trat er in den Generalstab ein, wo sich seine weitere Laufbahn vollzog. Während des Krieges war er zunächst Generalstabschef der 18. Reservebrigade, kam dann im Jahre 1918 zum 18. Reservekorps und im März 1917 zum Generalstab der 7. Armee. Nach Beendigung des Krieges wurde er in das neue Reichswehrministerium berufen. Im Mai 1920 wurde er Chef des Generalstabes der Brigade Döberitz und ein Jahr später Chef des Stabes der 5. Division in Stuttgart. Anfang 1925 kam er als Chef der Heeresbildungsabteilung ins Reichswehrministerium zurück. Am 1. April 1927 wurde er unter gleichzeitiger Beförderung zum Generalmajor zum Chef des Truppenamtes ernannt. Am 1. Oktober 1929 wurde v. Blomberg Kommandeur der 1. Division und Befehlshaber im Wehrkreis I zu Königsberg. Außerdem wurde er zu diesem Zeitpunkt Generalleutnant. Im Oktober 1930 ging General v. Blomberg in offiziellem Kommando auf die Dauer von zwei Monaten zur Armee der Vereinigten Staaten, um die nach dem Weltkriege angebahnten Beziehungen zwischen der amerikanischen Armee und unserer Reichswehr zu vertiefen. In letzter Zeit war v. Blomberg als Sachverständiger der deutschen Delegation auf der Genfer Abrüstungskonferenz tätig.

Reichswirtschaftsminister Dr. Hugenberg

Geheimrat Alfred Hugenberg wurde am 19. Juni 1865 in Hannover als Sohn des königlich hannoverschen Staatsrates Karl Hugenberg geboren. Er studierte an der Universität Göttingen, Berlin und Berlin. Von 1886 bis 1888 ging er zum Studium der Nationalökonomie nach Straßburg, wo er mit einer Arbeit über



Reichsgesetzblatt

Teil I

1933

Ausgegeben zu Berlin, den 28. Februar 1933

Nr. 17

Inhalt: Verordnung des Reichspräsidenten zum Schutz von Volk und Staat. Vom 28. Februar 1933..... S. 83

Verordnung des Reichspräsidenten zum Schutz von Volk und Staat. Vom 28. Februar 1933.

Auf Grund des Artikels 48 Abs. 2 der Reichsverfassung wird zur Abwehr kommunistischer staatsgefährdender Gewaltakte folgendes verordnet:

§ 1

Die Artikel 114, 115, 117, 118, 123, 124 und 153 der Verfassung des Deutschen Reichs werden bis auf weiteres außer Kraft gesetzt. Es sind daher Beschränkungen der persönlichen Freiheit, des Rechts der freien Meinungsäußerung, einschließlich der Pressefreiheit, des Vereins- und Versammlungsrechts, Eingriffe in das Brief-, Post-, Telegraphen- und Fernsprechgeheimnis, Anordnungen von Hausdurchsuchungen und von Beschlagnahmen sowie Beschränkungen des Eigentums auch außerhalb der sonst hierfür bestimmten gesetzlichen Grenzen zulässig.

§ 2

Werden in einem Lande die zur Wiederherstellung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung nötigen Maßnahmen nicht getroffen, so kann die Reichsregierung insoweit die Befugnisse der obersten Landesbehörde vorübergehend wahrnehmen.

§ 3

Die Behörden der Länder und Gemeinden (Gemeindeverbände) haben den auf Grund des § 2 erlassenen Anordnungen der Reichsregierung im Rahmen ihrer Zuständigkeit Folge zu leisten.

§ 4

Wer den von den obersten Landesbehörden oder den ihnen nachgeordneten Behörden zur Durchführung dieser Verordnung erlassenen Anordnungen oder den von der Reichsregierung gemäß § 2 erlassenen Anordnungen zuwiderhandelt oder wer zu solcher Zuwiderhandlung auffordert oder anreizt, wird, soweit nicht die Tat nach anderen Vorschriften mit einer schwereren Strafe bedroht ist, mit Gefängnis nicht unter einem Monat oder mit Geldstrafe von 150 bis zu 15 000 Reichsmark bestraft.

Wer durch Zuwiderhandlung nach Abs. 1 eine gemeine Gefahr für Menschenleben herbeiführt, wird mit Zuchthaus, bei mildernden Umständen mit Gefängnis nicht unter sechs Monaten und, wenn die Zuwiderhandlung den Tod eines Menschen verursacht, mit dem Tode, bei mildernden Umständen mit Zuchthaus nicht unter zwei Jahren bestraft. Daneben kann auf Vermögenseneinziehung erkannt werden.

Wer zu einer gemeingefährlichen Zuwiderhandlung (Abs. 2) auffordert oder anreizt, wird mit Zuchthaus, bei mildernden Umständen mit Gefängnis nicht unter drei Monaten bestraft.

§ 5

Mit dem Tode sind die Verbrechen zu bestrafen, die das Strafgesetzbuch in den §§ 81 (Hochverrat), 229 (Giftbeibringung), 307 (Brandstiftung), 311 (Explosion), 312 (Überschwemmung), 315 Abs. 2 (Beschädigung von Eisenbahnanlagen), 324 (gemeingefährliche Vergiftung) mit lebenslangem Zuchthaus bedroht.

Mit dem Tode oder, soweit nicht bisher eine schwerere Strafe angedroht ist, mit lebenslangem Zuchthaus oder mit Zuchthaus bis zu 15 Jahren wird bestraft:

1. Wer es unternimmt, den Reichspräsidenten oder ein Mitglied oder einen Kommissar der Reichsregierung oder einer Landesregierung zu töten oder wer zu einer solchen Tötung auffordert, sich erbietet, ein solches Erbieten annimmt oder eine solche Tötung mit einem anderen verabredet;
2. wer in den Fällen des § 115 Abs. 2 des Strafgesetzbuchs (schwerer Aufruhr) oder des § 125 Abs. 2 des Strafgesetzbuchs (schwerer Landfriedensbruch) die Tat mit Waffen oder in bewußtem und gewolltem Zusammenwirken mit einem Bewaffneten begeht;
3. wer eine Freiheitsberaubung (§ 239) des Strafgesetzbuchs in der Absicht begeht, sich des der Freiheit Beraubten als Geisel im politischen Kampfe zu bedienen.

§ 6

Diese Verordnung tritt mit dem Tage der Verkündung in Kraft.

Berlin, den 28. Februar 1933.

Der Reichspräsident
von Hindenburg

Der Reichskanzler
Adolf Hitler

Der Reichsminister des Innern
Fried

Der Reichsminister der Justiz
Dr. Gürtner

Mit den damals neuesten technischen Errungenschaften versuchte es 1933 auch die Polizei. Unser Photo wurde in Berlin aufgenommen. Es war der Anfang eines Überwachungsstaates, der in zunehmendem Maße alle Mittel einsetzte, um seine politischen Gegner auszuschalten.

Auch das ist Ludwigsburg

In Ludwigsburg befinden sich zahlreiche Stätten, die vor dem Nachtantritt der Nazis eine große Rolle spielen, oder mit denen viele Antifaschisten 1933 und in den darauffolgenden Jahren Bekanntschaft machen mußten. Einige haben wir aufgenommen.



Club'scher Saalbau:

Hier fanden vor 1933 Großveranstaltungen der Hitlergegner statt. So sprachen dort der KPD-Vorsitzende Ernst Thälmann, der 1944 im KZ umgekommen ist. Großes Aufsehen erregte damals die Veranstaltungen gegen den § 218, auf der der Arzt und Dramatiker Dr. Friedrich Wolf sprach.

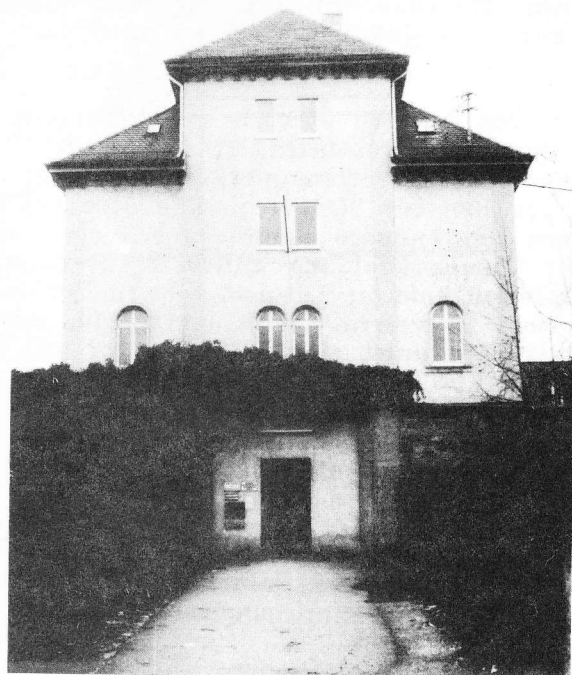
Polizeidirektion Schloßstraße:

Im Gebäude der Polizeidirektion fanden die Vernehmungen von verhafteten Antifaschisten statt. Ein Kommissar Link soll dabei, wie berichtet wird, bei den Vernehmungen ein besonders eifriger Beamter gewesen sein. Mit Versprechungen, Drohungen und anderen Mitteln suchte er Aussagen zu erpressen.



Blockhaus (Frauenarrest) Schorndorfer Straße:

Nach der Machtübernahme durch die Faschisten diente das Frauenarresthaus als Sammelstelle für verhaftete Frauen. Von hier aus gingen unter anderem Transporte nach Gotteszell, dem ersten Konzentrationslager für Frauen in Württemberg.





Der Heuberg. Truppenübungsplatz 1916 (Bild: Die Lagerstraße); 1933 Konzentrationslager

Die Jahre der Kriegsvorbereitungen in und um Ludwigsburg, wozu Abdunklungsübungen und Bunkerbau (1935!) zählten, beunruhigten den ehemaligen Abgeordneten. Wilhelm Keil gehörte auch nicht zu jenen, die den "Sieg" über Frankreich (1940) mitfeierten, wo bei einem Fest, zu dem die ganze Bevölkerung eingeladen war, jeder Soldat 3 Mark aus der Stadtkasse erhielt.

"Mehr als zuvor", schreibt er in seinen Lebenserinnerungen zum Jahre 1943, "wird nun der Moskauer oder der Londo-ner Sender eingeschaltet, ungeachtet der drakonischen, bis zur Hinrichtung gehenden Strafen, die darauf stehen."¹

„Moskauhörer“ kommen ins KZ



Zum Bild: "Bahn frei für den Roten Funk!" schrieben Antifaschisten an einen Zaun. Wer dabei gefaßt wurde, hatte mehr als "Schutzhaft" zu erwarten. "Moskauhörer kommen ins KZ" – bemerkte die Frankfurter Zeitung bereits am 22.9.33 zum Abhören von "Feindsendern".

¹ ebd. S. 583

² GR-Protokoll v. 24.3.1933

Nach Kriegsende setzte Keil sich in Ludwigsburg für die Bildung eines Antinazikomitees ein, das aus 15 Mitgliedern – unter ihnen fünf Sozialdemokraten, drei Kommunisten, zwei Zentrumsanhänger, einige Demokraten und parteilose Geschäftsleute – bestand.

Am 1. Oktober 1945 lud Wilhelm Keil zu einer Veranstaltung ein, bei welcher der neue SPD-Orts- und Kreisverein ins Leben gerufen wurde.

...daß er unverzüglich diesen Saal verläßt

Die Nazis im Gemeinderat

Waren die Nazis vor 1928 in Ludwigsburg bei keiner Wahl vertreten, so errangen sie bei den Gemeinderatswahlen am 6. Dezember 1931 fünf Sitze (31,6 Prozent)

Nach der Machtergreifung am 30. Januar 1933 begann auch in Ludwigsburg die Gleichschaltung. Die drei kommunistischen Stadträte kamen in "Schutzhaft" und – welcher Hohn – wurden in einer Verhandlungsniederschrift des Gemeinderats als "unentschuldigt" angeführt.

Welcher Wind dort wehte, ist aus einer "Erklärung" ersichtlich, in der es heißt, "...daß alle Glieder der hiesigen Verwaltung den Gesetzen, Verordnungen und Erlassen der Reichs- und Landesregierung den Gehorsam entgegenbringen werden, der sich aus einer ernsten und loyalen Auffassung der Beamtenpflichten ergibt."²

Hatte schon vorher der Nazi-Fraktionsvorsitzende im Gemeinderat, Ostertag, dessen Auflösung verlangt, so wurde der Gemeinderat nun per "Gesetz" neu gebildet und die Sitze nach dem Stimmresultat der Reichstagswahl vom 5. März 1933 "verteilt".

Nach dieser neuen "Aufteilung" bekam die NSDAP 14 Sitze. Die SPD war mit fünf, das Zentrum mit einem, der Christliche Volksdienst ebenfalls mit einem, und die Bürgerliche Vereinigung mit fünf Mandaten vertreten.

Alles war auf die "nationale Welle" eingestellt. Oberbürgermeister Dr. Frank, noch 1931 mit den Stimmen der SPD gewählt, sagte in der Sitzung vom 4. Mai 1933: "Die Regierung des Reichs und der Länder haben die gewaltige Aufgabe der Rettung des Reichs übernommen. Vom Gelingen dieses gigantischen Werkes hängt Sein oder Nichtsein der deutschen Nation, hängt die Gesundheit des Staates...hängt letzten Endes die Überwindung der ungeheuren Gefahr des Bolschismus ab."¹

Der Nazi Ostertag sagte: "Bevor ich zu einzelnen Fragen der künftigen Arbeit Stellung nehme, muß ich klar aussprechen, daß wir nicht gewillt sind, mit Vertretern der Marxisten im Gemeinderat auch nur eine Minute zu verhandeln. Nachdem einer der sozialdemokratischen Stadträte auf unseren Druck hin zurückgetreten ist, müssen wir auch von Herrn Tischendorf erwarten, daß er unverzüglich diesen Saal verläßt. Darauf müssen wir bestehen, nachdem die Zeitung (gemeint war die NECKARPOST), die dieser Mann vertreten hat, uns und die nationale Sache jahrelang mit Schmutz beworfen hat."²

Noch in der gleichen Sitzung, am 4. Mai 1933, wurde SPD-Fraktionsvorsitzender Tischendorf von einem als "Sonderkommissar" bezeichneten Stadtrat Motsch festgenommen. Dieser Herr gab Sturmführer Frey den Befehl, Tischendorf abzuführen, der, wie eine ganze Reihe von Sozialdemokraten und Kommunisten, in das Konzentrationslager Heuberg verschleppt wurde.

Der Nazifraktionsvorsitzende und gleichzeitige Ortsgruppenleiter Ostertag sagte weiter:

"Wir werden dafür Sorge tragen, daß kein Marxist in irgendeine Abteilung des Gemeinderats einziehen wird, und wir werden dafür sorgen, daß die Marxisten, die noch zum Gemeinderat zählen, in keiner Weise irgendeinen Einfluß auf die Stadtverwaltung ausüben können. Wir werden auch nicht dulden, daß die Stadtverwaltung oder ein einzelner Beamter mit Marxisten Fühlung bekommt oder aufrecht erhält und werden gerade darauf ein wachsames Auge haben. Wehe dem, den wir trotz dieser Warnung dabei treffen. Wir sind dies gerade dem arbeitenden deutschen Volk schuldig und werden den Kampf zur Vernichtung des marxistischen Gedankenguts auch hier auf dem Rathaus weiter- und durchführen."³

Dies war das Ende der SPD-Fraktion, die in Folge dessen am 18. Mai 1933 ihren Rücktritt erklärte.

Die SPD-Stadträte Kopp, Schweitzer und Megerle kamen ins KZ. Die bürgerlichen Stadträte, die nicht zur Nazifraktion übertraten, legten ihre Mandate nieder. Der Gemeinderat war damit zum Vollzugsorgan der Nazipartei geworden.

1 LZ v. 5.5.1933

2 ebd.

3 ebd.

4 ebd.

5 "die tat", Nr. 47/82 S. 8

6 Völkische Radikale in Stuttgart S. 140

Finanziers der Nazis

Zu den Geldgebern der Nazipartei gehörte Richard Franck (1871 - 1931) aus Ludwigsburg. Er war Mitinhaber einer der größten Zichorienfabriken in Deutschland mit ihren Produkten "Aecht Franck Kaffeezusatz" und "Kornfranck".

Richard Franck war einer jener Industrieller, welche die Nazipartei (NSDAP) bereits in ihren Anfängen unterstützten, weil sich die NSDAP das "ideologische und politische Eindringen in die (größtenteils noch revolutionär gestimmte) Arbeiterbewegung, ihre Spaltung und letztlich Vernichtung zu ihrer politischen Hauptaufgabe gemacht hatte."⁴

Aus einer für Industrielle im Oktober 1922 verfaßten Denkschrift und einer "Kostenaufstellung" ist ersichtlich, daß die Nazipartei für ihre Zeitung, den VÖLKISCHEN BEOBACHTER, und die Ausrüstung der Sturmabteilungen 53 240 000 Mark - das waren umgerechnet in Friedenswährung immerhin noch 95 000 RM - benötigten.

Richard Franck, dessen Familie auch sonst für "nationale Zwecke" spendete, zahlte nach einem Darlehens- und Übereignungsvertrag, der im September 1923 unterschrieben wurde, 60 000 Schweizer Franken an Hitler und damit an die Nazipartei.⁵

Offensichtlich wurde damit der VÖLKISCHE BEOBACHTER, der seit Februar 1923 als Tageszeitung erschien, vor dem Konkurs bewahrt. Ein halbes Jahr zuvor, im Oktober 1922, erhielt Hitler die Gelegenheit, vor dem "Hamburger Nationalclub von 1919" sein Programm vorzutragen und um Geldspenden für die "nationale Sache" zu bitten.

Der mitgliedermäßige Aufschwung der NSDAP seit 1923 ist folglich nicht unabhängig von der großzügigen finanziellen Unterstützung zu erklären. Noch im Januar 1942 sagte Hitler voller Anerkennung: "...ohne die Bekanntschaft mit Richard Franck, dem Korn-Franck, hätte ich den Beobachter nicht durchbringen können 1923."⁶



Plakat der NSDAP zur Reichstagswahl am 6.11.1932

Am 27. Januar 1932 sprach Adolf Hitler vor Vertretern des Monopolkapitals im Industrieklub Düsseldorf und legte seine Politik dar. Bei den Reichstagswahlen am 6. November 1932 dagegen wurden die Wähler angelogen und der Marxismus als "Schutzengel des Kapitalismus" bezeichnet.

Freies im Lande?



Juli 1932.

Erscheint monatlich.

10 Pf.

Verantw. für Inhalt, Druck u. Verlag: W. Bader, Ludwigsburg, Seestr. 67.

Sie plündern das Volk aus!

Die unmenschlichsten, brutalsten Massnahmen werden erneut an werktätigen Volke durchgeführt. Die Massnahmen Brünnings werden durch die des neuen Kabinetts v. Papen weit überboten. Die neue Notverordnung bringt gewaltige Verschlechterungen für alle Betriebsarbeiter, Erwerbslose, Unfall- und Invalidenrentner, sowie für die kleinen Mittelschichten. Wir wollen nur einiges anführen:

Eine Salzsteuer wird eingeführt, mit der man 7 Millionen hereinbringen will. Das Salz kostet von jetzt ab den doppelten Preis.

Vorgenommen wird ein Abbau bei den Erwerbslosen um 23 %
bei den Krisenempfängern um 10 %
bei den Wohlfahrtsempfängern um 15 %

Die Renten werden erneut gekürzt.

Die unpfändbare Lohnsumme wird herabgesetzt.

Zur Bezahlung der Kirchensteuer ist jeder Lohn, auch der Geringste, pfändbar. Diese Klausel wurde hauptsächlich auf Drängen der Geistlichkeit eingeführt.

Auch der kleine Mittelstand wird ungeheuer belastet. Die Freigrenze für steuerfreies Einkommen wird aufgehoben.

Die Einkommensteuer trifft wiederum nur die Kleinen, während die Schwerverdiener leer ausgehen.

Gewaltiger Lohnabbau auf der ganzen Linie geht vor sich.

Auf diese Weise werden wiederum Hunderte von Millionen aus dem schaffenden Volke herausgepresst. Die Papen-Schleicher-Regierung sagt, wie vorher auch Brüning, dass er mit diesen Massnahmen die Wirtschaft ankurbeln wolle. Dies ist ein grosser Schwindel, der sehr leicht widerlegt werden kann. Wenn man die Lebenslage der Arbeiterklasse so katastrophal verschlechtert, und diese daher nicht in der Lage ist, das zum Leben notwendige zu kaufen, so geht der Verbrauch und infolgedessen auch die Produktion zurück.

Wilhelm Bader, Gemeinderat in Ludwigsburg

Die Arbeiter hatten ihn gewählt, weil er stets deren Interessen vertreten hatte. Den Nazis war er ein Dorn im Auge.

So mögen sie freudige Gesichter über den alten Widersacher gemacht haben, als in der Verhandlungsniederschrift des Gemeinderats vom 24. März 1933 vermerkt wurde: "Bader unentschuldigt gefehlt."

Zu dieser Zeit hatten sie Wilhelm Bader, geb. am 5.4.1899, bereits festgenommen. Nach längerer Haft wurde dieser Antifaschist in das Konzentrationslager Kuhberg verschleppt, ein Lager, in dem neben anderen prominenten Politikern auch der SPD-Reichstagsabgeordnete Dr. Kurt Schumacher und der KPD-Landtagsabgeordnete Alfred Haag längere Zeit in einen besonderen Strafbunker gesperrt wurden. Dr. Kurt Schumacher und Ludwig Herr aus Kornwestheim – sie hatten beide einen Arm verloren. Sie wurden von den SA-Bewachern regelmäßig zu "Sondereinsätzen" befohlen.

Die Nazis hatten es Wilhelm Bader nicht vergessen, daß er, der für die Herausgabe verschiedener Monatsblätter, so auch für die ROTE BLEYLE POST in Ludwigsburg zuständig war, schon 1933 geschrieben hatte: "Sie organisieren allgemeine Wehrpflicht, Miliz, Arbeitsdienstpflicht, Militarisierung der Arbeit, Kriegsmanöver."

Bis Mai 1934 wurde Wilhelm Bader im KZ Kuhberg, einer in den Jahren 1848 bis 1857 erbauten Befestigungsanlage, in "Schutzhaft" gehalten, später wieder verhaftet, und am 4. August 1936 durch den Strafsenat des Oberlandesgerichts Stuttgart wegen "Vorbereitung zum Hochverrat" zu 1 Jahr und 8 Monaten Gefängnis verurteilt.

Die Kriegsvorbereitungen liefen schon auf Hochtouren, als dieser Antifaschist am 3. September 1938 in das Konzentrationslager Dachau verschleppt wurde.

Johann Neuhäusler, Weihbischof von München, schrieb in seinem Buch "So war es in Dachau" über Stadtrat Willy Bader:

"Unser Stubenältester Willy Bader regierte in den Stuben 3 und 4 wie ein guter Papa. Trotz unserer politischen und religiösen Gegensätze verband mich mit diesem Kommunisten fast 30 Monate lang echte, aufrichtige Freundschaft. Nie entschlüpfte ihm ein hartes Wort, nie tat er einem Leidengenossen weh, immer reichte er jedem, wo es nur ging, seine hilfreiche Hand. Willy Bader ging in seiner Herzensgüte sogar so weit, daß er, trotz Androhung schwerster Strafen, uns Geistlichen half, den Sterbenden die hl. Sakramente zu spenden."¹

Am 10. März 1945 ist Stadtrat Wilhelm Bader im KZ Dachau umgekommen.

¹ Karl Wagner, Ich schlage nicht. Eigendruck; S. 8



Karl Buck, der ehemalige Kommandant der Konzentrationslager Heuberg (1933), Kuhberg (1933-1935), Welzheim (1935-1945) und Inspekteur mehrerer Konzentrationslager im Elsaß. Buck wurde 1945 wegen Tötung französischer Häftlinge in Frankreich als Kriegsverbrecher zum Tode verurteilt, später begnadigt und in die Bundesrepublik entlassen. (Photo in: Julius Schätzle: Stationen zur Hölle, Röderberg-Verlag 1974)

Willy Pflugbeil, Gemeinderat in Ludwigsburg

Willy Pflugbeil wurde am 26. Dezember 1896 in Hilmersdorf/Sachsen geboren. Vor 1933 gehörte er dem Gemeinderat der Stadt Ludwigsburg an und war Vorsitzender des Betriebsrates der Firma Th. Kapf Nachfolger. Eine seiner Hauptaufgaben sah er darin, in den Versammlungen der immer stärker werdenden NSDAP aufzutreten. Dabei war er stark behindert und konnte sich nur mit Hilfe eines Stocks bewegen.

Ein Augenzeuge berichtete: "Ich bin mit öfters in öffentliche Versammlungen der NSDAP gegangen. Ich erwähne es deshalb, weil dies für ihn eine große körperliche Anstrengung war."

Die Nazis konnten seine Argumente nicht widerlegen.

Bis Juni 1932 war Willy Pflugbeil als Porzellanmaler bei einer Ludwigsburger Firma tätig. Meine Entlassung", so schreibt er 1958, "erfolgte, weil ich Vorsitzender des Betriebsrates sowie Mitglied der KPD-Fraktion des Gemeinderates war."

Unter den in der Nacht vom 5. zum 6. März in Ludwigsburg Verhafteten befand sich auch Willy Pflugbeil. Anfang April 1933 wurde er vom Militärarrest in der Hindenburgstraße nach dem Heuberg, und danach ins KZ Kuhberg verschleppt. Ein Mithäftling schreibt: "Willy Pflugbeil hatte in den KZ Heuberg und Kuhberg viel zu leiden."



Unser Bild: Willy Pflugbeil (mit Stock) 3. v. links

Nach seiner Entlassung im August 1934 fand er keine Arbeit mehr und versuchte, seinen Lebensunterhalt als freier Schriftsteller zu verdienen. Am 19. Dezember 1936 wurde er abermals festgenommen und mit Urteil vom 4. August 1937 vom 1. Strafsenat des OLG Stuttgart wegen "Vorbereitung zum Hochverrat" zu 9 Monaten Gefängnis verurteilt. Danach erfolgte die Verschleppung in das KZ Welzheim. Am 7. September 1937 erfolgte der Ausschluß aus der Reichsschrifttumskammer, mit dem ein Berufsverbot verbunden war.

Bitte allen Familien des Hauses weitergeben!

An alle Einwohner von Zuffenhausen!

Nach dem ersten Weltkrieg sagte der große Menschenfreund und Helfer Fridtjof Nansen einmal: „Das Schlimmste des Krieges ist das, was nach dem Kriege kommt.“ Die Richtigkeit dieser Worte kann jeder an sich selbst nachprüfen. Die furchtbaren Folgen des durch Hitler und seine Clique verursachten letzten Weltkrieges haben wir noch lange nicht überwunden. Es müssen alle Kräfte mobilisiert werden, um der ständig wachsenden Not wenigstens steuern zu können.

10 Millionen Menschen irren gegenwärtig durch Hitlers Schuld heimatlos durch Deutschland. Diese Zahl wird noch ansteigen und sich eines Tages auch bei uns fühlbar machen. Unsere Kinder sind unterernährt und müssen in Erholungsheime verbracht werden. Krankenhäuser, Rettungsstellen, Volksküchen müssen geschaffen, wieder instandgesetzt und unterhalten werden. Solange die Schulen noch nicht geöffnet sind, müssen die Kinder den Gefahren der Straße entzogen und von aufbauwilligen Menschen beaufsichtigt werden. Wärmestuben müssen eingerichtet werden usw.

Die Aufgaben gehen ins Uferlose! Die Not ist groß! Helft alle mit, durch freiwillige Gaben die Not zu überwinden! Der Württembergische Wohlfahrtsbund ist gegründet worden und appelliert an die Gefebfreudigkeit aller Volksgenossen. Die Sammlungen beginnen nächsten Sonntag. Die Kassierer(innen) mit einem Ausweis des Bürgermeisteramtes versehen, der zur Legitimierung vorgezeigt wird. Auch die Sammler sind mit Stempel und Unterschrift des Bürgermeisteramtes versehen. Gebt alle! Gebt reichlich!

Württembergischer Wohlfahrtsbund

Ortsgruppe Zuffenhausen

Der Arbeitsausschuß

Greiner, Emma
Klaile, Gustav
Pflugbeil, Willy
Schuler, Emil
Stähle, Bruno

BUCHDRUCKEREI H. HENKEL, ZUFFENHAUSEN

Im KZ Welzheim wurde dieser Antifaschist vor die "Wahl" gestellt: entweder weiterhin Haft oder Ausweisung aus Ludwigsburg. Seine Entlassung erfolgte darauf nach Stuttgart, wo er erst 1940 eine Beschäftigung fand, aber von der GESTAPO weiter überwacht wurde. In einem Fall verfügte diese "Behörde" auch seine Entlassung von einer Firma.

Nach Kriegsende stellte sich Willy Pflugbeil sofort dem demokratischen Aufbau zur Verfügung. So war er unter anderem im Arbeitsausschuß Zuffenhausen des Württembergischen Wohlfahrtsbundes (Arbeiterwohlfahrt) tätig. In einem Flubblatt vom 1. September 1945, das auch seine Unterschrift trägt, heißt es: "Die Not ist groß! Helft alle mit, durch freiwillige Gaben die Not zu überwinden!"

Daneben war er in der Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes tätig und griff auch wieder zur Feder. Am 7. November 1964 starb Willy Pflugbeil in Stuttgart-Zuffenhausen.

Fritz Züfle, Ein Opfer der Gestapo

Ein Opfer der Gestapo wurde der Eisenbahner Fritz Züfle. Stellvertretend sei hier aller SPD-Mitglieder gedacht, die nach der Machtergreifung der Nazis ihrer Auffassung treu blieben.

Fritz Züfle gehörte vor 1933 in Kornwestheim dem damaligen Einheitsverband der Eisenbahner Deutschlands an und war Leiter der dortigen Ortsgruppe. Zuerst Mitglied der KPD, trat Fritz Züfle zur SPD über.

Unter den Nazis wurde der 1891 in Baidersbronn geborene Eisenbahnschaffner oft verwarnt und 1934 nach Ulm strafversetzt. Sein "Dienstherr" schrieb:

"Im übrigen verwarne ich Sie und erwarte bestimmt, daß Sie jederzeit rückhaltlos für den nationalen Staat eintreten."

Fritz Züfle blieb seiner Überzeugung treu. Durch seinen Beruf kam er oft nach Friedrichshafen, nahm Verbindung mit aktiven NS-Gegnern in der Schweiz auf und verteilte auf dem Ulmer Bahnhof antifaschistische Literatur.

Im Sommer 1938 wurden er und seine Frau verhaftet. Die Reichsbahn schrieb damals an die Stuttgarter Gestapo:

"Nach Mitteilung der Außenstelle Ulm der Geheimen Staatspolizei ist der Zugschaffner Züfle und der Wagenmeister Mössner festgenommen und nach Stuttgart verbracht worden. Um eine Grundlage für ein dienststrafrechtliches Verfahren gegen die beiden zu schaffen, bitten wir um Mitteilung der Gründe, die zu ihrer Festnahme Anlaß gegeben haben."¹

Um diese Zeit, im Mai und Juni 1938, nahm die Gestapo nach langen Beobachtungen nacheinander 35 Personen, hauptsächlich Eisenbahner, fest. Ein Eisenbahner aus Friedrichshafen wurde durch den 1. Senat des Volksgerichtshofes zum Tode verurteilt. Mehrere andere Mitangeklagte erhielten Zuchthaus- und Gefängnisstrafen. Karl Molt aus Stuttgart, ehemaliger Bezirksleiter der Gewerkschaft der Eisenbahner und Gauführer des Reichsbanners Württemberg, wurde in der Gerichtsverhandlung als Anführer einer Widerstandsgruppe der Eisenbahner bezeichnet.²

Das Verfahren gegen den nach Stuttgart gebrachten Fritz Züfle kam nicht zum Abschluß. Am 17. Dezember 1938 "starb" er in der Gestapohaft. Über das Stuttgarter Krematorium bekam der Sohn die Urne ausgehändigt. Frau Züfle, nach der Haft schwer nervenkrank, kam 1944 bei einem Bombenangriff auf Ulm ums Leben.



**Solange Juden u. Ausländer
als Arbeiter und Angestellte in den Betrieben
beschäftigt werden,
verläßt kein Deutscher Arbeiter
seinen Arbeitsplatz.**

**Es spricht: Pg. Engel, M.d.L. über
„Sabotage des Aufbauprogramms
der Reichsregierung“.**

R. G. D. Siemens.

Verantwortlich für Druck und Inhalt: Rattischewitz, Spandau.
Druck: B. Hildebrand, Charlottenburg 1.

1933: Hetze gegen Juden und Ausländer

¹ Nach STUTTGARTER ZEITUNG, 4.8.1979

² Siehe STUTTGART: GEHEIM!, S:102 f

Schließung von Vereinen

Wie wir hören, ist neuerdings auch der Arbeiter-Gefangenenverein „Vorwärts“ vorläufig polizeilich geschlossen worden, nachdem das gleiche Schicksal schon früher den Turnbund Ludwigsburg, den Arbeiter-Schützenverein Ludwigsburg, den Turnverein Hoheneck, den Turnverein Eglosheim e. V. und die Freie Turnerschaft Ohmweil ereilt hatte. In einigen anderen Fällen steht eine Entscheidung der Behörden noch aus.

Zu Ostern sind, wie wir weiter erfahren, sieben Schutzhäftlinge aus dem Oberamtsbezirk, die bisher auf dem Heuberg untergebracht waren, wieder auf freien Fuß gesetzt worden, darunter zwei aus dem Stadtbezirk Ludwigsburg.

LUDWIGSBURGER ZEITUNG, 19.4.1933

Eine Flaggenverordnung von Jagow

Der Reichsminister des Innern hat an mich folgendes Fernschreiben gerichtet: „Um dem in seinem Flaggenverlaß von heute zum Ausdruck gekommenen Wunsch des Reichspräsidenten sichtbaren Ausdruck zu verleihen und zur Feier des Sieges der nationalen Revolution hissen Reichsgebäude von Montag bis Mittwoch einschließlich schwarz-weiß-rote Flaggen und Sakentkreuzflaggen gemeinsam.“

Hierzu ordne ich an: Sämtliche öffentliche Reichs- und Landesgebäude einschließlich der Kommunalverbände in Württemberg haben von Montag bis Mittwoch abend die beiden genannten Flaggen zu hissen und sich, wo solche nicht vorhanden sind, mit nationalen Verbänden in Verbindung zu setzen. Die Bevölkerung rufe ich auf, sich dem Vorgehen der Behörden anzuschließen und so eine machtvolle Verbundenheit aller nationalen Kreise des deutschen Volkes mit dem Staat zu bekräftigen.

gez.: Reichskommissar für Polizei in Württemberg:
von Jagow.

LUDWIGSBURGER ZEITUNG, 13.3.1933

Abschrift von der Abschrift.

Blatt 10

Württ. Innenministerium.
der Polizeikommissar
für das Land Württemberg.

An das
Polizeipräsidium-Landeskriminalpolizeiamt-
Stuttgart.
und die Oberämter und sämtlichen Polizeiamter,

Betreff: Durchführungsmassnahmen zur Verordnung
des Reichspräsidenten zum Schutz von
Volk und Staat vom 28. Februar 1933.

Auf Grund der §§ 1 u. 2 der Verordnung des Reichspräsidenten zum Schutz von Volk und Staat vom 28. Februar 1933 (Reichsgesbl. I S. 83) wird folgendes angeordnet:

1. Das Reichssymbol „Schwarz-Rot-Gold“ und die „Eiserne Front“ sowie sämtliche Vereinigungen, die für die Belange dieser beiden Organisationen eintreten, werden mit sofortiger Wirkung aufgelöst und verboten. Das Vermögen dieser Vereinigungen ist beschlagnahmt und bis zum 18. März 1933 beim zuständigen Oberamt, in Stuttgart beim Polizeipräsidium abzuliefern.
 2. Das Tragen von Uniformen sowie das Tragen und Führen von Abzeichen jeder Art, die die Zugehörigkeit zu den in Nr. 1 angeführten Vereinigungen kennzeichnen, wird verboten.
 3. Auf Gebäuden und Grundstücken dürfen nur noch schwarz-weiß-rote und Hakenkreuzfahnen, die Fahnen der nationalen Verbände, die Fahnen der Länder und Gemeinden sowie die Flaggen nachweisbar unpolitischer Vereinigungen (z.B. die Fahnen der Kirchen, studentischer Korporationen und von Sportvereinen) gezeigt werden. Das Zeigen von Fahnen kommunistischer oder sozialdemokratischer Parteien sowie ihrer Nebenorganisationen, insbesondere der unter Nr. 1 angeführten Vereinigungen, ist in jedem Falle verboten.
 4. Sämtliche Waldheime und Sportplatzanlagen der KPD und ihrer Hilfsorganisationen, insbesondere der „Roten Sporteinheit“ werden mit sofortiger Wirkung geschlossen.
- Hienach ist das Erforderliche zu veranlassen.

gez. v. Jagow.



Ludwig Herr: Eine Straße trägt seinen Namen

Am 24. Januar 1945 ist Ludwig Herr aus Kornwestheim, Gemeinderat der KPD in der Weimarer Republik, nach langer Haft im KZ Neuengamme umgekommen. Eine Straße in Kornwestheim trägt seinen Namen, doch kaum jemand kennt das Schicksal, den Leidensweg dieses Antifaschisten. "Ja, diese Zeit kostet Nerven, Leben, Gesundheit, aber auch die Existenz ganzer Völker. Es bedarf schon ein ganzes Sichzusammenreißen, um in diesem Wirbel standzuhalten..." schreibt er im Dezember 1944 seiner Familie.

Am 8. Mai 1890 wurde Ludwig Herr geboren. Nach der Schule wurde er Mechaniker. Zwanzigjährig wird er Mitglied der SPD. Nach dem ersten Weltkrieg schließt er sich der USPD, dann dem Spartakusbund, und kurz darauf der gerade gegründeten KPD an.

Als Werkmeister tätig, verliert er 1923 seine rechte Hand. Später ist diese Behinderung für die SA ein Grund, ihn auf dem oberen Kuhberg (KZ bei Ulm) zusammen mit dem späteren SPD-Vorsitzenden Kurt Schumacher, dem ein Arm fehlte, immer wieder zu "Sondereinsätzen" zu befehlen.

Auch nachdem die Nazis im Januar 1933 die Macht ergriffen hatten, arbeitete Ludwig Herr weiter. Aus der Illegalität wird er am 6. April 1933 in der Wohnung des Gemeinderats Leibfarth in Esslingen verhaftet.

Das KZ Heuberg, der Obere Kuhberg und das KZ Dachau sind Stationen auf seinem Leidensweg. Mit seiner Verhaftung bricht auch für seine Familie eine Zeit des Leidens an. Schon im April wird auch die Ehefrau, Mutter von vier Kindern, verhaftet. Zunächst wird sie drei Wochen lang im "Blockhaus" in Ludwigsburg eingesperrt, später ist sie Gefangene im ersten württembergischen KZ für Frauen, in Gotteszell. Von April 1933 bis Mai 1934 wird auch noch der 18-jährige Sohn von den Nazis verhaftet und eingesperrt.

Auch nach ihrer Entlassung steht Lina Herr mit ihren vier Kindern ohne Existenzgrundlage da: ohne eine Chance, auch nur die einfachste Arbeit zu erhalten, muß sie sich und ihre Kinder durchschlagen.

Auch nachdem er im Oktober 1944 nach Neuengamme (KZ bei Hamburg) verlegt wurde, bleibt Ludwig Herr standhaft, hilft sogar noch sowjetischen Kriegsgefangenen, wofür er wiederholt brutal bestraft wird.

Der letzte Brief vor seiner Verlegung nach Neuengamme dokumentiert nicht einmal seine Zuversicht, seine Unbeugsamkeit und seine Hoffnung auf einen Neubeginn:

"Für uns alle gibt es nur einen Wunsch, möge der Krieg im Interesse der zu vermeidenden Opfer endlich aus sein. Dann werden wir unsere ganze Kraft in den Dienst unseres vielgeplagten Volkes stellen. Wenn ich nur daran denke, an diese Zeit, dann freue ich mich, nach so vielen Jahren im Kreise meiner Liebsten sein zu können ..."



Ein Bild der Familie Herr aus glücklicheren Tagen im Jahr 1929. Von links Mutter Lina, Tochter Charlotte und Sohn Willi, Vater Ludwig sowie die Kinder Gertrud, Else und Friedrich.

Doch diese Freude wurde ihm nicht mehr zuteil. Er starb am 24. Januar 1945 im KZ Neuengamme.

Der Stadtrat von Kornwestheim ehrte Ludwig Herr nach 1945, indem eine Straße nach ihm benannt wurde. 1979 wurde ein Gedenkstein auf dem Friedhof angebracht.

Am 8. Mai 1980 wäre er 90 Jahre alt geworden. Aus diesem Anlaß veranstaltete die Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes/Bund der Antifaschisten im Friedhof Kornwestheim eine Gedenkfeier. Im Namen der Vereinigung konnte Karl Kunde Angehörige der Familie Herr, Oberbürgermeister Dr. Pflugfelder, den Landtagsabgeordneten Beerstecher sowie Vertreter des Kornwestheimer Gemeinderats begrüßen.

In der Gedenkrede würdigte Stadtrat Bodo Kernbach das kämpferische Leben von Ludwig Herr, der, getragen vom Vertrauen der Bevölkerung, im Dezember 1922 auf der Liste der KPD in den Kornwestheimer Gemeinderat gewählt wurde.

"Wer heute die unermesslichen Blutopfer kommunistischer Arbeiter und Funktionäre aus dem Widerstand geringer achtet als andere, und verschweigen will, weil es heute zeitgemäß erscheint, so zu handeln, verfälscht die Geschichte und ist ein schlechter Demokrat."

Weiter erinnerte der Redner daran, daß damals Kommunisten, Sozialdemokraten und Christen eingesperrt wurden. Doch Ludwig Herr habe auch in dieser Zeit bereits an den Neubeginn gedacht, als andere nur an das Überleben dachten.

"Sie, die Widerstandskämpfer, starben für eine Idee. Sie starben für uns und unsere Nachkommen, damit wir in Freiheit leben dürfen",

Führte Bodo Kernbach aus. Heute müsse jedes Anzeichen einer Rechtsentwicklung aufmerksam beachtet werden.

"Wir haben die Tradition des deutschen Widerstandes wachzuhalten. Seine Erfahrungen müssen an unseren Schulen vermittelt werden, und wir haben wachsam zu sein gegenüber menschenverachtenden Extremen."

Ludwigsburger im Widerstand Die KPD

Hausdurchsuchungen auch in Ludwigsburg

Das auch für Württemberg ergangene Verbot für alle kommunistischen Druckschriften und Flugblätter hatte zur Folge, daß gestern auch hier in Ludwigsburg in den Unterkunftsräumen der kommunistischen Partei und der kommunistischen Organisationen, sowie bei zahlreichen Funktionären der kommunistischen Partei durch ein größeres Polizeiaufgebot Durchsuchungen vorgenommen wurden. Hierbei wurden an verschiedenen Stellen Druckschriften aller Art beschlagnahmt. Die Durchsuchungen sind durchweg ohne Zwischenfälle verlaufen.

In diesem Zusammenhang ist es vielleicht auch am Platze, einmal auf die unsinnigen Gerüchte einzugehen, die in den letzten Tagen hier in Ludwigsburg umliefen und die in den Vor-kommunisten im Reich, insbesondere in der Brandlegung im Reichstagsgebäude ihren Ursprung haben und die natürlich in einer politisch so hochbewegten Zeit weiteste Verbreitung finden. Es soll hier nicht untersucht werden, ob diese Schauermärchen nur den Köpfen phantastisch veranlagter Menschen entsprang, oder ob sie etwa von einer bestimmten Seite absichtlich in die Bevölkerung getragen wurden, um künstlich eine Erregung hervorzurufen.

Eines kann jedenfalls nach unseren Ermittlungen gesagt werden: ein Grund zur Beunruhigung ist nicht vorhanden. Wenn auch bei uns da und dort im Kleinen der Versuch gemacht wird, Unruhen zu stiften, so sind das Vorgänge, mit denen die Polizei immer noch fertig geworden ist und auch fertig werden wird. Selbstverständlich ist die gegenwärtige Zeit für unsere Schutzpolizei eine harte und arbeitsreiche, aber sie wird hier wie anderwärts alles daran setzen, die Ordnung aufrecht zu erhalten und Störungen im Keime zu ersticken. Die Mitarbeit der Bevölkerung kann ihr dabei außerordentlich wertvoll sein, aber nur dann, wenn die Mitteilungen keine Phantasiegeespinnste sind.

Der von den Regierungsmahnahmen als Folge der jüngsten Vorgänge durch Versammlungs- und Propaganda-Verbot betroffene Teil der Bevölkerung wird sich wohl hüten, nuncmehr an der übrigen Bevölkerung Rache zu üben. Das wäre das dümmste, was die Führer ihren Anhängern antreiben könnten, denn ein scharfes Strafgericht wäre die unausbleibliche Folge für solch sinnlos Verblende. Bis jetzt waren unsere rabiaten Eingestellten immer so vernünftig, sich zu den verabschiedungswürdigen Ausfällen des Gefindels norddeutscher Großstädte nicht hinreißen zu lassen. Bei der engen Verbundenheit unserer Bevölkerungskreise ist damit auch jetzt zu rechnen, es wäre denn, daß zugereiste Fremdlinge uns damit beglücken wollten, wobei sie aber die bekannte gründliche Schwabenart kennen lernen werden.

Besser ist bei uns alles noch in bester Ordnung und wir hoffen und wünschen, daß es auch so bleiben wird. Wenn die ordnungsliebende Bevölkerung in ihrer Gesamtheit die Ruhe bewahrt, so sind diejenigen Leichter zu erkennen, die darauf ausgehen, sie zu stören.

Nach der sogenannten "Machtübernahme" durch Hitler am 30. Januar 1933 traf auch die KPD in Stadt und Kreis Ludwigsburg Vorkehrungen für die Illegalität.

Am 4. Februar 1933 erging die "Verordnung des Reichspräsidenten zum Schutze des deutschen Volkes", die mit drastischen Einschränkungen der Versammlungs-, Rede- und Pressefreiheit verbunden war. Der Reichstagsbrand vom 27. Februar 1933 schließlich diente den Nazis als Vorwand für eine blutige Terrorwelle. Im ganzen Reichsgebiet wurden über 10 000 Antifaschisten festgenommen.

Bis zur großen Verhaftungswelle, die in der Nacht vom 5. zum 6. März 1933 stattfand, wagten sich die Nazis nicht in die Ludwigsburger Arbeiterquartiere. In dieser Nacht wurden viele wichtige und bekannte Funktionäre von SPD und KPD im ganzen Kreis Ludwigsburg verhaftet, teilweise in der Hindenburgstraße in Militärarrest genommen und nach einiger Zeit auf den Heuberg verschleppt.¹

Die KPD richtete sich darauf ein, daß nach den Reichstagswahlen vom 5.3.1933 ein Parteiverbot erfolgen würde. Für die Weiterführung des Widerstandes gegen die braunen Machthaber, die nun über "Gesetze" ihre "Ordnung" legalisieren konnten, wurden Mitglieder eingeteilt, die vor dem Machtantritt der Faschisten in der Öffentlichkeit nicht so bekannt waren.

Sie führten die Arbeit unter den veränderten Bedingungen weiter. Antifaschisten, die in der Zwischenzeit aus dem KZ Heuberg, und später Kuhberg, entlassen worden waren, kamen hinzu. Über einen Instrukteur bestand Verbindung zur Bezirksleitung der KPD in Stuttgart.

Trotz Verhaftungen und Hausdurchsuchungen kam die Zeitung DER ROTE SALAMANDER heraus, der - wie der Ludwigsburger Antifaschist Karl Kunde berichtete - nicht nur für die Salamander-Arbeiter bestimmt war, sondern über Stützpunkte im Kreis Ludwigsburg zur Verteilung gelangte. Daneben wurde mit Handzetteln zum Kampf gegen die Nazis aufgerufen. Diese Flugblätter wurden in Briefkästen verteilt.

Am 7. März 1933 berichtete die LUDWIGSBURGER ZEITUNG:

¹ Karl Kunde: Die Geschichte der KPD in Stadt und Kreis Ludwigsburg

Fort mit Hader, Zank
und Streitereien!

Wir brauchen Einigung
der Parteien.



Deutsche Volkspartei

**NAZI &
JUNKER**

**SCHLUSS
DAMIT!**



wählt

Sozialdemokraten!

**KPD
LISTE 3**



**Unsere
letzte
Hoffnung:**



Freitag, den 24. November 1933

Aus dem Gerichtssaal

Flugblattverteiler verurteilt

Das Sondergericht für Württemberg beim Landesgericht Stuttgart hatte am Mittwoch wieder eine umfangreiche Tagesordnung zu erledigen, bei der in der Hauptsache Verbreiter kommunistischer Druckschriften abgeurteilt wurden. Zunächst wurde der 62 Jahre alte verheiratete Arbeiter Leonhard Bröner von Heidenheim wegen eines Sprengstoffverbrechens sowie wegen unbefugten Waffen- und Munitionsbesizes zu einem Jahr sieben Monaten Gefängnis verurteilt. Bei den nächsten Fällen handelte es sich dann durchweg nur um Verbreitung und Vorrätighaltung verbotener kommunistischer Druckschriften, die teilweise aus Paris eingeführt wurden, was vom Sondergericht als besonders straferschwerend berücksichtigt wurde. Die beiden Angeklagten in diesem Fall, der 27 Jahre alte Eisenbreher Eugen Heimisch und der 25 Jahre alte Werkzeugmacher Wilhelm Blesing von Mellingen wurden zu je zweieinhalb Jahren Gefängnis verurteilt. Dann erhielt der 34 Jahre alte verheiratete Flaschner Eugen Riegert von Ludwigsburg ein Jahr Gefängnis, weil er mit den Worten: „Das kannst lesen und dann gibst's weiter“ ein Exemplar des Tribunal einem Bekannten gab. Der Maschinenschlosser Walter Kausmann und der Schneider Ludwig Kern, beide in Gomstätt, erhielten je neun Monate Gefängnis für die Weiterverbreitung kommunistischer Flugblätter. Ein anderer Angeklagter erhielt vier Monate Gefängnis. Ebenfalls wegen Verbreitung kommunistischer Druckschriften wurden drei junge Burschen von Ludwigsburg zu empfindlichen Strafen verurteilt; ein 17jähriger Schreinerlehrling erhielt zwei Jahre Gefängnis und zwei 20jährige Zuschneider wurden zu einem Jahr drei Monaten, bzw. einem Jahr Gefängnis verurteilt. Mögen diese exemplarischen Strafen anderen jungen Leuten, die etwa in die gleiche Versuchung kommen, als Warnung dienen!

"In verschiedenen Bezirksorten, so insbesondere in Asperg, Markgröningen, Tamm und Bissingen sind in den Nächten vor der Wahl kommunistische Flugblätter aufreizenden Inhalts verteilt worden (...) Den Ermittlungen von Landjägerbeamten ist es inzwischen gelungen, zwei Täter in Asperg und drei in Tamm dingfest zu machen, darunter den in Asperg wohnhaften Propagandaleiter."

Am 19. April 1933 schrieb dieselbe Zeitung:

"Noch immer kommunistische Flugschriften."

"Wir führten damals", so sagte der Antifaschist Wilhelm Eppinger, "unsere Arbeit unter der strengsten Verschwiegenheit durch, denn wer das zweite Mal ins Lager kam, hatte nichts zu lachen."

Unter diesen Bedingungen mußten auch neue Organisationsformen gefunden werden. Es wurden Fünfergruppen, und da, wo die Gefahr besonders groß war, Dreiergruppen gebildet. Dies war notwendig, um eine Entdeckung vermeiden zu können. So arbeiteten in Ludwigsburg, Kornwestheim, Bissingen und Geisingen Widerstandsgruppen gegen die Nazis. Nach manchen Aktionen gab es Festnahmen und Verhaftungen. So wurde der Zuschneider Walter Zeh am 22. November 1933 wegen Verbreitung von Druckschriften zu einem Jahr Gefängnis verurteilt.

Über Anna Paape aus Ludwigsburg, die bereits vom 11.3.-Oktober 1933 einsaß und 1937 nach Frankreich fliehen mußte, wird in einer Urteilsbegründung geschrieben:

"Am 2.2.1934 wurde in ihrer Wohnung ein verstecktes kommunistisches Flugblatt vorgefunden. Die Paape wurde sofort verhaftet, aber am 14.2.1934 vom Sondergericht Stuttgart freigesprochen, weil ihr nicht mit Sicherheit nachzuweisen war, daß sie das Flugblatt erhalten und versteckt hatte. Sie kam jedoch vom 7.3. bis 11.8.1934 wieder in Schutzhaft nach Gotteszell."

Neue Urteile des Sondergerichts

Dummheit oder Böswilligkeit

Eine in Ludwigsburg wohnhafte 48jährige Kontoristin, die wegen Aufruhrs vorbestraft ist und sieben Monate lang in Schutzhaft saß, hatte vor dem Sondergericht zu erscheinen, weil man in ihrer Konsoletschublade ein kommunistisches Flugblatt gefunden hatte. Sie erklärte glaubwürdig, daß es ihr nach den gemachten Erfahrungen nicht bekommen könne, ein Flugblatt in ihrer Wohnung aufzuhängen; dieses müsse ihr vielmehr von einem Dummkopf oder einem Böswilligen in die Schublade gelegt worden sein. Das Sondergericht erkannte denn auch auf Freisprechung. Dagegen wurde ihr Mitangeklagter, ein 35jähriger Former von Glosheim, der ein kommunistisches Flugblatt an einen Dritten weitergegeben hatte, zu vier Monaten Gefängnis verurteilt.

Unter "Neue Urteile des Sondergerichts" berichtete die LUDWIGSBURGER ZEITUNG am 15. Februar 1934 über den Prozeß gegen Anna Paape. In dem Artikel heißt es, die in Ludwigsburg wohnhafte 46-jährige Kontoristin sei wegen "Aufruhrs" vorbestraft und habe sieben Monate in "Schutzhaft" gesessen.

Die Gestapo versuchte auch Antifaschisten zu erpressen, um den Instrukteur für das Gebiet Ludwigsburg, Willy Class, in ihre Hände zu bekommen. Unter dem Druck solcher Drohungen mußte der Antifaschist Karl Kunde, der 1933 im KZ Heuberg und 1934 auf dem Kuhberg eingesperrt war, im Juni 1934 in die Schweiz fliehen.

Trotz aller Schwierigkeiten ging die Arbeit weiter. Auch die Rote Hilfe setzte ihre Tätigkeit fort. Sympathisanten zahlten an diese Arbeiterorganisation Gelder, womit in Not geratenen Familien von Eingekerkerten geholfen wurde. Aus Unterlagen ist ersichtlich, daß solche Beiträge noch 1935 gezahlt wurden. Nach Marbach kam zum Beispiel ein Kurier aus Cannstatt.

Kommunistische Flugblätter

In verschiedenen Bezirksorten, so insbesondere in Asperg, Markgröningen, Tamm und Bissingen, sind in den Nächten vor der Wahl kommunistische Flugblätter aufreizenden Inhalts verteilt worden, welche zum Klassenkampf mit Waffengewalt aufforderten. Den Ermittlungen von Landjägerbeamten ist es inzwischen gelungen, zwei Täter in Asperg und drei in Tamm dingfest zu machen, darunter den in Asperg wohnhaften Propagandaleiter.

Die Flugblätter sind vermutlich in Ludwigsburg hergestellt worden, wenigstens ist festgestellt, daß sie in der Nacht vom Freitag zum Samstag von einem Radfahrer aus Ludwigsburg geliefert und am Bahndurchlaß in Asperg dortigen Kommunisten übergeben wurden. Auch in Ludwigsburg wurden mehrere Verhaftungen vorgenommen, und im Laufe des ganzen gestrigen Tages wurden die polizeilichen Hausdurchsuchungen fortgesetzt, bei denen erneut vier Kom-

In einem Verfahren vor dem Oberlandesgericht Stuttgart 1938 (II. Strafsenat) wurde festgestellt, daß eine "Angeklagte", die man vor dieses Gericht gezerzt hatte, im Frühjahr 1935 "einen Briefumschlag mit in Ludwigsburg gesammelten Geldern der illegalen KPD und einen Abrechnungszettel (...) dem Kommunisten Reinhold Bechtel (Löchgau) auf den Bahnhof Ludwigsburg gebracht" hat.¹

Druckschriften gelangten damals, dies berichtete in einem Verfahren ein "Zeuge" Mauch, über ein Verteilernetz in die Ludwigsburger Hausbriefkästen.

Das Streichholzschachtelbüro

Der Ludwigsburger Antifaschist Franz Martin hatte sein ganzes "Büro" in einer Streichholzschachtel untergebracht, sodaß er notfalls diese Unterlagen vernichten konnte.

In einem Urteil vom 25.4.1938 (Oberlandesgericht Stuttgart) wird über die Arbeit der Antifaschisten im Kreis Ludwigsburg gesagt: "Bei den zerschnittenen Zigarettenbildchen handelt es sich um einen sogenannten Bilderscheck, der so, wie es in den illegalen Kreisen üblich ist, auch nach dem Willen der Angeklagten (...) als gegenseitiger Ausweis zwischen den Besitzern der beiden Hälften, die zusammenpassen müssen, dienen sollte und geeignet war, die Einführung (...) in die illegale Parteiorganisation (...) zu ermöglichen."

Noch immer kommunistische Flugschriften

Von zuständiger Seite wird mitgeteilt: Obwohl die Beschlagnahme und Einziehung sämtlicher kommunistischer Druckschriften schon am 1. März 1933 angeordnet worden ist, werden immer noch kommunistische Flugblätter im Land verbreitet. In Ergänzung des Rundtelegramms vom 1. März 1933 und des Rundlasses vom 10. März 1933 wird daher auf Grund von Paragraph 1 der Verordnung des Reichspräsidenten zum Schutz von Volk und Staat vom 28. Februar 1933 die Herstellung, Vorratighaltung und Verbreitung von Druckschriften der kommunistischen und sozialdemokratischen Parteien und ihrer Nebenorganisationen, insbesondere von Plakaten, Flugblättern, Flugschriften, Broschüren und Handzetteln politischen Inhalts mit sofortiger Wirkung bis auf weiteres verboten. Zuwiderhandelnde werden vom Sondergericht abgeurteilt und haben nach Paragraph 4 der Verordnung zum Schutz von Volk und Staat vom 28. März 1933 Gefängnisstrafe nicht unter einem Monat oder Geldstrafe von 150—15 000 M. zu erwarten.

Ausrottung des marxistischen Geistes aus deutschen Schulen

Anforderung eines kommunistischen Anschlags gegen den Reichsanstalt - Konzentrationslager für rote Staatsfeinde

Die ersten Arbeiten der banenist.

Den damaligen Machthabern gelang es in all den Jahren nicht, alle Verbindungen, die im Kreis Ludwigsburg bestanden, ausfindig zu machen.

Die laufenden Verhaftungen von Mitgliedern und Sympathisanten der KPD behinderten natürlich sehr die Arbeit gegen die Naziartei. Eine Flucht in die Schweiz oder nach Frankreich war für viele Antifaschisten die letzte Rettung. Sie setzten die Arbeit von dort aus fort. Auch in Spanien kämpften Antifaschisten aus Ludwigsburg gegen Franco.

Grenzstützpunkte der KPD 1933–1935

Reichenberg, dann Prag, Sitz der Leitung der Stützpunkte in der ČSR für:

Berlin, Brandenburg, Halle-Merseburg, Magdeburg, Schlesien,
Sachsen, Thüringen

Basel, dann Zürich, Sitz der Leitung der Stützpunkte in der Schweiz für:

Baden, Bayern, Württemberg

Saarbrücken, dann Saarlouis, Sitz der Leitung der Stützpunkte im Saargebiet für:

Hessen-Frankfurt, Mittelrhein, Niederrhein

Amsterdam, Sitz der Leitung der Stützpunkte in den Niederlanden für:
Niedersachsen, Oldenburg, Ruhrgebiet

Kopenhagen, Sitz der Leitung der Stützpunkte in Dänemark für:
Bremen, Danzig, Hamburg, Mecklenburg, Ostpreußen, Pommern,
Schleswig-Holstein

Aus: K.Mammach, Die deutsche antifaschistische Widerstandsbewegung, S.42

Deutschlands Dank an die Opfer des Weltkriegs

[illegible]

Weitere Forschungen notwendig

Es ist nicht möglich, die Namen all jener Frauen und Männer aufzuführen, die sich zu den verschiedensten Zeiten von 1933 bis 1945 im Kreis Ludwigsburg am Kampf gegen das Aufkommen und die Niederringung des Faschismus beteiligt haben. Weitere Forschungen sind dazu notwendig.

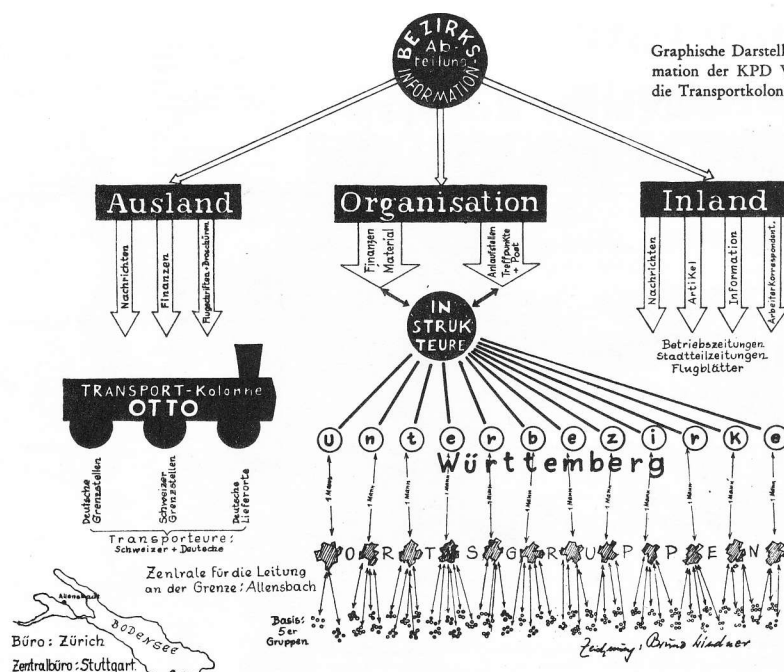
Da wurde, neben den an anderer Stelle bereits angeführten Antifaschisten, Hugo Stark aus Ludwigsburg verhaftet und wegen "Hochverrat" angeklagt. Viele der verhafteten Frauen, über die wir in einem der nächsten Hefte einen Beitrag veröffentlichen, wurden nach Gotteszell, dem ersten KZ für Frauen in Württemberg gebracht. Da waren die Stadträte Karl Weippert aus Ludwigsburg und Josef Kern aus Bietigheim, die festgenommen, zuerst auf den Heuberg gebracht und weiter ins KZ Dachau verschleppt wurden.

Andere entkamen den Nazis. Unter ihnen Otto Weidenbach, Stadtrat in Ludwigsburg, zeitweise Kreistagsabgeordneter, Vorsitzender eines Betriebsrates sowie Bezirksvorsitzender des Deutschen Metallarbeiterverbandes im Bezirk Ludwigsburg.

Teil der illegalen KPD

Die Widerstandskämpfer im Kreis Ludwigsburg waren ein Teil der illegalen KPD im Lande Württemberg, gegen deren Kopf der Volksgerichtshof im Juni 1937 vier Todesurteile gefällt hat - gegen Lilo Herrmann, Stefan Lovaz, Arthur Göritz und Sepp Steidle.

Der Widerstand gegen die Nazis hat im Kreis Ludwigsburg nie ganz aufgehört. Noch bei Kriegsbeginn, am 1. September 1939, wurden Antifaschisten aus unserer Gegend verhaftet und in das Konzentrationslager Buchenwald verschleppt.



Graphische Darstellung der Organisations-Gliederung der Abteilung Information der KPD Württemberg im Kampf gegen das NS-Regime, zu der die Transportkolonne Otto als ein wichtiger Teil gehörte.

Franz Martin: Kein Wort verraten

Die Liste der Toten aus Ludwigsburg ist längst nicht vollständig. Aber hinter jedem Namen verbirgt sich ein ebenso leidvoller wie vorbildlicher Lebensweg. Jeder einzelne zeigt den Mut und die Kraft, menschlich zu handeln in einer Zeit der Barbarei. So auch Franz Martin, dessen Leben und Arbeiten hier kurz angedeutet werden soll.

Franz Martin wurde als Sohn einer kinderreichen Arbeiterfamilie am 6. März 1905 in Empingen, Kreis Taubertschheim, geboren.

Schon früh schloß er sich der organisierten Arbeiterbewegung an. In der Gewerkschaft Holz setzte er sich für seine Kollegen ein und in der KPD kämpfte er gegen den aufkommenden Faschismus.

Auch nach 1933 führte dieser Antifaschist den Kampf gegen die Nazis weiter. Am 10. November 1935 wurde Franz Martin von der Gestapo abgeholt und in das Gestapo-Verhörtzentrum "Hotel Silber" in Stuttgart verschleppt.

In den folgenden 20 Monaten Untersuchungshaft wollte die Gestapo vieles von ihm wissen, doch von Franz Martin bekamen sie keine Antwort. Er wurde zu zweieinhalb Jahren Zuchthaus verurteilt, die Franz Martin in Ludwigsburg absaß. Danach wurde dieser Widerstandskämpfer ins KZ Welzheim gebracht. Im März 1939 wurde er nach Dachau und später in das Vernichtungslager Mauthausen verschleppt.

Am 5. Januar 1940 erhielt seine Ehefrau Gertrud Martin folgendes Telegramm: "Ehemann heute im Lager verschieden. Näheres durch Polizei. Gez. Zierreis, Lagerkommandant."

Als Frau Martin ihren Mann dann sah, erkannte sie ihn kaum wieder. Wie Hohn klingt ihr die genannte Todesursache: Nichteinhaltung der Diät!



Zu seinem 40. Todestag nahm die Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes/Bund der Antifaschisten (VVN/BdA) am 3. Februar 1980 im Neuen Friedhof in Ludwigsburg eine Ehrung vor. Der Oberbürgermeister der Stadt Ludwigsburg schrieb an Frau Martin: "In diesen Tagen jährte sich zum 40. Male der Todestag Ihres im Konzentrationslager Mauthausen verstorbenen Gatten Franz Martin. Ich habe mir daher erlaubt, seine letzte Ruhestätte durch ein Blumengebilde schmücken zu lassen. In ehrendem Gedenken Dr. Ulshöfer."



Karl Kunde: Ein Spitzel hörte mit

In der Nacht zum 6. März 1933 wurden in Ludwigsburg die bekannten Funktionäre der Sozialdemokratischen und der Kommunistischen Partei festgenommen und im KZ Heuberg gefangen gehalten. Unter den Verhafteten befand sich auch der Kommunist Karl Kunde.

Seinem Bericht ist zu entnehmen, daß er nach seiner Entlassung im Oktober 1933 sofort Kontakt mit den noch nicht verhafteten Genossen aufnahm. Gemeinsam gingen sie daran, die Zeitung DER ROTE SALAMANDER herauszugeben.

Hausdurchsuchungen und Verhaftungen erschwerten den Widerstand erheblich. Weil die Genossen immer "dicht" hielten, mußte die Gestapo viele Verhaftete wieder freilassen. Nach der 4. Verhaftung wurde Karl Kunde im Februar 1934 ins KZ Kuhberg bei Ulm eingeliefert und im Herbst 1934 wieder entlassen.

Nachdem Spitzel ein Gespräch Kundes mit einem Genossen abgehört hatten, wollte die Gestapo von ihm genaue Angaben über Widerstandskämpfer haben. Dies war für Kunde das Signal zur Emigration. Mit Hilfe von Albert Seyerle, dem ersten DGB-Kreisvorsitzenden nach 1945 gelang ihm die Ausreise in die Schweiz. Von dort bzw. aus Frankreich arbeitete er weiter politisch gegen den Faschismus.¹

Am Grab von Eugen Riegert

Wir ehren heute einen Menschen, der sein ganzes Leben lang für die Interessen des einfachen Volkes eingetreten ist. Eugen Riegert wurde am 22. Juli 1899 in Geislingen/Steige geboren und hat schon bald den Weg zur Arbeiterbewegung gefunden. 1931 wurde er Mitglied der KPD und kämpfte in deren Reihen gegen den aufkommenden Nazismus. Er und seine Genossen haben in der Zeit der Republik von Weimar unermüdlich vor dieser Gefahr gewarnt und folgende nüchterne Konsequenz aufgezeigt:

**Wer Hindenburg wählt, wählt Hitler,
wer Hitler wählt, wählt den Krieg!**

Und nach dieser Voraussage vollzog sich auch der geschichtliche Ablauf in Deutschland. Der Reichspräsident Hindenburg hat auf Betreiben maßgeblicher Kreise der Industrie und Banken am 30. Januar 1933 Hitler und seiner Partei die Macht im Staate übertragen und damit den Weg für jene Entwicklung freigegeben, die mit der Unterdrückung und Verfolgung der Arbeiterbewegung begonnen und mit der Katastrophe unseres ganzen Volkes im Jahre 1945 geendet hat.

Eugen, der bereits seit Mai 1930 arbeitslos war, wurde am 5. 11. 1933 wegen "Verbreitung verbotener Druckschriften" verhaftet und am 22. 11. 1933 vom Sondergericht Stuttgart zu einem Jahr Gefängnis verurteilt. Zur Strafverbüßung befand er sich bis zum 22. 8. 1934 in Rottenburg.

Wegen seines antifaschistischen Widerstandes wurde Eugen Riegert am 14. 12. 1936 erneut verhaftet und vom Oberlandesgericht Stuttgart am 4. 8. 1937 wegen "Vorbereitung zum Hochverrat" zu zwei Jahren Gefängnis verurteilt.

Die Strafanstalt Ulm, das KZ Welzheim und danach das KZ Buchenwald waren die weiteren Stationen auf seinem Leidensweg für eine gerechte Sache. Während seiner Inhaftierung starb seine Ehefrau 1938. Ein von ihr vermutlich wegen Krankheit eingereichtes Gnadengesuch wurde am 2. 4. 1937 von einem Landgerichtsrat P a y e r (Landgericht Stuttgart) abgelehnt.

Im Rottenburger Steinbruch

Wie sah Eugen Riegert die Jahre bis zu seiner Befreiung am 11. April 1945? Aus seinen Aufzeichnungen entnehmen wir über Rottenburg: Gefängnishaft mit unzureichender Ernährung unter erschwerten Arbeitsbedingungen. War im Steinbruch in Rottenburg eingesetzt. Untersuchungshaft (1/2 Jahr in Stuttgart) und Landesgefängnis Ulm (8 Monate) – schlechte Ernährung und Behandlung. Währenddessen Ehefrau gestorben! KZ Welzheim (ca. 3 Wochen): Unzureichende Ernährung und körperliche und moralische Mißhandlung.

KZ Buchenwald

Aus seinen weiteren Aufzeichnungen, die uns nur errahnen lassen, was Eugen Riegert durchmachen mußte, konnten wir entnehmen: KZ Buchenwald 1938 bis 11. 4. 1945. Mißhandlungen, körperlich und moralisch. Steinetragen im Laufschrift. Bei Ankunft sofort Einteilung in ein "Todes-Kommando" für Schachtarbeiten. Essensentzug. Einmal sechs Tage. Viele Stehappelle bei jedem Wetter. Einmal nackt ca. 9 Stunden. Öfters erschwertes Strafoxerxieren. Einmal 2 Stunden im Dauerlauf bis zum Umsinken und 20 Stockschläge auf Prügelbock.

Eugen Riegert hat diese schwere Zeit überstanden und war auch nach seiner Befreiung unermüdlich politisch aktiv.

¹ 1955-1980, 25 Jahre IG Metall-Verwaltungsstelle Ludwigsburg, S. 37

Trotz seiner Krankheit beteiligte er sich an vielen Aktionen. Er vertrieb antifaschistische Zeitungen und warnte auch in Leserbriefen vor einer neuen faschistischen Entwicklung.



Zeichnung von Karol Konieczny „Fünfundzwanzig“

Wir sind hergekommen, um dieses einfachen Mannes an seiner Grabstätte zu gedenken. Wir wissen, daß viele Zeitgenossen nicht mehr daran erinnert werden möchten. Heute sind wir soweit, daß die in der NS-Zeit begangenen Verbrechen geleugnet werden. Unwidersprochen von amtlichen Stellen können rechtsradikale Gruppen behaupten, daß die Vergasung von Millionen Juden in Auschwitz eine Lüge sei. Film und Literatur verharmlosen den Nazismus.

Gerichtskasse A Stuttgart. Archivstraße 15, Erdgeschoss links.		Stuttgart-O, den 2. Sep. 1937 Auf Nr. 26736.	
An Herrn - XXXXXX Eugen Riegert, verh. Flaschner, z. Zeit: Strafgefangnis XXXXXX Ulm a. D.		Kasseneichen: (bei allen Zahlungen und Eingaben anzugeben) XXXXXX Kassenkarte Nr. 12.543	
Str. Nr. <u>1889</u> Dienstfährte.		Kasseneichen: April - Sept.: 7 ¹² - 12 ¹² und 13 - 13 ¹² Samstag 7 ¹² - 12 ¹² Okt. - März: 8 - 12 ¹² und 13 - 13 ¹² Samstag 8 - 12 ¹²	
Kostenrechnung.			
In Ihrer Strafkasse wegen		Vorbereitung zum	
Hochverrat		Gefährdungsnummer: OJs 61/36 416/37.	
schulden Sie			
Gerichtskosten:		80.24 -- 10	
Gerichtsgebühren		2.24 -- 10	
Schreibgebühren		472.24 10 --	
Sonstige Ausgaben		111.24 11 --	
Geldstrafe		552.24 10 --	
Sie werden ersucht, diesen Betrag binnen einer Woche hierher - - XXXXXX Nr. 2431 Amt Stuttgart - - XXXXXX Nr. 2431 Amt Stuttgart - - Konto bei der Würt. Notenbank - zu bezahlen.			
Es wird darauf hingewiesen, daß Sie für weitere Ausgaben im Betrag von 102.24 75 Pf. haften. Auch dieser Betrag muß von Ihnen eingezogen werden, wenn er nicht von dem Miturteilten beigetrieben werden kann.			
Buchhalter: XXXXXX Buchhalter: XXXXXX			
Werden Gerichtskosten und Geldstrafe nicht innerhalb der erteilten Frist bezahlt, so muß die Zwangsverrechnung eingeleitet oder die an Stelle der Geldstrafe hilfsweise erkannte Freiheitsstrafe vollstreckt werden.			
Nr. 1389 (einfacher Kass. OGer Nr. 53). Zahlungsaufforderung an Gerichtskasseneinnehmer.			

Abschrift.		Landgericht Stuttgart.		Blatt	
Gefährdungsnummer: 8 32.84/36:		Untersuchungsrichter des Oberlandesgerichts.		XXXXXX	
Mitwirkende:		Beschluß		vom 2. April 1937.	
In der XXXXXX Voruntersuchungssache					
gegen					
Wilhelm Bader u.A.					
wegen Vorb. z. Hochverrat,					
wird das Haftentlassungsgesuch, das Frau Berte Riegert am 21.1.1937 für ihren Mann den Angesch. Eugen Riegert an den Führer gerichtet hat und das am 1. April 1937 zur zuständigen Erledigung hier eingegangen ist, auf Antrag des Herrn Generalstaatsanwalts als unbegründet					
zurückgewiesen.					
Gründe.					
Der Angesch. ist der ihm zur Last gelegten Tat dringend verdächtig. Im Hinblick auf die Höhe der zu erwartenden Strafe besteht Fluchtverdacht, den Umständen nach ist auch Verdunklungsgefahr gegeben. Auch die von der Geschw. stellterin in ihrem Gesuch vorgebrachten Gründe, vermögen die Aufhebung des Haftbefehls nicht zu rechtfertigen.					
(gez.) Payer Landgerichtsrat					
Beglaubigt: Geschäftsstelle des Untersuchungsrichters des Oberlandesgerichts:					
Nr. 108 2. 4. 36. 10000.					

Den Antifaschisten hat man bei der Verkündung des Widergutmachungsgesetzes im Jahre 1953 versichert, daß der geleistete Widerstand gegen den Nazismus ein Verdienst um das Wohl des deutschen Volkes und Staates war - aber wo ist diese feierliche Verpflichtung im politischen, gesellschaftlichen und kulturellen Leben unseres Volkes sichtbar? Etwa in den Schulbüchern oder im Geschichtsunterricht?

Indem wir uns zu Menschen wie Eugen Riegert bekennen, ihr Wollen und Wirken aus der Versenkung holen, wollen wir immer wieder aufs Neue die Erfahrung in Erinnerung bringen, daß an den Opfern des Nationalsozialismus kein Weg vorbeiführt, wenn wir in unserem Land jene antifaschistisch-demokratische Ordnung erreichen wollen, deren Grundsätze im Jahre 1949 im Grundgesetz niedergelegt worden sind. Unser heutiges Gedenken am Grab von Eugen Riegert soll dazu beitragen, diesen Grundsätzen zum Durchbruch zu verhelfen.

4836

Eugen Riegerts Häftlingsnummer im KZ Buchenwald

Thomas Schick: Zeugnis für die Jugend

Am 23. März 1892 wurde Thomas Schick in Vollmaringen-Na-Gold geboren. Nach der Erlernung des Maurerhandwerks war er 1912 zum Militärdienst eingerückt und gehörte 1914 somit zu den ersten, die in den Ersten Weltkrieg geschickt wurden. Seine Stationen im Krieg waren unter anderem die mörderische Schlacht im Argonnerwald und 1915/16 die Teilnahme an den Kämpfen um Reims, die eine Unzahl an Toten kosteten und bei denen er selbst verwundet wurde. Nachdem er noch 1918 bei den Rückzugsgefechten beteiligt war, konnte er von 1919 bis 1922 wieder seinen Beruf als Maurer in Schramberg ausüben; dort organisierte er sich auch in der Bauarbeitergewerkschaft. In den Jahren 1924/25 arbeitete Thomas Schick an mehreren, damals bekannten Großprojekten in Stuttgart, bis er 1933 in Heilbronn arbeitslos wurde.

Nach einer Flugblattaktion gegen die Nazis saß er 1933/34 in Untersuchungshaft im Langenbau in Stuttgart, wo er den Heilbronner Widerstandskämpfer Walter Vielhauer traf. Mit zwei weiteren Kameraden, von denen sich einer das Leben nahm, wurde Thomas Schick in Stuttgart zu zwei Jahren und neun Monaten Haft verurteilt: Man hatte ihn verdächtigt, daß er für die verbotene KPD gearbeitet hätte; er mußte seine Haft in Rottenburg absitzen. 1936 mußte er dann in Kornwestheim beim Kasernenbau und beim Fabrikbau (KREIDLER) mithelfen. 1944, als der Faschismus unaufhaltsam seinem Ende zusteuerte, konnte Thomas Schick dem Schlachtfeld noch einmal entkommen, da er bei der Aushebung zum Volkssturm als "wehrunwürdig" eingestuft wurde.



Eines der »Schutzhäftlager« der SA, die nach dem 30. Januar 1933 entstanden. Hier wurden in den ersten Monaten zahlreiche »Gegner« aus den demokratischen Parteien und Organisationen – auch der Deutsch-Nationalen Volkspartei und dem Stahlhelm – eingesperrt und mißhandelt. Was Admiral Scheer schon 1922 seinen Parteigenossen von der DVP warnend zugerufen hatte, war eingetroffen: »Der Ruf nach dem starken Mann bedeutet nichts anderes als den Gedanken, einen Teil des Volkes mit dem anderen niederzuschlagen.«

Ab 1950 arbeitete er wieder als Maurer – diesmal bei Reparaturarbeiten am Alten Schloß in Stuttgart, beschäftigt bei der Kornwestheimer Firma Schmid. Seit 1957 ist der in Ludwigsburg wohnende Thomas Schick Rentner, und noch heute nimmt er regen Anteil am Weltgeschehen, gibt das Vermächtnis des Widerstandes in Deutschlands dunkelsten Stunden als Mahnung an die Jugend weiter.

Thomas Schick ist das älteste Mitglied der Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes/Bund der Antifaschisten im Kreis Ludwigsburg. Die Glückwünsche der Vereinigung zu seinem 90. Geburtstag, am 23. März 1982, übermittelten die beiden Ehrenvorsitzenden Karl Kunde und Wilhelm Eppinger.

Ludwigsburger Zeitung

Ludwigsburger Tagesblatt
Amtsblatt für Stadt und Bezirk.
Verbreitete und erfolgreiche Tageszeitung des Bezirks. Gegründet 1818.
In Baden von Johann Joseph Schick für den Kreisrat auf Verlangen des Königs über die Redaktion des Ludwigsburger

Nr. 63

Weitere Kommunisten-Verhaftungen im Bezirk und in Ludwigsburg

In einigen weiteren Orten des Bezirks wurde gestern eine weitere Aktion durchgeführt, bei der insgesamt sechs Verhaftungen vorgenommen wurden. Zwei kommunistische Funktionäre wurden in Neckarweihingen verhaftet und vier in Bisfingen. Die Aktion wurde, wie wir hören, von vier Landjägerbeamten des hiesigen Stationskommandos mit Unterstützung von etwa zwanzig Angehörigen der hiesigen SA mit Kraftwagen des Stuttgarter Ueberfallkommandos durchgeführt. Ein weiterer Kommunist, auf den man es abgesehen hatte, wurde gestern und auch heute nicht angetroffen, so daß angenommen werden kann, daß er geflüchtet ist. Die Verhafteten wurden dem hiesigen Amtsgefängnis zugeführt.

Die Schließung der Turnhalle in Neckarweihingen wurde, zunächst für den morgigen Sonntag, wieder aufgehoben, weil die Halle auch von anderen Vereinen und insbesondere auch von der Schuljugend benötigt wird.

Auch im Stadtbezirk Ludwigsburg wurden im Laufe des gestrigen Tages einige weitere für die kommunistische Partei und ihre Organisationen tätige Personen in Schutzhaft genommen. Bei polizeilichen Durchsuchungen wurden gestern erhebliche Bestände an Sportgeräten und sonstigen Einrichtungsgegenständen, die von dem Spielplatz eines kommunistischen Vereins vorzeitig beseitigt worden sind, entdeckt; sie wurden von der Kriminalpolizei beschlagnahmt und sichergestellt.

Bei dieser Gelegenheit wird darauf hingewiesen, daß es ein äußerst gefährliches Unternehmen ist, irgendwelche Sachen, die nach den neuesten Verordnungen der Beschlagnahme unterworfen sind, wegzuschaffen oder in Verwahrung zu nehmen.

Die im hiesigen Militärarresthaus untergebrachten Kommunisten aus Ludwigsburg und Umgebung werden übrigens, wie wir noch erfahren, in den nächsten Tagen nach dem Konzentrationslager auf dem Heuberg abtransportiert werden.

Wie wir hören, wurde am Donnerstag nachmittag der hiesigen Schlachthofdirektion ein vom Sturmbannführer Molsch unterzeichnetes Schächtverbot übermittelt. Das Schreiben, welches abschriftlich am schwarzen Brett des Schlachthofes angeschlagen wurde, hatte folgenden Wortlaut:

„Ich verbiete bis auf weiteres jegliches Schächten im Schlachthof Ludwigsburg. Sollte dieser Anordnung zuwider gehandelt werden, wäre ich genötigt, den Schlachthof durch SA überwachern zu lassen.“

Stadtrat Hauber, der in Abwesenheit von Oberbürgermeister Dr. Frank als dessen Stellvertreter die Geschäfte des Stadtvorstandes vertritt, setzte sich darauf gestern mit Sturmbannführer Molsch in Verbindung und hörte von diesem, daß das Verbot auf Anordnung des Polizeikommissars v. Jagow erfolgt sei. Dem Schlachthofdirektor wurde für den Fall, daß er trotz des Verbots das Schächten dulden sollte, weitere Maßnahmen gegen seine Person angedroht. Das Schächten wurde demzufolge auf dem hiesigen Schlachthof bis auf weiteres inhibiert.

Die Frage des Schächtes ist inzwischen durch eine an anderer Stelle wiedergegebene ministerielle Entscheidung durch ein für das ganze Land geltendes Schächtverbot grundsätzlich geklärt worden, nachdem schon vorher in Ulm, Heilbronn und Stuttgart die gleiche vorläufige Regelung wie hier getroffen worden war.

Kampfbündnis UDV u. BBR

„Antinazistische Deutsche Volksfront“ und „Brüderliche Zusammenarbeit der Kriegsgefangenen“.

Die Blut- und Raubkriegsbestien Hitler und Konsorten haben über die Welt und die Menschheit unaussprechliches Leid gebracht. Alle freiheitsliebenden Menschen und Völker der Erde haben sich darum gegen dieses Verbrecherregime vereinigt und werden ihm über kurz oder lang auch sein verdientes Ende bereiten.

Das Kriegsgrauen, welches diese satanischen Gewaltpolitiker in die Länder friedliebender Nationen getragen haben, kommt nun mehr und mehr nach Deutschland zurück. Deutschland wird zum schlimmsten aller Kriegsschauplätze werden, wenn das deutsche Volk selbst es nicht verhindert. Noch kann es das ihm drohende Unheil abwenden, wenn es dieser Verbrecherregierung die Gefolgschaft verweigert.

Antinazis haben trotz aller Unterdrückung schon immer vor dem Treiben dieser politischen Abenteuerer gewarnt, sich dagegengestellt und habet die allergrößten Opfer gebracht. Nicht weil sie ihr Vaterland verraten, sondern nur weil sie die Menschenrechte verteidigen, den Frieden lieben und die Menschheit vor den furchterlichen Seiden eines Krieges bewahren wollten.

Aufrechte Antifaschisten werden jetzt erst recht ihren Kampf gegen die Nazi-Barbaren, mit gesteigertem Einsatzwillen fortsetzen.

Millionen Freunde, Männer und Frauen, die aus ihrer Heimat als Arbeitsklaven nach Deutschland verschleppt und hier mit allen Mitteln der Gewalt gegen ihre eigenen Brüder, Schwestern und Eltern, gegen ihr eigenes Vaterland zum Kriegsdienst gezwungen werden, verbünden sich mit den deutschen Nazi-gegnern gegen den gemeinsamen Feind zum Sturze der Hitlerherrschaft.

Reicht einander die Hand und verständigt euch überall in gegenseitiger Hilfe. Sabottiert die Kriegsarbeit!

Deutsch! Kein freihetlich gesinnter Mensch der ganzen Welt will, daß das ehrbare deutsche Volk, welches ernstlich beweist, daß es mit den Nazi-verbrechern nichts gemein hat, zugrunde geht. Wer allerdings die verbrecherische Gewalt-herrschaft der Hitlerbanditen bis zu ihrem sicheren Ende unterstützt, muß sich nicht wundern, wenn er mit ihm vernichtet wird.

Das gemeinsame Komitee des Kampfbundes deutscher und ausländischer Antifaschisten in Deutschland ruft in entscheidender Stunde alle entschlossenen Nazi-gegner zur höchsten Aktivität im gemeinsamen und gerechten Kampf:

gegen die grausame Hitlerbarbarei,
gegen Rassen- und Völkerhaß,
gegen imperialistischen Krieg und
Menschenvernichtung.

für Frieden,
für Freiheit,
für ein demokratisches Deutschland,
für soziale Gerechtigkeit und
Völkerverständigung.

Oktober 1943.

Aktionskomitee UDV u. BBR

Widerstandskampf im Kriegsgefangenenlager

Der BSW in Ludwigsburg

Es ist nicht mehr genau festzustellen, wer der ersten Organisatoren der "Brüderlichen Zusammenarbeit der Kriegsgefangenen" (BSW) waren. Ein großer Teil der Offiziere und Soldaten der Roten Armee, die sich dieser geheimen Organisation der Kriegsgefangenen angeschlossen hatten, sind ermordet worden.

In Ludwigsburg existierte ebenfalls eine Gruppe der BSW. Ihr Zentrum befand sich im Münchner Offizierslager in der Schwanseestraße. Von dort aus gab es Verbindungen zu deutschen Antifaschisten. In "Ostarbeiterlagern" entstanden ebenfalls BSW-Organisationen. Zum Teil gehörten ihr auch Bürger der Sowjetunion an, die nach Deutschland verschleppt und von den Lagern aus an deutsche Haushalte zwangsverpflichtet worden waren.

Die BSW unterhielt auch Verbindungen zu anderen Gruppen ausländischer Zwangsarbeiter. Geheime Organisationen von sowjetischen Kriegsgefangenen entstanden auch in Nord- und Mitteldeutschland, so in den Lagern von Hannover, in Berlin und Umgebung, sowie in Leipzig. Über deren Arbeit schrieb die Gestapo in München am 25.3.44 folgendes:

"Nach den bisherigen Feststellungen bestehen Komitees der BSW in vielen größeren Städten des Reiches. Die Münchener Organisation hatte nach dem vorliegenden Ermittlungsergebnis Verbindungen zu den Komitees in Berlin, Hamburg, Wien, Karlsruhe, Stuttgart, Innsbruck, Ulm und Augsburg, sowie zu den Ausländerlagern in der näheren Umgebung von München hergestellt und unterhalten."¹

Die Ludwigsburger BSW-Gruppe wurde von dem 34-jährigen Hauptmann der Roten Armee, von P.I. Pyschkin geleitet. Wie der heute im Gebiet Jaroslawl (UdSSR) lebende Hauptmann berichtete, brachten zwei sowjetische Offiziere (Tschupachin und Mironow) im Jahre 1943 die Nachricht von der Existenz der BSW nach Ludwigsburg.

P.I. Pyschkin gelang es, eine Reihe von Offizieren, Ärzten und Soldaten für die illegale Arbeit zu gewinnen. Das Zentrum der Ludwigsburger BSW befand sich im Lazarett der Stalag VA (Kriegsgefangenenlager), wo es 250 Betten gab und die Belegung verhältnismäßig oft wechselte.

Im Stalag befanden sich Zehntausende von Gefangenen, die in 50 Arbeitskommandos, auch in Ludwigsburg, eingesetzt wurden. Eine große Rolle spielte dabei I.C. Alberdowski, vor dem Krieg Chefarzt einer Poliklinik im Leningrader Vorort Pargolowo.

"Er genoß das Vertrauen des Chefs des Lazaretts, des deutschen Arztes Glöckler – den die Gestapo zusammen mit der Pyschkin-Gruppe verhaftete – und war daher tonangebend im Lazarett..."

Bis zur Gründung der BSW bestand im Lazarett eine Parteigruppe, die auf Initiative von Alberdowski gebildet und von P.I. Pyschkin geleitet wurde."²

"Das von Hauptmann Pyschkin geleitete Komitee des BSW im Lazarett des Stalags VA stellte eine enge Verbindung zu vielen in Stuttgart und seiner Umgebung eingesetzten Arbeitskommandos her. Es übermittelte ihnen Nachrichten über die Lage an der sowjetisch-deutschen Front sowie Aufrufe und Flugblätter. Das Ludwigsburger Komitee der BSW spielte keine geringe Rolle im Kampf der sowjetischen Kriegsgefangenen um eine Verbesserung ihrer Lage. So forderte im November 1943 das im chemischen Werk in

Schwäbisch-Hall beschäftigte Außenkommando der Kriegsgefangenen von der Leitung des Werkes energisch eine Verbesserung der Lebensbedingungen sowie eine menschenwürdige Behandlung. Die Illegalen sorgten dafür, daß dieses Beispiel des Widerstandes sehr bald in anderen Arbeitskommandos bekannt wurde. Ähnliche Forderungen erhoben daraufhin mehr als 1000 in den Betrieben Stuttgarts beschäftigte Gefangene sowie rund 600 zum sogenannten Eisenbahnkommando gehörende sowjetische Bürger. Die Aktionen brachten einen gewissen Erfolg; die Bedingungen, unter denen die Gefangenen arbeiteten, besserten sich ein wenig."

"Das Komitee der BSW im Ludwigsburger Stalag organisierte im September 1943 die Flucht von sechs Strafgefangenen aus dem Bunker des Lagers. Bei der Durchführung dieser Aktion leisteten einige deportierte sowjetische Mädchen den Illegalen wertvolle Hilfe.

In der Ludwigsburger Untergrundbewegung führten die Mitglieder der BSW ebenfalls einen entschlossenen Kampf gegen Vaterlandsverräter und machten vielfach die Bemühungen der Werber für die Wlassowarmee zunichte. Die Leiter der BSW im Ludwigsburger Stalag achteten sehr auf die exakte Einhaltung der Regeln der Konspiration und konnten so über eine lange Zeit erfolgreich ihre Arbeit im Dienste ihres Vaterlandes leisten."³

Das Mitglied der Ludwigsburger BSW-Organisation A.W. Swerew schrieb, daß im Dezember 1943 zwei Kriegsgefangene aus einem anderen Stalag ins Lazarett gebracht wurden. Der eine sollte bis zum Beginn des Krieges in der politischen Abteilung der Armee im Nordkaukasus gearbeitet haben. Diese Genossen machten uns mit den Aufgaben der BSW und dann auch mit ihrem Programm vertraut. Sie betonten, daß das Ziel der BSW die Organisation der zersplitterten Massen der Kriegsgefangenen, der gegenseitigen Hilfe, des Kampfes gegen Verräter, die Verbreitung antifaschistischer Flugblätter und Aufrufe, die Organisation von Fluchten und Sabotageakten im Hinterland des Feindes sei... Im Namen der Sowjetmenschen war das Programm der BSW von Fedotow unterzeichnet."⁴

"Der im Astrachaner Gebietsbüro für gerichtsmedizinische Gutachten arbeitende Arzt K.W. Jegorow teilte weitere Einzelheiten über die Tätigkeit der illegalen Organisation im Lazarett des Ludwigsburger Stalag mit.

"Im November 1943", schrieb Dr. Jegorow, "kamen – als Kranke getarnt – Oberleutnant D.P. Tschupachin und Leutnant Dmitri Mironow in das Lazarett. Sie hatten den Auftrag, Zellen einer illegalen antifaschistischen Organisation zu gründen, die sich Brüderliche Zusammenarbeit der Kriegsgefangenen nannte. Tschupachin und Mironow brachten das Programm dieser Organisation mit, deren Aufgabe darin bestand, die Massen der Kriegsgefangenen zum organisierten Kampf gegen den Faschismus zusammenzuschließen."⁵

Der Lehrer I.W. Lenkow aus Naumowska im Gebiet Tula (Sowjetunion) schrieb über die BSW: "Ich wurde bald darauf nach Ludwigsburg, 20 km von Stuttgart entfernt, ins Lazarett des Stalags VA gebracht. Dort wurde ich von unseren kriegsgefangenen Ärzten behandelt. Ich hatte eine Schußwunde über dem Becken, und eine Fistel eiterte ständig. Während dieser langwierigen Krankheit lernte ich im Lazarett Kostja Wolkow aus Sibirien kennen, der sich an Krücken fortbewegte.

Als ich zur Arbeit in einer Schuhfabrik, 40 km nördlich von Stuttgart, entlassen wurde, beauftragte Kostja Wolkow mich, ein Flugblatt mit dem Appell Molotows "Aufruf der So-

• BSW (Bratskoje sotrudnitschestwo wojennoplennych)

1 Gestapo-Akte Karl Zimmet u. 16 Andere, 10.J.112/44 Anlage: Bericht der Gestapo München an das RSHA v. 24.3.1944, N 17002/43

2 Aus einem Brief von G.I. Tilishinski v. 26.4.65

3 I.A. Brodski, Im Kampf gegen den Faschismus

4 Aus einem Brief von A.W. Swerew vom 5.9.1958

5 Aus einem Brief von K.W. Jegorow vom 21.12.1958

wjetregierung an die Kriegsgefangenen" unter den Kriegsgefangenen zu verbreiten und noch andere Dinge zu erledigen. Ich habe den Auftrag von Kostja Wolkow durchgeführt, doch ich wurde verraten, kam ins Gefängnis und von dort in das Konzentrationslager Dachau.¹

Ein Gestapobericht, der 35 Seiten umfaßte und Mitte Juni 1944 nach Berlin verschickt wurde, zeigt, welche Größe der BSW bereits erreicht hatte. Der Bericht bestand aus folgenden Abschnitten:

- I. Aufdeckung der BSW
- II. Geistige Urheber der BSW
- III. Entstehung des Programms
- IV. Urzelle der BSW im Kgf-Lager an der Schwannseestraße in München.
- V. Illegale Tätigkeit des Petruschel, Ausbreitung der BSW in Schleißheim, in Baden-Württemberg und in der Ostmark.
- VI. Vergeblicher Versuch einer Zerschlagung der BSW im Kgf-Lager in der Schwannseestraße. Durch das Stalag VII A Ausbreitung in Wilpolsried, im Stalag VII A und in Bäumenheim.
- VII. Aufbau der BSW unter den Ostarbeitern. Gründung des vorläufigen Rates der BSW. Verbindungen zur ADV.
- VIII. Bildung des Komitees der BSW, der Kampfgruppen und des Obersten Rates.
- IX. Versuche der Ausbreitung der BSW unter Kriegsgefangenen anderer Nationalität und Verbindung zu weiteren Deutschen.
- X. Decknamen.
- XI. Werbungsverfahren, günstige und nachteilige Voraussetzungen der Ausbreitung. Persönlichkeit des Petruschel.²

Selbst die NS-Presse mußte damals die Möglichkeit von bewaffneten Aktionen eingestehen. "DAS REICH" schrieb am 12. November 1944:

"In Deutschland gibt es Fabriken, in denen unter den Beschäftigten die Deutschen kaum den zehnten Teil ausmachen. Es gibt Dörfer, in denen hinter dem Pflug nur Kriegsgefangene gehen...Denkt jemand an einen Aufstand? Zweifelsohne gibt es unter den Ausländern politische Zellen und Gruppen von Aktiven..."³

Der illegalen BSW blieb es aus verschiedenen Gründen, die hier nicht untersucht werden können, versagt, die Umwandlung in eine allumfassende Organisation der ausländischen Zwangsarbeiter im Nazireich zu vollziehen. Verhaftungen, die bereits 1943 begannen, rissen große Lücken. Unter den Festgenommenen befanden sich auch Mitglieder der ANTINAZISTISCHEN DEUTSCHEN VOLKSFRONT, die mit der BSW zusammengearbeitet hatten. "Die Zahl der in Sachen BSW in Dachau eingelieferten und in den Gefängnissen eingekerkerten Menschen betrug fast 400, unter ihnen eine ganze Reihe von Frauen. Doch das war erst der Anfang."⁴

Wie die SÜDDEUTSCHE ZEITUNG am 11.12.1945 berichtete, wurden bereits in den ersten Tagen nach der Zerschlagung der BSW in Dachau und Auschwitz 287 Mitglieder der BSW ums Leben gebracht.

"Bis zum 15. Mai 1944 fielen der Gestapo in Baden 119 aktive Mitglieder der Brüderlichen Zusammenarbeit der Kriegsgefangenen und vom Mai bis zum Juli 1944 200 sowjetische Patrioten in die Hände, darunter 62 Angehörige des Kampfbatallions in Baden. Im Kemptener 'Sonderlager' wurden ungefähr 100 Anhänger der BSW eingekerkert, die im Herbst 1943 hierher gebracht worden waren und den antifaschistischen Kampf fortgesetzt hatten.

Am 17. Mai 1944 wurde das Lazarett des Ludwigsburger Stalags VA von einem Polizeikommando umstellt und in allen

seinen Baracken eine sorgfältige Durchsuchung nach Waffen und illegalen Schriftstücken vorgenommen. Die SS-Leute durchwühlten nicht nur die Kleidung, die Wäsche und die Betten der Kranken, sondern rissen auch den Fußboden auf und die Bretter von den Wänden.

Danach begannen die Verhaftungen; eine größere Gruppe sowjetischer Ärzte und zur Behandlung im Lazarett befindlicher Kriegsgefangener wurde festgenommen und in die Gefängnisse von Stuttgart und Backnang gebracht. Mauthausen war der Ort, an dem die meisten sowjetischen Kämpfer der antifaschistischen Widerstandsbewegung in Süd- und Südwestdeutschland ermordet wurden.

Unvollständige Angaben über die Massenerschießungen der aktivsten sowjetischen Teilnehmer der patriotischen illegalen Bewegung, die vom 23. Juni 1944 bis 3. Mai 1945 in diesem Konzentrationslager durchgeführt wurden, ergeben folgendes Bild:⁵

1944	Zahl der Hingerichteten
23. Juni	3
20. Juli	6
23. August	3
13. September	33
25. September	125
27. September	10
7. Oktober	33
15. Oktober	40
28. Oktober	50
9. November	14
21. November	57
23. November	1
13. Dezember	10
29. Dezember	38
1945	
15. Januar	12
8. März	22
24. März	5
3. Mai	5

insgesamt 467 Personen

Beim Vergleich der Erkennungsnummern der Opfer dieser blutigen Massaker ist es nicht schwer, festzustellen, daß die Erschießungen der Teilnehmer der BRÜDERLICHEN ZUSAMMENARBEIT der KRIEGSGEFANGENEN aus den Lagern in Karlsruhe, Ludwigsburg und Stuttgart vom 25. September bis zum 21. November dauerten.⁶

Unter den der Gestapo Übergebenen befand sich Jossif Hanonowitsch Alperowitsch, der sich in der Gefangenschaft Jossif Charitonowitsch Alberdowski nannte und vor dem Zweiten Weltkrieg, wie bereits beschrieben, Chefarzt der Poliklinik im Leningrader Vorort Pargolow war.

Tod durch Verhungern

Der Tag, an dem der sowjetische Kriegsgefangene Jossif Alberdowski in das KZ Welzheim eingeliefert wurde, läßt sich nicht mehr genau feststellen. Der Lagerleiter Hermann Eberle gab als Termin Ende August oder Anfang September 1944 an.

1 Aus einem Brief von I.W. Lenkow vom 4.9.1964

2 Gestapobericht über die Aufdeckung der BSW

3 DAS REICH v. 12.11.1944)

4+5+6 I.A. Brodski, Im Kampf gegen den Faschismus

Kriminalinspektor Gottfried Mauch war seit 1942 bei der Geheimen Staatspolizei in Stuttgart Leiter der sogenannten "Russendienststelle", dem alle Ostarbeiterangelegenheiten unterstanden. In dieser Eigenschaft bearbeitete er auch den Fall Alberdowski und brachte ihn persönlich nach Welzheim.

Der Kriegsgefangene Alberdowski war Arzt, und die Gestapo beschuldigte ihn, als Mitglied einer Widerstandsbewegung mit deutschen Ärzten und Offizieren Verbindung aufgenommen und sich kritisch über den Nazismus geäußert zu haben. Da Kriminalinspektor Mauch noch im Jahre 1944 auf Karriere bedacht war, wollte er von Alberdowski auf Biegen und Brechen wissen, mit wem er Verbindung habe. Doch Alberdowski schwieg. In Welzheim angekommen, gab Mauch die Anweisung: "Der bekommt so lange nichts zu essen, bis er bereit ist, mit mir zu sprechen." Daraufhin wurde Alberdowski zunächst auf halbe Kost gesetzt.

14 Tage später kamen wieder zwei Gestapobeamte zur Vernehmung nach Welzheim. Doch ohne Erfolg mußten sie abziehen. Anschließend gab Eberle dem für die Häftlingsküche verantwortlichen Schutzhäftling Karl Meier den Befehl: "Der bleibt jetzt so lange ohne Essen und Trinken liegen, bis er vollends verreckt."

Schon völlig erschöpft hat Alberdowski auch acht Tage später bei einer dritten Vernehmung nichts verraten. Er blieb standhaft bis zu seinem Tode. Im Sterbebuch des Standesamtes Welzheim ist vermerkt: "Josef Aljberdowsky, verh.; sow.-russ. Arzt, geb. 1.2.1903, gestorben 25.9.1944, vierzig Jahre alt, allgemeiner Kräfteverfall (Total abgemagert, schauderhaft)."

Die Schreibitschmörder haben den Kriegsgefangenen Josef Alberdowsky scheußlich und brutal umgebracht. In den Verhandlungen 1949 vor der Spruchkammer in Ludwigsburg und 1950 vor dem Schwurgericht Stuttgart versuchte keine Krähe der anderen die Augen auszuhacken. Keiner wollte verantwortlich sein für den Hungertod von Alberdowsky. Jeder schob die Schuld auf den anderen.¹

Hauptmann Resnikow

"Die unermüdliche Tätigkeit der sowjetischen Illegalen in Ludwigsburg trug in nicht geringem Maße dazu bei, daß unter den Häftlingen des Stalags ein hoher patriotischer Geist herrschte. Als eine der markantesten Bestätigungen dafür kann die Empörung eines bedeutenden Teils der Gefangenen des Lagers gelten, als zwei Monate nach der Verhaftung der Funktionäre der BSW der sowjetische Flieger Hauptmann Resnikow von der Lagerwache ermordet wurde. Der 26jährige Staffelfommandeur des 2. Garde-Jagdgeschwaders der 322. Jagdfliegerdivision, Hauptmann N. M. Resnikow, war am 7. Februar 1944 im Raum Witebsk aus seinem brennenden Flugzeug abgesprungen. Seine Karte aus der Lagerkartei des Stalags gibt Aufschluß über seinen Weg in der faschistischen Gefangenschaft. Nach einem Aufenthalt im Lager für kriegsgefangene sowjetische Flieger in Lodz und im Stalag 352 wurde Resnikow am 27. Juli 1944 nach Ludwigsburg gebracht. Hauptmann Resnikow hatte wahrscheinlich offen dem Vertreter der Abwehr erklärt, daß er Kommunist sei, denn seine Karteikarte trägt den Vermerk, daß er seit 1942 der kommunistischen Partei angehörte, mit dem Orden des Roten Sterns, dem Rotbannerorden, dem Orden des Vaterländischen Krieges ausgezeichnet wurde, überzeugter Kommunist sei und daß man ihn deshalb überwachen müsse. Dessenungeachtet versuchte Hauptmann Resnikow zwei Wochen nach seiner Ankunft im Stalag VII A mit Hilfe von Genossen zu fliehen; diese Tat bezahlte er mit dem Leben."²

"Nikolai Michailowitsch Resnikow wurde im Jahre 1918 in Omsk in der Familie eines Mechanikers geboren. Bereits in der Schule war er ein begeisterter Flugmodellbauer. Diese Leidenschaft war bestimmend für sein weiteres Leben.

Als er zur Roten Armee einberufen wurde, delegierte man Resnikow zur Fliegerschule der sowjetischen Luftstreitkräfte in Borissoglebsk. 1940 bildete Nikolai Resnikow selbst Flugschüler in der Stalingrader Fliegerschule aus. Während des Krieges war er kurze Zeit Testflieger. Später gehörte er zu den Verteidigern von Leningrad und kämpfte am Kursker Bogen und in Belorussland.

Am 25. Januar 1946 erhielt die Frau des Hauptmanns Nikolai Resnikow ein Schreiben des Kommandeurs der Truppeneinheit 49709, in dem es unter anderem hieß: "...Nikolai hat seine Heimat zutiefst geliebt. Unermüdlich erzog er seine Flieger, treue Kämpfer, die keine Furcht im Kampf gegen den Feind kennen, und führte sie selbst in die Schlacht. Das letzte Mal flog er mit einer Gruppe am 7. Februar 1944 - sie kehrten nicht in unser Kampfkollektiv zurück..."³



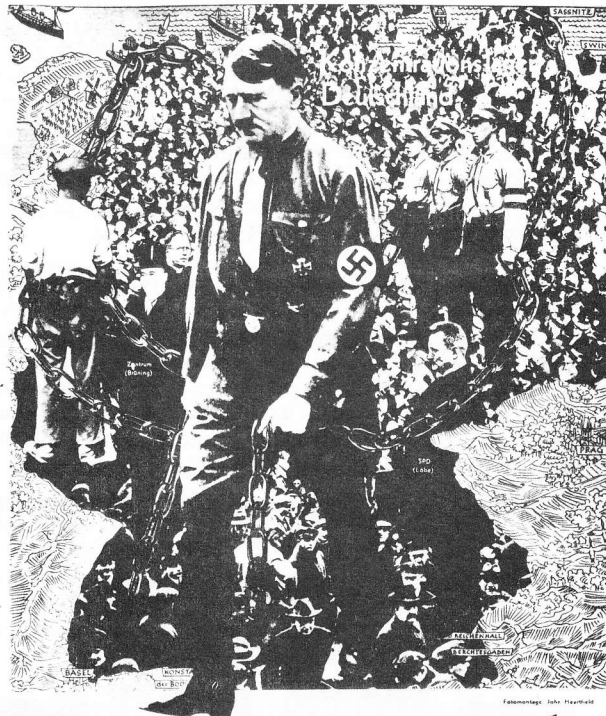
Zuchthaus Ludwigsburg

Die Strafanstalt Ludwigsburg, das frühere Zuchthaus, wurde schon zur Zeit des Herzogs Karl Eugen (1737-1793), eines verschwenderischen Despoten, gebaut. Anfangs war es die "Mutteranstalt" für den Strafvollzug in Württemberg und machte "ihren Weg" vom königlichen Arbeits-, Waisen- und Tollhaus bis zum Zuchthaus. Es ist eine der schwäbischen Zwingburgen. Nicht nur Kriminelle wurden dort "verwahrt", sondern auch aufrechte Demokraten schleppte man dort hin.

Zu Kriegsbeginn wurde Ludwigsburg zentrale Strafanstalt für politische Gefangene des gesamten süddeutschen Raumes. Neben den Konzentrationslagern Bietigheim (350-400 Häftlinge), Lauffen a.N. (Häftlingszahl unbekannt), Vaihingen/Enz (ca. 1.600 Tote) und kleineren Lagern gehörte das Zuchthaus Ludwigsburg zu den Stätten des Grauens in unserem Gebiet. Viele der politischen Häftlinge stammten aus dem heutigen Baden-Württemberg. Auch Franzosen und Polen waren dort inhaftiert, was heute noch oft böse Erinnerungen bei der Namensnennung Ludwigsburgs hervorruft.

- 1 J. Schätzle, Stationen zur Hölle
- 2 J. A. Broski, Die Lebenden kämpfen, S. 198
- 3 J. A. Broski, Im Kampf gegen den Faschismus, S. 450 f

„Die Nation steht geschlossen hinter mir“



**Ich kenne keine Parteien mehr,
Ich kenne nur noch Gefangene!**

AIZ 27/1933

Alfred Hausser, Landesvorsitzender der VVN, der von 1936 bis 1943 einen Teil seiner vom Volksgerichtshof ausgesprochenen Strafe hier verbüßte, schilderte die Veränderungen im Zuchthaus:

"Anfangs ging es hier noch ein bißchen schwäbisch-gemütlich zu, dann wurde der Strafanstaltsleiter Direktor Weißenrieder abgelöst von Oberregierungsrat Claus, der schon nach dem 1. Weltkrieg wegen menschenunwürdiger Behandlung von Kriegsgefangenen auf der Kriegsverbrecherliste stand. Von diesem Zeitpunkt an wurden alle Vergünstigungen gestrichen..., ...und es begannen auch Mißhandlungen, in deren Folge es einige mysteriöse Todesfälle gab. So z.B. Tod des Zuffenhausener Eugen Widmaier. Die amtliche Diagnose lautete: Selbstmord."

Der Fall Andreas Wösner, der wegen des nicht bewiesenen Besitzes eines Kassibers 1941 zum Tod verurteilt und hingerichtet wurde, wird von Kurt Letsche in dem Buch "Das Schafott" in Romanform beschrieben.

1 Willi Bohn, Einen von Vielen, S. 140-143

Willi Bohn

Als Nummer 6272 im Zuchthaus Ludwigsburg

¹Wir Neueingelieferten standen angetreten im Zellenbau. Sprechen war verboten. Ein Wachtmeister ging vor dieser Front auf und ab. Ab und zu blieb er stehen und betrachtete die Gesichter der Neuen. So stand er auch vor mir. Meine Verurteilung war durch die Presse bekannt. Es war das erste Urteil nach der Verschärfung der Strafen gegen die politischen Kämpfer. Viele Menschen schüttelten den Kopf über diese Härte und ihre Herzen protestierten. Der Wachtmeister stand zum zweitenmal vor mir und flüsterte deutlich: 'Schneiderei.' Hatte ich richtig verstanden? Was sollte das bedeuten?

Es sollte sich am nächsten Tag aufklären, als ich dem Direktor des Zuchthauses Weißenrieder vorgeführt wurde. Er sah mich lange an. Dann sagte er: 'So ein blonder Mensch, blaue Augen und bei den Kommunisten!'

Was nun? Arbeiten! Tütenkleben! 'Nein!', sagte ich, 'das ist keine Arbeit für mich.'

Er schaute erstaunt auf. 'Was kann ein Zeitungsschreiber denn sonst?'

'Nähmaschinen bedienen', sagte ich, 'ich kann...'
Weiter kam ich nicht.

'Wieso können Sie Nähmaschinen bedienen?' Da erzählte ich aus meiner Jugend, von meiner Nähmaschinenarbeit für Mutter. Er hörte mich an und sagte dann kurz zum Wachtmeister: 'Schneiderei.'

So landete ich im Zellenbau des Zuchthauses im oberen Stock in einer Zelle mit großem Tisch, Nähmaschine und großem Bügeleisen. Gleich darauf wurden die alten Hosen zum Flickern hereingereicht. Der Schneiderei-Wachtmeister erschien und stellte sich vor. Er war ein christlich eingestellter älterer Herr, der mich zu trösten versucht: 'Unser Herrgott wird sie beschützen.' Mit ihm und mit dem Wachtmeister, der mir das Wort Schneiderei zugeflüstert hatte, wurde ich bald bekannt. Das waren keine Nazis, das waren alte Demokraten, und das Urteil gegen mich tat ihnen leid. Die beiden freuten sich über meine Näharbeiten und gaben mir saubere Sachen zum Nähen, wie z.B. Feuerwehruniformröcke. Das war keine Hetzarbeit und es weckte ein bisschen Freude und schuf Kontakt. Nach drei Jahren strenger Einzelhaft durfte ich 'in Anerkennung meiner Leistungen' dem Wachtmeister bei der Verteilung und Kontrolle der Arbeit zur Hand gehen. Ich wurde von ihm auch für das Anlernen der Neuen beansprucht.

Wichtig war während der gesamten Gefangenschaft vor allem, selber fit zu bleiben, körperlich und geistig. Das mußte man trainieren: Immer frisch waschen, Gymnastik treiben, konzentriert nachdenken über vergessene Dinge. Dazu gehörte z.B. das Auffrischen der in der Schule gelernten Gedichte und Balladen von Schiller, Goethe, Freiligrath, Heine u.a. Oder die Beschäftigung mit dem Lösen von Rechenaufgaben. Die persönliche Disziplin in der Verteidigung unseres Lebensmutes, unser Erhaltungstrieb mußte immer wieder geübt werden. Kommunisten mußten auch da Vorbild sein.

Die Nazis führten auch im Zuchthaus ihre neue Ordnung ein. Der alte Direktor wurde abgelöst und ein getreuer Vassall der Machthaber eingesetzt. Es kam ihnen auch hier, wie in den Konzentrationslagern darauf an, die Persönlichkeit ihrer Gegner zu brechen. Darum wurde "Ordnung" gemacht.

Alle kleinen Freuden, die bisher noch gestattet waren, wurden abgeschafft, wie z.B. das eigene Rasieren (das ich täglich vornahm). Stattdessen gab es jetzt einmal wöchentlich eine Schnellrasur. Empfangene Post und Bilder der Angehörigen mußten nach drei Tagen zu den Effekten abgeliefert werden. Die Trauringe wurden eingezogen und nach Hause geschickt, der Postverkehr strenger kontrolliert. Die Unterhaltung beim halbstündigen Hofgang wurde untersagt. Beim Zellenbesuch des Direktors hatte der Gefangene beim Ruf "Achtung!" unter das Zellenfenster zu treten und folgende Angaben zu machen: Nummer, Name, Strafzeit, Grund der Verurteilung. Der Direktor inspizierte die Zelle eingehend wie eine Hausfrau auf Staub, besah sich den Metall-Kübel für die Notdurft und befragte dann den Wachtmeister nach dem Verhalten.

Die Wachtmeister erhielten ihrerseits Unterricht über den nationalsozialistischen Strafvollzug. Von der SA erzogene junge Männer mit dem "neuen Geist" wurden eingestellt, was für die alten Beamten nicht erfreulich war. Auch die ideologische Arbeit mit den Gefangenen wurde verstärkt. Ein Nazi-Oberlehrer gab Schulunterricht für jüngere Gefangene und solche, die auf Antrag für würdig befunden wurden. Zwischen politischen Gefangenen und Kriminellen wurde nicht unterschieden, höchstens von einsichtsvollen Wachtmeistern. Das war für uns Politische eine ständige Gefahr, denn unter den Kriminellen waren solche, die, wie die Gestapo draußen, nachspürten und Meldung machten.

Willi Bohn war während der Jahre der faschistischen Diktatur am antifaschistischen Widerstandskampf in Württemberg führend beteiligt. Er setzte nach der faschistischen Machtergreifung seine politische Arbeit illegal fort und bewies seine Fähigkeiten u.a. als Leiter der "Transportkolonne Otto". 1934 wurde er verhaftet, 1935 verurteilte ihn das Oberlandesgericht Stuttgart wegen seiner antifaschistischen Tätigkeit zu zehn Jahren Zuchthaus. Er gehörte nach der Niederwerfung des Faschismus zu den aus Zuchthäusern, Gefängnissen und Konzentrationslagern zurückgekehrten Antifaschisten, die aktiv am demokratischen Neuaufbau teilgenommen haben. Als Stadtrat war er von 1946 bis 1959 Mitglied des Stuttgarter Gemeinderats.

Es war selbstverständlich, daß die politischen Kämpfer auch im Zuchthaus die Verbindung untereinander hielten und jede Möglichkeit nutzten, Nachrichten und Gedanken über die politische Lage auszutauschen. Welche Bedeutung das hatte, habe ich als Helfer des Schneiderei-Wachtmeisters oft erlebt. Das ermunternde Wort, Ratschläge zum Verhalten, das geschmuggelte Stückchen Brot, der Zuschlag zum Essen, wenn nach der Runde etwas übrig blieb, das alles hatte seine Bedeutung. Wir tauschten auch unsere heimatlichen Adressen aus, es konnte je einmal nützlich sein.

Richtig lächerlich war, wie der Nazi-Oberlehrer sich bemühte, Begeisterung für ihre Politik zu wecken, vor allem, als der Überfall auf Polen stattfand und die faschistische Armee im Westen vordrang. Er war auch maßgebend bei der Musterung der Gefangenen für die Wehrmacht, ob das "Geeignet" ausgesprochen wurde oder nicht. Bei den meisten Genossen hieß es "Nein", weil sie keine Reue bekundet hatten und auch von zuhause keine Ermunterung zum "Umlernen" kam. Dennoch wurden alle Politischen vorgeführt. Ordnung und Gleichberechtigung mußten auch im

Zuchthaus sein! Bei mir ging es recht schnell: "Ungeeignet", Verhängung der Wehrunwürdigkeit im Frieden und Krieg. Zur Ordnung gehörte dann auch, daß man den Spruch mit einer Urkunde schriftlich mitgeteilt erhielt. Ein guter politischer Kumpel, der als Helfer der SAP verurteilt war und regelmäßig am Kirchgang teilnahm (auch eine Verbindungsmöglichkeit), ließ sich vom Pfarrer beeinflussen und erklärte seine Bereitschaft zum Wehrdienst. Er sagte mir, er könne nicht mehr, er müsse Frau und Kinder wiedersehen, und sei es nur für kurze Zeit. Das erreichte er. Er kam zur Wehrmacht, auch an die Front, und verlor dort sein Leben.

1942 wurde ich aus der Einzelzelle in einen anderen Bau des Zuchthauses verlegt. Es war nur ein kurzes Gastspiel, ich wurde nach einigen Monaten in die Einzelzelle zurückbeordnet. Warum? Das klärte sich im Herbst 1943: Abschiebung aus dem Zuchthaus nach Schloß Kaltenstein bei Vaihingen/Enz."

Eugen Widmaier

(† 14.3.1940)



Eugen Widmaier, geboren am 16. November 1900 in Stuttgart-Zuffenhausen, fand am 14. März 1940 den Tod im Zuchthaus Ludwigsburg. Er gehörte zu den illegalen kommunistischen Parteiarbeitern, die nach dem 30. Januar 1933 den Kampf gegen die Nazis fortführten. 1934 wurde er während einer Beratung mit badischen Antifaschisten verhaftet und anschließend zu 15 Jahren Zuchthaus verurteilt.

Die Verdachtsmomente sind jedoch sehr stark. Zum Mordverdacht haben geführt:

1. Eine ca. 4 cm lange Wunde auf der Höhe der Hinterhauptkuppe mit zackigen und gequetschten Rändern.
2. Das Foto vom 14.3.1940 zeigt den verstorbenen Eugen Widmaier mit stark blutverschmierter Kleidung, sowie mit Blut an Händen und Füßen und
3. in halbliegender Stellung, den Hals in einer Schlinge, die an dem nur 1 Meter über Bodenhöhe befindlichen Türknauf befestigt war.
4. Der Leichnam wurde der Anatomie in Tübingen am 15. März (also schon einen Tag später!) mit der **unzutreffenden** Begründung zugeleitet, es hätten keine Angehörigen ermittelt werden können.

Die Staatsanwalt stellte weiter fest: "Eine **große Wahrscheinlichkeit** für eine gewaltsame Tötung ergibt sich daraus, daß ein Gegenstand, durch den Widmaier selbst sich die Wunde zugezogen haben könnte, nicht festgestellt werden konnte. Soweit, wie an der eisernen Bettstelle harte Kanten und dergleichen in der Zelle vorhanden waren, ist festgestellt, daß an solchen keinerlei Blutspuren entdeckt worden sind. Dr. Staiger (der Anstaltsarzt) kann leider, weil er verstorben ist, zu der Sache nicht vernommen werden."

Zu diesem Verdacht, daß Eugen ermordet wurde, kommt: Unser Genosse war überzeugt, daß die Nazizeit zu Ende gehen und für uns Antifaschisten eine neue Zeit kommen werde. Das weiß ich persönlich von ihm, davon zeugen auch seine Briefe an die Angehörigen.

In meinem Buch "Stuttgart: Geheim!" habe ich unseren Genossen, der von Jugend auf in unseren Reihen stand, ein ehrendes Gedenken gewidmet. Und ich habe Tatsachen veröffentlicht, die darauf hinweisen, daß Eugen Widmaier, wie so mancher treue Genosse, heimtückisch in seiner Zuchthauszelle ermordet wurde.

Eugen Widmaier wird uns unvergessen bleiben. Ehren wir sein Andenken und aller von den Nazis ermordeten Antifaschisten durch unseren Einsatz im Ringen um Frieden, Freiheit, Demokratie und aufrichtige Freundschaft mit allen Völkern.

Gedenkrede von Altstadtrat Willi Bohn
zum 40. Todestag von Eugen Widmaier,
gehalten am 20. März 1980 auf dem Friedhof in
Stuttgart-Zuffenhausen.

Über Alfred Hausser

Am 27. August 1912 in Stuttgart geboren, besuchte Alfred Hausser das Gymnasium und erlernte im Anschluß von 1928 - 1932 den Beruf eines Mechanikers. Nach Abschluß dieser Lehre wurde er arbeitslos. Mit Beginn seiner Lehrzeit trat er auch dem Deutschen Metallarbeiterverband bei und war als Jugendfunktionär für seine Kollegen tätig. In jener Zeit arbeitete er auch mit Willi Bleicher, dem späteren Bezirksleiter der IG Metall, zusammen.

Schon als Schüler betätigte er sich im Arbeitersport. 1930 wurde er Mitglied des Kommunistischen Jugendverbandes Deutschlands (KJVD), und nach Abschluß seiner Lehrzeit Mitglied der KPD. Seine Haupttätigkeit in jener Zeit lag im KJVD, dessen Bezirksleitung er zeitweise angehörte. Mit der Machtübertragung auf die Nazis mußte auch Alfred Hausser in die Illegalität gehen. In dieser Zeit war

er Leiter des in der Illegalität wirkenden KJVD im Gebiet Duisburg-Hamborn und dann im Bezirk Chemnitz, heute Karl-Marx-Stadt. Am 20.12.1934 wurde Alfred Hausser in Chemnitz verhaftet und im Juli 1936 vom Freislerschen "Volksgerichtshof" zu 15 Jahren Zuchthaus wegen Vorbereitung zum Hochverrat verurteilt. Zur Strafverbüßung kam er 1936 in das Zuchthaus Ludwigsburg, wo er bis Dezember 1943 einsaß. Als Zwangsarbeiter für die Firma BOSCH wurde er dann in das Zuchthaus Celle und später in die Strafanstalt Wolfenbüttel bei Braunschweig verlegt, wo er im April 1945 von den amerikanischen Truppen befreit wurde.

Als Alfred Hausser im Juli 1945 in seine Heimatstadt Stuttgart zurückkehrte, nahm er ohne Zögern erneut den Kampf für die Verwirklichung der Ideale des Friedens und Sozialismus auf. Zunächst war er als Redakteur beim Verlag "Das Neue Wort" und später bei der demokratischen Jugendzeitung "Die Zukunft" in Metzingen tätig.

Seit Mai 1948 ist Alfred Hausser bei der Landesgeschäftsstelle der VVN für Wiedergutmachung, Sozialpolitik und als Pressesprecher tätig. Vielen tausend Antifaschisten, Verfolgten und Angehörigen von ermordeten Gegnern des NS-Regimes hat er bei der Durchsetzung ihrer Wiedergutmachungsansprüche geholfen. Noch heute ist er immer für die anderen da. Ohne Rücksicht auf sich und seine Gesundheit ist er immer bereit, zu helfen, wo Not am Mann ist.



Seit über 20 Jahren ist Alfred Hausser Landesvorsitzender der VVN/Bund der Antifaschisten Baden-Württemberg, die er auch im VVN-Präsidium vertritt. Neben seiner verantwortungsvollen Tätigkeit als Landesvorsitzender und in der Wiedergutmachung widmet er einen Großteil seiner Zeit der Vermittlung der Erfahrungen des antifaschistischen Kampfes an die junge Generation, um sie im heutigen Kampf gegen Neonazismus, im Ringen um Demokratie, Fortschritt und Frieden an seinen reichen Lebenserfahrungen teilhaben zu lassen.

Antifaschismus und Friedenskampf sind für ihn eine untrennbare Einheit. So ist es für ihn selbstverständlich, daß er bei allen Friedensaktivitäten mit in vorderster Reihe steht. Er gehört mit zu denen, die als erste ihre Stimme gegen Remilitarisierung der Bundesrepublik und gegen die Notstandsgesetze erhoben. Als hervorragender Repräsentant des antifaschistischen Widerstandes genießt er großes Ansehen im In- und Ausland.

Aus: "die tat", v. 27.8.1982



Wilhelm Künzler

Einer Anregung junger Menschen folgend, hat Wilhelm Künzler aus Singen, heute Remchingen bei Pforzheim, seinen politischen Werdegang, seinen antifaschistischen Widerstand vor und nach 1933, Verhaftung, Aburteilung durch den Volksgerichtshof im August 1935 und die langen Jahre der Strafhaft im Zuchthaus Bruchsal und Ludwigsburg niedergeschrieben. Ein wertvoller zeitgeschichtlicher Beitrag, der viele interessante Einzelheiten aus der Arbeiterbewegung des nordbadischen Raumes vermittelt.

Da aufrechte Demokraten nach den Zusammenbruch des Nazismus im Jahre 1945 gefragt waren, wurde Wilhelm Künzler am 1.7.1945 – zwei Monate nach seiner Befreiung von den amerikanischen Besatzungsbehörden zum Bürgermeister seiner Heimatgemeinde Singen eingesetzt. Erstmals erfährt man aus dem Büchlein, mit welchen besonderen Schwierigkeiten ein Bürgermeister in seiner über 8jährigen Amtszeit in den ersten Nachkriegsjahren fertig werden mußte, ohne seine politischen und sozialen Grundsätze preiszugeben.

Wir veröffentlichen daraus Auszüge, die sich mit der Zeit befassen, in der Fritz Künzler im Zuchthaus Ludwigsburg eingesperrt war.

Vom Zuchthaus Bruchsal nach Ludwigsburg

"Der Direktor sagte mir, er habe in meinen Akten nachgesehen. Ich sei wohl ein ganz gefährlicher Staatsfeind. Ich mußte versprechen, in Gemeinschaft mit anderen Gefangenen keine politischen Gespräche zu führen.

Im Frühjahr 1938 wurde ich in den Schlafzellenbau verlegt. Hier sind die Zellen kleiner und sollen im wesentlichen nur dem Schlafen dienen. Tagsüber mußte ich im "Dritten Bau" in der Altverwertung in Gemeinschaft mit anderen Gefangenen arbeiten. Hier war ein größerer Arbeitssaal und hinter dem Arbeitssaal war in ganzer Breite das Zimmer des wachhabenden Beamten. Durch ein großes Fenster konnte der Beamte den ganzen Arbeitsraum überblicken. Direkt vor diesem Fenster bekam ich einen Arbeitsplatz angewiesen. Neben mir saß ein Krimineller mit Sicherheitsverwahrung. Ich mußte alte Kleider, Uniformen und Schuhe auseinanderrennen. Tuch zu Tuch – Futter zu Futter. Überleder zu Überleder und Sohlen extra.

Tuch und Futter sowie Oberleder wurden getrennt in große Ballen gepresst und zur Verwertung weitertransportiert. Das Oberleder wurde in der Schuhmacherei im "Zweiten Bau" zu Hausschuhen verarbeitet. Das Tuch wurde zu Schwabbelscheiben für die Industrie und für die Oberteile der Hausschuhe verwendet. Die "Verwertung" war eine Durchgangsstation. Von hier wurden die Gefangenen in Abständen in die einzelnen Moirlager und in andere Konzentrationslager abtransportiert.

Ein Parteinazi

Im Frühjahr 1939 änderte sich die Leitung des Zuchthauses. Der noch aus der Weimarer Zeit stammende Direktor Dr. Weißenrieder wurde abgelöst. An seiner Stelle kam Claus – bisheriger Direktor im Gefängnis Ulm. Ein Parteinazi. Der führte sofort eine verschärfte Hausordnung ein. So mußten die Gefangenen bei einem Zellenbesuch durch den Direktor am Zellenfenster Aufstellung nehmen und melden: "Gefangener Nummer 6549, zwölf Jahre Zuchthaus wegen Vorbereitung zum Hochverrat."

Bisher hatten die Gefangenen zwei Garnituren Wäsche- und Kleidungsstücke. Die Gefangenen mußten die Zweitgarnitur abgeben. Sie hatten jetzt nur noch die Wäsche- und Kleidungsstücke, die sie am Körper trugen. Nach einigen Monaten wurden die Lederschuhe durch Holzschuhe und die Wollsocken durch Fußlappen ersetzt. Eine Auswechslung der Kleidungsstücke war jetzt nicht mehr möglich. Die Beamten durften der Gefangene nicht mehr grüßen. Er mußte die Mütze abnehmen und eine stramme Haltung annehmen. Mehr als eine Tagesration Brot durften die Gefangenen nicht mehr in ihrem Spind aufbewahren.

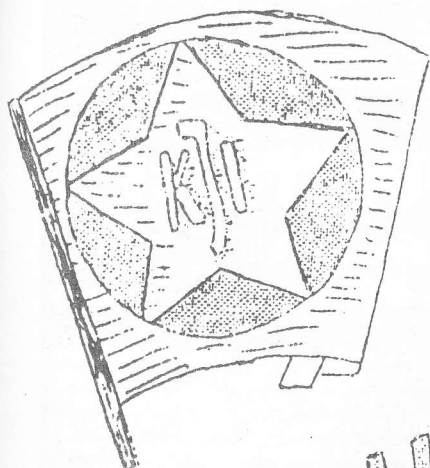
Schon in den ersten Monaten meiner Ludwigsburger Haftzeit hatte mir einmal meine Frau einen Brief geschrieben, in dem einige kritische Bemerkungen enthalten waren. Ich kam deshalb in das Zimmer des Kommissars. Der las mir Stellen aus dem Brief vor. Die zensierten Stellen ließ er unerwähnt. Ein kurzer Blick auf eine an der Wand angebrachten Übersichtstafel zeigte mir, daß unter meinem Namen ein rotes Fähnchen mit der Bemerkung: "Vorsicht fluchtgefährlich" angebracht war. Auch in der "Verwertung" war im Wachtmeisterzimmer eine solche Tafel. Der Kalfaktor erzählte mir, daß dort unter meinem Namen ebenfalls ein solches Fähnchen angebracht sei. So wußte ich, daß ich im Zuchthaus Ludwigsburg zu den gezeichneten Schafen zählte ..."

Bis 1945 im Zuchthaus Ludwigsburg

In einem Brief schreibt uns der Widerstandskämpfer weiter dazu:

"Bei meinem Buch 'AUS MEINEM LEBEN' handelt es sich um einen Bericht, der in allen Teilen nur Selbsterlebtes wiedergibt. Weder Namen noch sonstige Auslassungen sind erfunden. Wie ich mit meinen beiden Genossen von Bruchsal nach Ludwigsburg kam, im Frühjahr 1936, waren dort noch verhältnismäßig wenig politische Gefangene untergebracht, was sich jedoch rasch änderte. Von Monat zu Monat wurden neue Transporte eingeliefert, die sich

W. F. ...
25. JAN. 1933
Jagb. N2



Der Junge Kämpfer

Mitteilungsblatt
der Kommunistischen
Jugend von Ludwigsburg

Jahrgang 1 Nr. 1

Unkostenbeitrag 10 Pfg.

Jungprolet wehre dich!

In der Schule hast Du einst von der Freiheit geträumt, die Du haben wirst, wenn Du die Schule hinter Dir hast. Welch herrliche Bilder hast Du Dir ausgemalt. Was ist davon eingetroffen? Genau das Gegenteil.

Die Jungarbeiterschaft wird auf das rücksichtsloseste ausgebeutet, ohne Unterschied ob in der Fabrik, Kontor, Lehrstelle usw., überall dasselbe. Zur Ausbeutung bist Du sehr willkommen, aber ein Recht etwas zu sagen hast Du nicht. Prügel und gemeine Schimpfworte werden Dir nur zu teil. Wer die Jugend hat, hat die Zukunft! Von diesem Leitgedanken aus trifft die herrschende Klasse ihre Massnahmen um die Jugend für ihre Ziele zu gewinnen und zu halten. Was hat man Dich alles in der Schule gelernt, vergleichst Du das mit den wirklichen Tatsachen, so wirst Du finden, dass Du schwer belogen wurdest und all dies nicht im Interesse von Dir und Deiner Klasse liegt.

Zur Zeit versuchen die Kapitalisten durch Arbeitsdienstpflicht (Zwangsarbeit) Jugendwerk usw. die Jugend an sich zu ketten. Sie gibt an, damit der Jugend zu helfen. In Wirklichkeit will sie wieder Soldaten erziehen, die den Geldsack der Kapitalisten verteidigen wollen, den Geldbeutel derjenigen Leute, die Euch täglich ausbeuten und schikanieren. Sie wollen wieder Krieg führen. In der Schule habt Ihr gelernt, welch "herrliche" Sache es sei, für das Vaterland zu sterben. Nun, wie das Vaterland aussieht, das seht Ihr ja schon an der tagtäglichen Ausplünderung. Und wie schön der Krieg ist, das kann Euch der Vater, oder sonst ein älterer Mann erzählen, der den Krieg mitgemacht hat von 14-18. Wie "schön"

T. H. 15

Der Führer

Todesstrafe für Hochverräter

Ehemaliger kommunistischer Reichstagsabgeordneter zum Tode verurteilt

• Berlin, 5. Aug. Zum zweiten Male seit seinem Vergehen hat der Volksgerichtshof wegen Vorbereitung zum Hochverrat auf die höchst zulässige Strafe, die Todesstrafe, erkannt.

Der erste Senat des Volksgerichtshofes verurteilte den 33jährigen Albert Kayser aus Berlin zum Tode und zum Verlust der bürgerlichen Ehrenrechte auf Lebenszeit. Ebenfalls wegen Vorbereitung zum Hochverrat erhielten keine Mitangeklagten, die 29jährige Frau Minna Herrn geborene Thiele aus Brandenburg und der 33jährige Franz Urbanitzky aus Kroatien an der Elfter je 15 Jahre Zuchthaus, 10 Jahre Ehrverlust und Stellung unter Polizeiaufsicht, der 32 Jahre alte Josef Pfaff aus Tellow und der 29 Jahre alte Wilhelm Kugler aus Egingen wurden zu je 12 Jahren Zucht-

haus, 10 Jahren Ehrverlust und Stellung unter Polizeiaufsicht verurteilt.

Der Hauptangeklagte Kayser, ein äußerst gefährlicher und fanatischer kommunistischer Funktionär, ist von der zentralen Leitung der KPD nach Mitteldeutschland entsandt und mit dem Wiederaufbau der KPD beauftragt worden. Er nahm die Stellung eines sogenannten Oberberaters ein und war somit als einer der höchsten kommunistischen Funktionäre anzusehen, der im Auftrage der zentralen Leitung der KPD mehrere Bezirksleitungen zu überwachen und mit den erforderlichen Anweisungen zu versehen hatte. Diese Tätigkeit übte Kayser von etwa März 1934 bis Ende Januar 35. aus, also zu einer Zeit, in der die Auswirkungen der nationalsozialistischen Aufbauarbeit für jeden denkenden Deutschen klar in Erscheinung getreten waren.

Bei der Strafzumessung kam für ihn erschwerend in Betracht, daß er am 28. Februar 1933 als ehemaliger Reichstagsabgeordneter in Schutzhaft genommen und am 23. Dezember 1933 aus dem Konzentrationslager entlassen worden war. Bei seiner Entlassung hatte er sich ausdrücklich verpflichtet, sich nicht wieder für kommunistische Irrlehren einzusetzen und jede staatsfeindliche Betätigung zu unterlassen. An diese Erklärung hat Kayser sich jedoch nicht gehalten, sondern sich nach wie vor als einer der gefährlichsten Feinde von Staat und Recht betätigt.

Nach Ansicht des ersten Senats des Volksgerichtshofes hat sich Kayser eines besonders schweren Falles des kommunistischen Hochverrats schuldig gemacht, der nur durch die Todesstrafe gesühnt werden kann.

Durch dieses Urteil ist eindeutig zum Ausdruck gebracht worden, daß Volk und Staat mit allem Nachdruck gegen verbrecherische Anschläge geschützt werden müssen und für derartige verbrecherische Elemente keine Rücksichtnahme am Platze ist. Das Urteil mag erneut unter Beweis stellen, daß niemand, der heute noch glaubt, sich für staats- und volksgefährdende kommunistische Ideen einsetzen zu können, mit der Milde des Gerichts rechnen kann. Aus dem gleichen Grunde mußten auch die Urteile gegen die übrigen vier Angeklagten hart und fühlbar werden. In allen Fällen ist außerdem zur Charakteristik des verabscheuungswürdigsten Verbrechens, des Hochverrats, auf langjährigen Verlust der bürgerlichen Ehrenrechte erkannt worden.

'Der Führer', Organ der NSDAP in Karlsruhe
6.8.1935

zum größten Teil aus politischen Gefangenen zusammensetzen. Das Zuchthaus selbst wurde von dieser Zeit an planmäßig umgebaut. Die einzelnen Bauten wurden durch unterirdische Gänge miteinander verbunden, sodaß es möglich war, auf diese Weise Gefangene zu transportieren. Sämtliche Bauten wurden allmählich mit zusätzlichen Sicherungseinrichtungen versehen. An den verschiedensten Stellen wurden Druckknöpfe angebracht, über die jederzeit die Polizei der Stadt Ludwigsburg alarmiert werden konnte. Zunächst trugen die einzelnen Beamten noch schwere Schlüsselbünde mit sich herum. In kürzester Zeit wurden die Schlösser sämtlicher Zellentüren und jener zu den einzelnen Bauten mit Sicherheitsschlössern versehen.

• • •

Nach der „Kristallnacht“

1938, nach der sogenannten "Kristallnacht", mußten im Außenkommando befindliche Gefangene die Steine der Ludwigsburger Synagoge ins Zuchthaus transportieren. Dort wurden sie zur Erhöhung der Mauern um den "Alten Zellenbau" verwendet. Ich selbst konnte durch mein Zellenfenster die Arbeit täglich zusehen.

So erfuhren wir von den Gefangenen im Außendienst und über die Kalfaktoren, was draußen geschehen war. Jedenfalls wurde alles getan, um das Zuchthaus Ludwigsburg gegen mögliche Ausbruchversuche abzusichern. Im Zuchthaus wurden in halbjährlichen Abständen immer wieder neue Beamte für den Bewachungsdienst in den Strafanstalten ausgebildet. Es handelte sich dabei durchwegs um jüngere Leute aus der SA und anderen Naziorganisationen.

Vom Zuchthaus ins KZ

Nach Kriegsausbruch kamen immer mehr Gefangene aus den verschiedensten Ländern Europas nach Ludwigsburg. Vor allem Tschechen, Franzosen, Holländer, auch Sowjetbürger und Angehörige anderer Nationen.

Um einer möglichen Überfüllung abzuweichen, gingen laufend einzelne Transporte von Gefangenen in verschiedenste Konzentrationslager ab, besonders auch in die Moorlager. Als der Krieg gegen die Sowjetunion begann, wurden in verstärktem Umfang Gefangene in der Rüstungsindustrie eingesetzt.

Todeskandidaten

Als das Gefängnis in Stuttgart etwa 1944/45 bombardiert wurde, sollten die geplanten Hinrichtungen im Zuchthaus Ludwigsburg durchgeführt werden. Im "Alten Zellenbau" war bereits eine große Anzahl von Todeskandidaten untergebracht. Im streng abgeschirmten Zellenhof des "Alten Zellenbaus" - Westseite - wurden Vorbereitungen für eine Hinrichtungsstätte getroffen.

Zu Hinrichtungen im Zuchthaus kam es jedoch meines Wissens nicht mehr. Verschiedene Faktoren dürften hierbei eine Rolle gespielt haben, vor allem die Tatsache, daß sehr viele Franzosen im Zuchthaus waren und andererseits der Zuchthausverwaltung nicht verborgen blieb, daß die Franzosen früher oder später nach Ludwigsburg kommen könnten.

Im Frühjahr 1945, als die angloamerikanischen Fliegerverbände bei Tag und Nacht Stuttgart anfliegen, wurde einmal in einer Nacht das Zuchthaus, mit Leuchtkörpern buchstäblich abgesteckt. Die Beamten hatten Angst und glaubten an eine geplante Bombardierung des Zuchthauses. Ich war bei der Brandwache und konnte dieses Ereignis selbst beobachten. Offenbar wollte man das Zuchthaus aussparen. Jedenfalls wußten die Angloamerikaner, wer im Zuchthaus untergebracht war.

Im Zuchthaus Ludwigsburg wurden die politischen Gefangenen sehr streng überwacht, um jede politische Äußerung zu unterbinden. Hierzu nützte man auch Spitzeldienste von kriminellen Gefangenen aus. Vor allem die höher Bestraften mußten sich sehr vorsehen, daß sie nicht in eine Falle gerieten.

Der Direktor des Zuchthauses, Claus, war ein ausgesprochener Parteibuchnazi. Er handhabte die von ihm bedeutend verschärfte Hausordnung sehr streng und war gegen die politischen Gefangenen unnachsichtig.

STAATSMINISTERIUM

Ministerpräsident

Stuttgart, 8. Januar 1946

Herrn
Wilhelm Künzler
Singen Kreis Pforzheim

Auf Grund des Gesetzes vom 20. Dez. 1945
berufe ich Sie hiermit
zum Mitglied der Vorläufigen Volksvertretung
für Württemberg-Baden.

gen. Dr. Reinhold Maier

Umgekommen

Der Genosse Hermann Böning war vor mir in der Korbmacherei beschäftigt und kam anschließend zur Außenkolonne. Kurz vor seinem Strafende (6 Jahre Zuchthaus) kam er auf rätselhafter Weise auf dem Hohenasperg ums Leben. Angeblich soll er vom Lastwagen gefallen sein. Hermann Böning war aus Heidelberg und bis 1933 Mitglied des Badischen Landtages.

Eugen Widmaier aus Stuttgart-Zuffenhausen kam 1940 im "Alten Zellenbau", wo er schon seit Jahren in Einzelhaft war, ums Leben. Er war lange Zeit fast mein Zellen Nachbar, sodaß ich ihn beim Hofgang kennenlernte. Er zeigte sich als aufrichtiger und hoffnungsvoller Genosse."

Ein Erlaß des Reichskommissars Goering an die Polizei:

Rücksichtsloser Waffengebrauch

gegen den roten Terror!

Schutz dem nationalen Deutschland — Der Staatszerfetzung die Faust
Wieder ein G.S.-Mann Opfer der kommunistischen Blutheher



Der Schießeraß Görings als Reichskommissar in Preußen aus dem »Völkischen Beobachter« vom 21. Februar 1933, also noch vor dem Ermächtigungsgesetz. Goebbels schrieb damals in sein Tagebuch, Göring räume in Preußen mit großer »Forschtheit« auf. Er habe das Zeug, »ganz radikale Sache zu machen«. Um sämtliche politischen Gegner auszuschalten, stellte Göring aus SA, SS und dem Stahlhelm eine »Hilfsspolizei« von 50.000 Mann auf. Damit war der parteipolitische Terror staatlich legalisiert.

Anzeigenpreise

Langzeit- und Anzeigenpreise sind nachfolgend festgesetzt. Der Preis für 1000 Zeilen beträgt 400,- bis 1200,- Mark. Der Preis für 1000 Zeilen beträgt 400,- bis 1200,- Mark. Der Preis für 1000 Zeilen beträgt 400,- bis 1200,- Mark.

Postanschrift 91247-49, 91248
Fernschreiber 86919

Verkaufspreis 15 Pfennig

Stuttgarter

NS-Kurier

Gauorgan

Stuttgarter

Stadt der Auslandsdeutschen

Der NSDAP

Neues Tagblatt

Mittwoch, den 18. April 1945

Bearbeitungspreis

Der Preis für die Bearbeitung eines Artikels beträgt 10,- bis 20,- Mark. Der Preis für die Bearbeitung eines Artikels beträgt 10,- bis 20,- Mark. Der Preis für die Bearbeitung eines Artikels beträgt 10,- bis 20,- Mark.

15. Jahrgang - Nummer 90

Jetzt noch einmal alle Kräfte zusammenreißen!

Die Entscheidungsschlacht im Osten

Stuttgart, 18. April (Presse-Verlag)

Während der Schlacht bei Berlin sind die Kräfte der Wehrmacht und der Bevölkerung des Reiches auf die äußerste Probe gestellt. Die Entscheidungsschlacht im Osten ist die entscheidende Schlacht für das deutsche Volk.

Wirksame Abwehr im Osten Fortdauer der heftigen Kämpfe

Stuttgart, 18. April (Presse-Verlag)

Zweitletzte Nummer des »NS-Kurier«: 19. April 1945

Stuttgarter

NS-Kurier

Gauorgan

Stuttgarter

Stadt der Auslandsdeutschen

Der NSDAP

Neues Tagblatt

Donnerstag, den 19. April 1945

Bearbeitungspreis

Der Preis für die Bearbeitung eines Artikels beträgt 10,- bis 20,- Mark. Der Preis für die Bearbeitung eines Artikels beträgt 10,- bis 20,- Mark. Der Preis für die Bearbeitung eines Artikels beträgt 10,- bis 20,- Mark.

15. Jahrgang - Nummer 91

Anzeigenpreise

Langzeit- und Anzeigenpreise sind nachfolgend festgesetzt. Der Preis für 1000 Zeilen beträgt 400,- bis 1200,- Mark. Der Preis für 1000 Zeilen beträgt 400,- bis 1200,- Mark. Der Preis für 1000 Zeilen beträgt 400,- bis 1200,- Mark.

Postanschrift 91247-49, 91248
Fernschreiber 86919

Verkaufspreis 15 Pfennig

Uns trägt der Glaube an den Führer!

Der Führer

Am Ende wird die Ueberrumpfung durchbrochen

Stuttgart, 19. April

Eines aber verlangt das Schicksal, daß es uns mit seiner Erfüllung begnadet - die totale Vernichtung, die aus der ungeheuren Kraft unserer Waffen und aus der Härte unserer unerschrockenen Willens erwächst. Keiner gewinnt, wenn ein Volk auf den Tisch wirft.

In schwerer Zeit

Die letzten Wochen des Kampfes sind die schwersten. Die letzten Wochen des Kampfes sind die schwersten. Die letzten Wochen des Kampfes sind die schwersten.

Stuttgarter

NS-Kurier

Gauorgan

Stuttgarter

Stadt der Auslandsdeutschen

Der NSDAP

Neues Tagblatt

Freitag, den 20. April 1945

Bearbeitungspreis

Der Preis für die Bearbeitung eines Artikels beträgt 10,- bis 20,- Mark. Der Preis für die Bearbeitung eines Artikels beträgt 10,- bis 20,- Mark. Der Preis für die Bearbeitung eines Artikels beträgt 10,- bis 20,- Mark.

15. Jahrgang - Nummer 92

Im Unglück nicht feige, sondern trotzig werden!

Ein standhaft Herz

In diesen Stunden wurde der deutsche Volk die Operationen der feindlichen Verbände im Osten mitgeteilt. Es ist der feindliche Überfall, der uns in diesem Augenblick bedroht. Die deutsche Bevölkerung ist auf die äußerste Probe gestellt.

Mit äußerster Erbitterung gegen den Bolschewismus Ansturm / Schwere Kämpfe auch im Westen

Das deutsche Volk ist auf die äußerste Probe gestellt. Die deutsche Bevölkerung ist auf die äußerste Probe gestellt. Die deutsche Bevölkerung ist auf die äußerste Probe gestellt.

Unseres Volkes glühendster Wille

Der deutsche Volk ist auf die äußerste Probe gestellt. Die deutsche Bevölkerung ist auf die äußerste Probe gestellt. Die deutsche Bevölkerung ist auf die äußerste Probe gestellt.

Die letzte Nummer des »NS-Kurier«:
20. April 1945

Hugo Starck (7.11.1906 - 4.8.1980)

"Im Namen der VVN/Bund der Antifaschisten lege ich als letzte Ehrung für unseren Freund und Kameraden Hugo Starck dieses Blumengebilde an seinem Urnengrab nieder. Wir ehren ihn und seine Angehörigen damit, denn er war ein Widerstandskämpfer.

Nach unseren bundesdeutschen Geschichtsbüchern fand Widerstand gegen das verbrecherische NS-System im wesentlichen nur in der Kirche und beim Militär statt. Dieser Widerstand gipfelte am 20. Juli 1944 mit dem Attentat gegen Hitler, weil hohe Militärs viel zu spät erkannten, daß der Krieg mit einer Katastrophe für Deutschland enden würde.

Hugo Starck hat zusammen mit seinen Freunden aus der Arbeiterbewegung nicht erst Widerstand geleistet, als der Karren schon hoffnungslos im Dreck steckte...Dieser Widerstand wurde geleistet schon bevor der Faschismus sein Terrorregime errichtete und hörte auch nach 1933 nicht auf. Man muß sich doch endlich vor Augen halten, daß es Arbeiter waren, die den ersten, entscheidenden Widerstand geleistet haben, und zwar zu einem Zeitpunkt, als noch Frieden herrschte und die Massenvernichtung von Juden und politischen Mißliebigen noch in weiter Ferne war. Erst mußte dieser Widerstand gebrochen werden, ehe ein verbrecherischer Staatsterrorismus zu weiteren Untaten schreiten konnte. Wenn das zwar so nicht in unseren Geschichtsbüchern steht, - Bundeskanzler Helmut Schmidt hat es bei einer Kranzniederlegung in Auschwitz vor zwei Jahren in ähnlicher Weise ausgedrückt: Deutsche Widerstandskämpfer waren die ersten Opfer des faschistischen Terrors. Ohne sie hätte das deutsche Volk wohl schwerlich nach 1945 einen so raschen Aufstieg erlebt.

Hugo Starck wurde im Alter von 29 Jahren, am 13.11.1935, unter der Anklage des Hochverrats verhaftet und saß hier in Ludwigsburg 20 Monate lang - das sind fast zwei Jahre - in Untersuchungshaft. Erst 1937 wurde er verurteilt und mußte auf einem Gefangenenschiff auf der Elbe seine Haft ableisten. Anschließend kam er auch noch in das übel berüchtigte KZ Welzheim. Was das für den Verstorbenen damals an seelischen und körperlichen Qualen bedeutet hat, können wir uns heute kaum noch richtig vorstellen; - aber nicht nur für ihn allein, auch seine Familie litt mit ihm unter der Diskriminierung des damaligen Systems. Und gerade hier in Württemberg gilt doch jeder, der vor einem ordentlichen Gericht verurteilt wird, egal weswegen, als Verbrecher. Als Kavaliersdelikt läßt man auch heute höchstens gelten, wenn ein rasanter Herrenfahrer Menschenleben auf dem Gewissen hat. Was das für die Tochter des Verstorbenen damals bedeutet hat: auch das sollten wir doch versuchen, uns vorzustellen - als Schülerin Tochter eines Zuchthäuslers zu sein und unter bössartigen Bemerkungen und einer allgemeinen Ächtung aufwachsen zu müssen, ist umso schwerer, als ein Kind ja noch nicht begreifen kann, wieso es aus der Gemeinschaft ausgeschlossen wird.

Wir ehren Hugo Starck aber auch deswegen, weil er im Gegensatz zur vorherrschenden Haltung nach 1945 sich weiterhin für das engagiert hat, was er als gut und richtig ansah. Die vorherrschende Haltung der Bevölkerung nach '45 war: "Ohne mich!", d.h. das Bestreben, sich aus allem herauszuhalten, was auch nur entfernt nach Politik roch. Daß er auch damit in der Nachkriegszeit gegen den Strom geschwommen ist, zeigt ihn auch heute für unsere Jugend als Vorbild. Nach wie vor gilt die alte Einsicht: Mit Duckmäusern kann eine Demokratie auf Dauer nicht aufrecht erhalten werden. Totale Anpassung hat uns schon mehr als einmal ins Unglück gebracht. Ein Widerstandskämpfer mußte nach 73 harten Lebensjahren seinen Kampf einstellen. Aber auch die heutige Zeit wird ohne Menschen, wie Hugo Starck einer war, nicht auskommen können.

Wer tritt an seine Stelle?

(Rede am Grab von Hugo Starck. Gehalten am 8.8.1980)

Alfons Kanitzer († 7.11.1943)



Alfons Kanitzer, geboren am 15. Oktober 1903, hatte sich vor und nach 1933 gegen die Nazis betätigt. Am 9. März 1942 wurde er als Mitglied der KPD verhaftet, am 5. April 1943 wegen Vorbereitung zum Hochverrat zu 12 Jahren Zuchthaus verurteilt und in Ludwigsburg eingesperrt.

Am 29. Oktober wurde Alfons Kanitzer ins Kreiskrankenhaus gebracht, wo er wegen einer Blinddarmentzündung operiert und am 7. November 1943 an "Bauchfellentzündung" gestorben ist.

Seine letzte Ruhestätte befindet sich auf dem Neuen Friedhof in Ludwigsburg.



Als selbst die Nazigrößen nicht mehr an den "Endsieg" glaubten und einige von ihnen den Selbstmord vorbereiteten, wurde die Bevölkerung noch mit Durchhalteparolen gefüttert. Mit dem "Werwolfzeichen" (trifft Verräter und Feind) versuchten sie vor allem die Jugend für den "Widerstand mit der Waffe" zu gewinnen, was weitere Todesopfer forderte.

Bilanz des Terrors

Nach den vorliegenden unvollständigen Unterlagen sind zwischen 1933 und 1945 131 Menschen aus Stadt und Kreis Ludwigsburg aus politischen, rassischen oder religiösen Gründen von den Nazis festgenommen und in Konzentrationslager, Zuchthäuser oder Gefängnisse verschleppt worden.

Manche der Eingekerkerten wurden nicht nur 1933, sondern immer wieder von Polizei und Gestapo abgeholt, sodaß die Zahl der Betroffenen nicht mit der nachfolgenden Aufstellung übereinstimmen kann.

Mindestens 70 der Festgenommenen wurden in Lagern umgebracht. Einen Bürger aus Mundelsheim haben die Nazi-Bestien wegen "Wehrdienstverweigerung" im Januar 1942 im Zuchthaus Brandenburg hingerichtet. In vielen Fällen wurde wegen "Vorbereitung zum Hochverrat" Anklage erhoben.

Manche der Verurteilten haben die Nazis nach "Strafverbüßung" in ein Konzentrationslager "überstellt", wo sie schließlich umkamen.

Haftgründe waren unter anderem: Funktionär der KPD, Mitglied der SPD, Weiterführung der Arbeit der verbotenen SAP, Verbreitung des roten "BOSCHZÜNDERS", Leiter des Kampfbundes gegen den Faschismus, Aufforderung zur Verteilung von Flugblättern, Oberleutnant bei der Internationalen Brigade in Spanien, Vergehen gegen das "Heimtückegesetz", "Beschimpfung" der Partei (NSDAP) und der Wehrmacht, da "rassisch" Jude, da "Halbjude", da "Volljude", Fahnenflucht, Zersetzung der Wehrkraft, Umgang mit deutscher Frau, die von der Gestapo befohlenen Schikanen gegen 45 "Ostarbeiterinnen" (Verschleppte aus der UdSSR) bei der Firma SALAMANDER nicht durchgeführt.



Vor einem der Wachtürme des KZ Buchenwald Widerstandskämpfer aus Württemberg 1945 nach der Befreiung vor der Heimreise. Zu erkennen sind von links nach rechts ab 6: Robert Leibbrand, Stuttgart-Botnang (verstorben), 7: Karl Straub, Stgt.-Ost (verstorben), 8: Wilhelm Eppinger, Ludwigsburg (jetzt Besigheim), 9: Ludwig Becker, Stgt.-Bad Cannstatt (verstorben), 10: Alois Lohr, Ulm/Donau (verstorben), 11: Hans Ruess, Esslingen (verstorben), 12: Karl Wagner, Stgt.-Feuerbach, 13: Karl Keim, Stgt.-Vaihingen (jetzt Ulm), 14: Josef Schuhbauer, Ulm (verstorben), 15: Oskar Mühlner, Esslingen (verstorben), Hermann Haller, Stuttgart; sitzend 2.v. links: Hans Gasparitsch, Stuttgart 31, 4: Eugen Riegert, Ludwigsburg (verstorben).

Stationen zur Hölle



In folgende Konzentrationslager, Zuchthäuser und Gefängnisse sind Bürger aus Ludwigsburg und Umgebung von den Nazis verschleppt worden:

Aneienie (Frankreich)	1	Les Milles Guos	1
Auschwitz (KZ)	12	Liegnitz	1
Berlin	3	Ludwigsburg (Zuchthaus)	10
Berlin-Moabit	1	Maly Trostinec	5
Beihingen	1	Mannheim (Gestapogef.)	1
Besigheim	1	Marbach /N.	1
Bissingen	1	Mauthausen (KZ)	2
Brandenburg (Gestapogef.)	1	München-Stadelheim (Gestapogef.)	1
Breslau	2	Natzweiler (KZ, Frankreich)	1
Bruchsal (Gestapogef.)	1	Ostlinde (KZ)	1
Buchenwald (KZ)	5	Pforzheim	1
Dachau (KZ)	6	Rastatt	1
Danzig	1	Regensburg	1
Ebrach	1	Riga	8
Eger	1	Rottenburg /N. (Gefängnis)	6
Fosoli (KZ, Italien)	4	Schlachtenwerth (CSSR)	2
Frankfurt /M.	1	Schribroek (KZ)	1
Germersheim	1	Sobilor	1
Gotteszell (Frauengef.)	6	Stettin (Gefängnis)	1
Grafeneck (Euthanasie)	1	Straubing	1
Gurs	1	Stuttgart	12
Heilbronn	1	Theresienstadt (KZ)	6
Heinersdorf (Lager)	1	Torgau	1
Heuberg (KZ)	24	Ulm (Gefängnis)	7
Hohenasperg	7	Vellmalords Cepoi	1
Hohenelbe	1	Vaihingen / Enz	2
Izbica	10	Vernel (Frankreich)	1
Kassel	1	Welzheim (KZ)	11
Karlsruhe (Gestapogef.)	1	Weinsberg	1
Köln	1	Worms	1
Kuhberg /b. Ulm (KZ)	11	Zweibrücken	2
Landau	1	Auf der "Flucht" erschossen	1

UNSEREN TOTEN ZUM GEDÄCHTNIS

Bader, Willy Stadtrat	Ludwigsburg KZ Dachau
Bechtle, Reinhold	Löschgau KZ Welzheim
Best, Erwin	Ludwigsburg nach KZ in „Bewährungsbataillon“ vermißt
Brucker, Franz	Ludwigsburg KZ in CSSR umgekommen
Elsas, Max Fabrikant	Ludwigsburg langjähriger Stadtrat nach Theresienstadt deportiert
Herr, Ludwig	Kornwestheim KZ Neuengamme
Kanitzer, Alfons	St. Georgen Zuchthaus Ludwigsburg
Koch, Fritz	Ludwigsburg als Spanienkämpfer gefallen
Mannheim, Oskar	Ludwigsburg KZ Belsen
Martin, Franz	Ludwigsburg KZ Mauthausen
Moninger	Ludwigsburg nach KZ in „Bewährungsbataillon“ vermißt
Messer	Eglosheim KZ Flossenbürg
Müller, Alfred	Ludwigsburg KZ Buchenwald
Pintus, Dr. med. Walter	Ludwigsburg KZ Dachau
Wissmann, Hermann	Ludwigsburg KZ Heuberg
Züfle, Fritz	Kornwestheim Stuttgart (Gestapohaft)

Jüdische Bürger, die ermordet wurden, umgekommen oder verschollen sind

Adler, Melanie	Groß, Hans	Laupheimer, Frieda	Szilit, Max
Bissinger, Heinrich	Henle, Jenny	Laupheimer, Regina	Szilit, Samuel
Daniel, Carla	Israel, Manette	Lipp, Hildegard	Weil, Berthold
Dreyfuß, Julius	Israel, Sigmund	Meyer, Sigmund	Weil, Eva Doris
Dreyfuß, Clara	Israel, Selma	Orhal, Antonie	Weil, Hans
Dreyfuß, Paula	Katz, Hermann	Ottenheimer, Adolf	Weil, Mina
Dreyfuß, Werner	Katz, Rosa	Ottenheimer, Florina	Wertheimer, Hannelore
Elsas, Jenny	Katz, Selma	Ottenheimer, Henriette	Wertheimer, Ida
Elsas, Martha	Kaufmann, Julia	Ottenheimer, Lina	Wertheimer, Josef
Frischauer, Hans	Kaufmann, Ludwig	Ottenheimer, Sara	Will, Johanna
Frischauer, Meta	Kaufmann, Salomon	Richter, Lina	Weil, Lina
Frischauer, Robert	Kusiel, Fanny	Schmal, Dr. David	
Frischauer, Walter	Kusiel, Salomon	Schmal, Selma	
Greilsamer, Jakob	Lang, Max	Stiefel, Meta	
Greilsamer, Klara	Laupheimer, Emma	Szilit, Anna	

Ehren- Urkunde

Für hervorragende Verdienste im
Widerstandskampf gegen das
nationalsozialistische Gewaltregime,
für die Wiederherstellung
von Freiheit und Demokratie verleiht das
Präsidium der
VVN - Bund der Antifaschisten

die Ehrenmedaille.



Frankfurt am Main, den 28. Januar 1978

Der Präsident

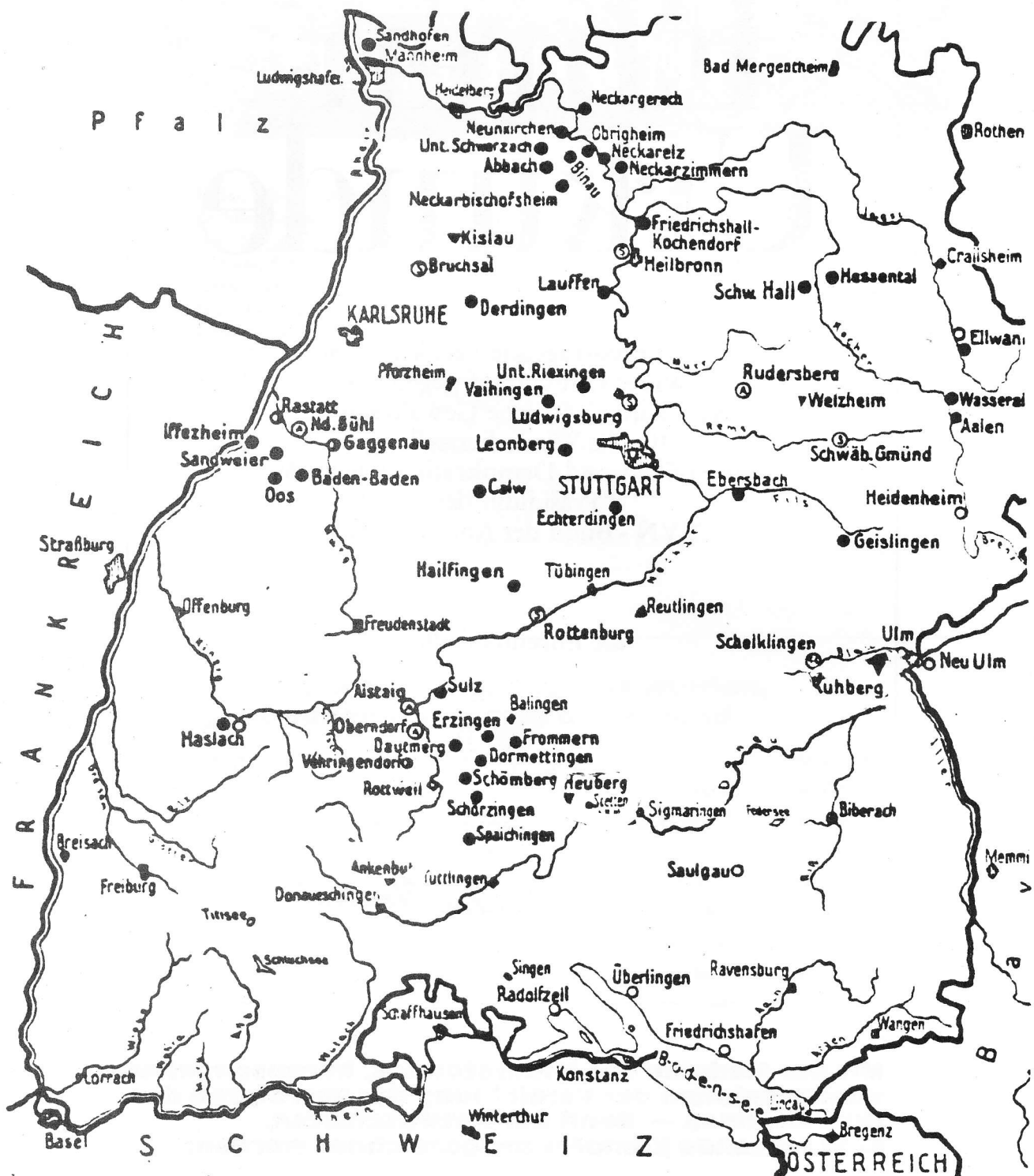
Joachim Permann

**Mit der Medaille des Widerstandes, herausgegeben
vom Präsidium der Vereinigung der Verfolgten des
Nazi-Regimes — Bund der Antifaschisten,
sind folgende Kämpfer ausgezeichnet worden:**

Eppinger, Wilhelm	Blesighelm
Herr, Fritz	Kornwesthelm
Kunde, Karl	Ludwigsburg
Martin, Gertrud	Ludwigsburg
Meinhold, Else †	Möglingen
Münz, Martha †	Ludwigsburg
Spielmann, August	Ludwigsburg

KZ

in Baden-Württemberg



Erläuterung: ● Außenkommando von Natzweiler, ○ Außenkommando von Dachau, ● Außenkommando Schirmeck, ⊕ Außenkommando von Buchenwald, ▴ Außenkommando von Sachsenhausen.

▼ KZ-Heuberg-Kuhberg-Welzheim-Kislau-Ankenbuk. ⊙ Arbeitserziehungslager, ⊕ H-Abfertigungslager

⊠ Strafanstalten

Anhang: Zelttafel

30.1.1933	Hindenburg beruft Hitler zum Reichskanzler.	22.6.1933	Verbot der SPD.
27.2.1933	Reichtagsbrand. Vorwand für blutige Terrorwelle gegen Kommunisten und andere Hitlergegner.	10.–16.9.1935	Nürnberger Parteitag der NSDAP Verkündung der antisemitischen Rassengesetze.
28.2.1933	Hindenburg erläßt »Verordnung zum Schutz von Volk und Staat«. Die Grundwerte der Weimarer Verfassung werden außer Kraft gesetzt.	8.–14.9.1936	Nürnberger Parteitag der NSDAP. Verkündung des Vierjahresplanes zur wirtschaftlichen und militärischen Kriegsvorbereitung.
20.3.1933	Himmler errichtet bei München das erste »reguläre« Konzentrationslager Dachau.	Herbst 1937	Beginn systematischer Arisierung jüdischer Vermögen.
23.3.1933	Am 9. März läßt Hitler die Reichstagsmandate der KPD ebenso wie in den folgenden Tagen die kommunistischen Mandate in Land- und Kreistagen annullieren und viele Abgeordnete verhaften. Dies ist die Voraussetzung, daß die Nazis eine verfassungsändernde Mehrheit im Reichstag erlangen. Gegen die Stimmen der durch Verhaftungen auf 94 Abgeordnete verringerten SPD-Fraktion verabschieden NSDAP und die übrigen bürgerlichen Parteien das »Ermächtigungsgesetz«. Weitere Artikel der Weimarer Verfassung werden außer Kraft gesetzt und die Hitler-Regierung ermächtigt, Gesetze auch ohne den Reichstag zu erlassen.	9.–11.11.1938	Von der Nazi-Führung organisiertes Pogrom in Deutschland (»Kristallnacht«).
29.3.1933	Von der NSDAP initiiert Generalboykott aller jüdischen Ärzte, Rechtsanwälte und Geschäfte.	1.9.1939	Ohne Kriegserklärung Überfall der faschistischen Armeen auf Polen. Ausbruch des 2. Weltkrieges.
2.5.1933	Besetzung der Gewerkschaftshäuser Zerschlagung der freien Gewerkschaften, Verhaftungen von Gewerkschaftsführern.	22.2.1941	Der IG-Farben-Konzern beschließt, bei Auschwitz ein Buna-Werk aufzubauen, für das KZ-Häftlinge als Arbeitssklaven von der SS zur Verfügung gestellt werden.
10.5.1933	Faschistische Bücherverbrennungen	22.6.1941	Faschistischer Überfall auf die Sowjetunion. In Deutschland Massenverhaftungen von Antifaschisten. – In den besetzten Teilen der Sowjetunion beginnen die Einsatztruppen mit ihren Massenmorden (bis 1942 über eine Million Ermordete).
		14.10.1941	Beginn der Massendeportationen jüdischer Bürger.
		20.1.1942	»Wannsee«-Konferenz beschließt Maßnahmen für die »Endlösung der Judenfrage«, d. h. die Massenausrottung.
		12.–15.8.1942	In Moskau beschließen die Vertreter der Regierungen Großbritanniens, der UdSSR und der USA gemeinsame Maßnahmen gegen die imperialistische Kriegspolitik Hitler-Deutschlands.
		8.5.1945	Bedingungslose Kapitulation der Hitler-Wehrmacht. Befreiung vom Faschismus.

Namensverzeichnis

- Alberdowski, I.C. 6,31,32,33
 Bader, Willy 6,17,18,28
 Bausch, Ernst 13
 Bebel, August 14
 Bechtle, Reinhold 23
 Becker, Ludwig 44
 Beerstecher, Hans 22
 Berger, Joel 9
 Bischoff, Ernst 5
 Bleicher, Willi 37
 Blessing, Wilhelm 28
 Böning, Hermann 41
 Bohn, Willi 34,36
 Bolz, Eugen 5
 Braun, Karl 12
 Bühler, Karl 5,11,14
 Class, Willy 23
 Claus 34,38,41
 Eberle, Hermann 32
 Elsässer, Otto 12
 Elsas, Bernhard 10
 Elsas, Ida 10
 Elsas, Ludwig 9,10
 Elsas, Max 6,9,10
 Eppinger, Wilhelm 23,29,44
 Essig 20
 Fedotow 31
 Franckh, Richard 16
 Frank, Dr. 16,29
 Frey 16
 Gasparitsch, Hans 44
 Glöckler, Dr. 31
 Göring 14
 Göritz, Arthur 24
 Greiner, Emma 19
 Grosse, Otto 14
 Grünspan 8
 Haag, Alfred 18
 Haller, Hermann 44
 Hausser, Alfred 4,34,37
 Haußer (Stadttrat) 29
 Heimsch, Eugen 28
 Herm, Minna 40
 Herr, Friedrich 14
 Herr, Lina 21
 Herr, Ludwig 6,18,21
 Herrmann, Lilo 24
 Heydrich, Reinhard 6
 Hieber 5
 Hindenburg, von 5,27
 Hitler, Adolf 5,6,13,16,27
 Hölle 13
 Hofmann 5
 Jagow, von 20,29
 Jegorow, K.W. 31
 Kämme, 13
 Kanitzer, Alfons 43
 Karl Eugen (Herzog) 33
 Kauffmann, Walter 28
 Kayer, Albert 40
 Keil, Wilhelm 12, 14f.
 Keim, Karl 44
 Kern, Josef 24
 Kern, Ludwig 28
 Kernbach, Bodo 22
 Klaile, Gustav 19
 Koch, Fritz 6
 Konzmann, Arthur 14
 Kopp, Wilhelm 16
 Kröner, Leonhard 28
 Künzler, Wilhelm 38,40
 Kunde, Karl 22,23,27,29
 Leibbrand, Robert 44
 Lenkow, I.W. 31
 Letsche, Kurt 34
 Lindner, Bruno 25
 Lovaz, Stefan 24
 Martin, Franz 23,25,26
 Marx, Hans 26
 Mauch, Gottfried 32,33
 Megerle, Eugen 16
 Meier, Karl 33
 Meißner, Karl 5
 Mironow, Dimitri 31
 Mössner 20
 Moltotow 31
 Molt, Karl 20
 Motsch (Sturmabführer) 16,29
 Mühlner, Oskar 44
 Müller, Alfred 26
 Müller (Gestapocheff) 6
 Münch 14
 Murr, Wilhelm 5
 Mutschler, Friedrich 11,12
 Neuhäusler, Johann 18
 Ostertag 15,16
 Paape, Anna 23
 Papen, Franz v. 5
 Payer (Landgerichtsrat)
 Pfaff, Josef 40
 Pflugbeil, Willy 19
 Pflugfelder Dr. 22
 Pinkus, Fritz 9
 Pintus, Walter 9
 Pyschkin, P.I. 31
 Rath, Ernst vom 6,8
 Rau 13
 Reiff 13
 Resnikow, N.M. 33
 Riegert, Berta 28
 Riegert, Eugen 27,28,44
 Römer, Karl 11
 Ruess, Hans 44
 Ruggaber, Karl 14
 Schick, Thomas 29
 Schuhbauer, Josef 44
 Schuler, Emil 19
 Schumacher, Kurt Dr. 14,18,21
 Schweitzer, Heinrich 13,16
 Seitz 5
 Seyerle, Albert 27
 Siegle, Karl 5
 Sprecher, Eugen 14
 Sprenger, Karl 5,12,14
 Stähle, Bruno 19
 Staiger, Dr. 37
 Starck, Hugo 24,43
 Steidle, Sepp 24
 Straub, Karl 44
 Swerew, A.W. 31
 Szilit, Max 9
 Tischendorf, Alfred 14,16
 Tschupachin 31
 Tucholsky, Kurt 5
 Ulmer, Gerhard 6
 Ulshöfer, Dr. 25
 Urbansky, Franz 40
 Vielhauer, Walter 29
 Wagner, Karl 44
 Warthmann, Friedrich 14
 Weidenbach, Otto 24
 Weippert, Karl 24
 Weis, Wilhelm 14
 Weißenrieder 34,38
 Widmaier, Eugen 33,35,36,37,41
 Wissmann, Hermann 6
 Wösner, Andreas 34
 Wolf 13
 Wolkow, Kostja 31
 Zeh, Walter 23
 Zetkin, Clara 14
 Zierreis 25,26
 Züfle, Fritz 6,19,20

Ortsverzeichnis

Amsterdam 24
 Antwerpen 11
 Asperg 4,5,13,20,23,26,41
 Astrachan 31
 Augsburg 31
 Auschwitz (KZ) 9,32
 Backnang 32
 Bäumenheim 32
 Baiersbronn 19
 Basel 24
 Berlin 31
 Bietigheim-Bissingen 23,29,33
 Borissoglebsk 33
 Bruchsal 3,8
 Brüssel 11
 Buchenwald (KZ) 24,26,27
 Celle 37
 Chemnitz (heute Karl-Marx-Stadt) 37
 Dachau (KZ) 6,18,21,25,31,32
 Dallas 9
 Donaueschingen 14
 Duisburg-Hamborn 37
 Empfingen (Krs. Taubertbischofsheim) 25
 Eschenau bei Heilbronn 10
 Esslingen 21
 Freudental 6,8
 Friedrichshafen 20
 Geisingen 23
 Geislingen/Steige 27
 Göppingen 8
 Gotteszell 21,23,24.
 Gurs 9
 Hamburg 31
 Hannover 11,31
 Heidelberg 41
 Heidenheim 28
 Heilbronn 8,29
 Helsa 14
 Heuberg 5,6,12,14,15,16,19,21,22,23,26
 Horb 8
 Ingersheim 12
 Innsbruck 31
 Jungfernhof (KZ) 9
 Karlsbad 11
 Karlsruhe 31,32
 Köln-Deutz 26
 Konstanz 14
 Kopenhagen 11,24
 Kornwestheim 5,6,9,11,12,13,21,22,23,29
 Kuhberg (Ulm) 18,19,21,22,23,26,27
 Lauffen/Neckar 33
 Laupheim 8
 Leipzig 11,31
 Leningrad 31,32,33
 Löchgau 23
 Łódź 33
 Marbach 5,12,23
 Markgröningen 13,23
 Maulbronn 26
 Mauthausen 25,26,32
 Metzingen 37
 München 31
 Naumowska (Gebiet Tula) 31
 Nellingen 28

Neuengamme 6,21
 Neuen 11
 Omsk 33
 Paris 8,9
 Prag 11,24
 Prittzbach 9
 Reichenberg 11,24
 Remchingen 38
 Remseck 12
 Rottenburg/Neckar 27,29
 Saarbrücken 24
 Saargemünd 11
 Saarlouis 24
 Schleißheim 32
 Schramberg 29
 Schwäbisch Hall 8,31
 Sigmaringen 14
 Stalingrad 33
 Strasbourg 11
 Stuttgart 8,9,13,14,19,20,23,25,27,28,
 29,31,32,35,37,41
 Tamm 23
 Tettnang 12
 Theresienstadt (KZ) 9
 Trautena 11
 Tübingen 8
 Ulm 8,19,20,27,29,31
 Vaihingen/Enz (KZ) 33,35
 Villingen 14
 Vollmaringen/bei Nagold 29
 Welzheim (KZ) 6,10,19,25,27,32,33,43
 Wien 31
 Wilpolsried 32
 Wolfenbüttel 37
 Zürich 24

Sachregister

Bosch 26,37
 Club'scher Saalbau 49
 Eiserne Front 11,13,20
 Frauenarrest Schorndorfer Straße 49
 "Gesetz zum Schutze des deutschen
 Blutes und der deutschen Ehre" 7
 Ludwigsburger Kreiszeitung 10
 Ludwigsburger Zeitung 5,6,8,10,13,22,23
 Neckarpost 14,16
 "Nürnberger Gesetze" 7
 Reichsbanner 11,13,20
 "Reichsbürgergesetz" 7
 "Reichskristallnacht" 6,10
 Reichstagsbrand 5
 Reichswehr 7
 Roter Salamander 26
 Schloßstraße Polizeidirektion 49
 Schorndorfer Straße 4
 Schwäbische Tagwacht 14
 "die tat" 10
 US-Armee 4
 Völkischer Beobachter 6,16,41
 Vorwärts, SPD-Zentralorgan 5
 Wannsee-Konferenz 9

Quellen- und Literaturhinweise

Adler, H.G.: Die Juden in Deutschland. Von der Aufklärung bis zum Nationalsozialismus. München 1960.

Bauer, Fritz u.a.: Antisemitismus. Zur Pathologie der bürgerlichen Gesellschaft. Frankfurt am Main 1965.

Bohn, Willi: Einer von Vielen, Frankfurt 1981

Bohn, Willi: Stuttgart - Geheim!, Frankfurt 1978

Bohn, Willi: Transportkolonne Otto, Frankfurt 1970

Braunbuch über Reichstagsbrand und Hitlerterror, (Faksimile-Nachdruck), Frankfurt 1978

Brodski, I.A.: Die Lebenden kämpfen, Berlin (DDR) 1968

Brodski, I.A.: Im Kampf gegen den Faschismus. Sowjetische Widerstandskämpfer in Hitlerdeutschland 1941-1945, Berlin (DDR) 1975

Das Tagebuch der Anne Frank. Frankfurt / M. 1977

Der alltägliche Faschismus in Tübingen; Tübingen 1978

Die anderen; Widerstand und Verfolgung in Harburg und Wilhelmsburg, Zeugnisse und Berichte 1933-1945; Hamburg 1981

Der deutsche antifaschistische Widerstand 1933-1945; Frankfurt 1975

Dokumente über die Verfolgung der jüdischen Bürger in Baden-Württemberg durch das Nationalsozialistische Regime 1933-1945; Stuttgart 1966

Dokumente zur Geschichte der Frankfurter Juden 1933-1945. Frankfurt am Main 1963

Drobisch, Klaus (u.a.): Juden unterm Hakenkreuz; Verfolgung und Ausrottung der deutschen Juden 1933-1945. Frankfurt am Main 1973

Edel, Peter: Die Bilder des Zeugen Schattmann; Frankfurt am Main 1972

Es gibt keinen jüdischen Wohnbezirk in Warschau mehr. Darmstadt 1976

Eschwege, Helmut (Hrsg.): Kennzeichen J.; Bilder, Dokumente, Berichte zur Geschichte der Verbrechen des Hitlerfaschismus an den deutschen Juden 1933-1945; Berlin 1966

Engelmann, Bernt: Deutschland ohne Juden; München 1970

Faschismus-Getto-Massenmord. Dokumentation über Ausrottung und Widerstand der Juden in Polen während des Zweiten Weltkrieges; Frankfurt am Main o.J.

Hilsenrath, Edgar: Der Nazi und der Friseur; Köln 1977

Keil, Wilhelm: Erlebnisse eines Sozialdemokraten, Bd. II; Stuttgart 1948

Künzler, Wilhelm: Aus meinem Leben; Karlsruhe 1980

Ludwigsburger Geschichtsblätter. Heft 30/1978

Ludwigsburg im Wechsel der Zeiten; Ludwigsburg 1936

Oppenheimer, Max: Als die Synagogen brannten; Frankfurt 1978

Schätzle, Julius: Stationen zur Hölle. Konzentrationslager in Baden und Württemberg 1933-1945; Frankfurt 1974

SPD Kornwestheim: Der Ortsverein von 1898-1946; Kornwestheim 1973

SPD Ludwigsburg: 80 Jahre Ortsverein; Ludwigsburg 1971

Stuttgart im Dritten Reich: Prolog. Politische Plakate der späten Weimarer Republik; Stuttgart 1982

Stuttgart im Dritten Reich: Völkische Radikale in Stuttgart. Zur Vorgeschichte und Frühphase der NSDAP 1890-1925. Stuttgart 1982

Verfolgung, Widerstand, Neubeginn in Freiburg 1933-1945; Freiburg 1980

Nachweis der Photos und Dokumente:

Wenn nicht anders vermerkt, stammen die Photos und Dokumente aus Privatbesitz, oder sind in so vielen Dokumentationen enthalten, daß ein exakter Nachweis nicht mehr möglich ist. Danken wollen wir an dieser Stelle nochmals dem Ludwigsburger Stadtarchiv, das uns den Abdruck von diversen Schriftstücken gestattet hat.

Impressum

STREIFLICHTER

Dokumentation über Verfolgung und Widerstand
Erscheint in 6 Folgen
Herausgeber: Verband der Verfolgten des Naziregimes/Bund
der Antifaschisten Kreis Ludwigsburg

Verfasser: Werner Hoffmann
Graphische Gestaltung: Ludwig Stark

Druck: Luzifer Verlag
Ludwigsburg
(0 71 41/2 99 80)

Copyright: VVN/BdA, Luzifer-Verlag
Ludwigsburg 1983, 1. Auflage

Todesbescheinigung.

Jahr 194..... Nr. des Sterberegisters.....

Eingetragen beim Standesamt Nr.....

1. Vor- und Zuname: (Bei Kindern ohne Namen, Name des Vaters, eventl. bei unehelichen Name der Mutter.)	Ludwig H e r r ,
2. Datum der Geburt: (Bei totgeborenen Kindern das Alter der Frucht)	Jahr.....1890..... Monat.....Mai..... Tag.....8.....
3. Geschlecht:	männlich
4. Stand, Geschäft:	Mechaniker
5. Wohnung, Strasse, Nr. (eventl. Angabe des Stock- werkes, Hofes od. Kellers)	Kornwestheim, B.A Ludwigsburg, Holzgrund. 31
6. Ort des Todes:	K.L.Hmb.-Neuengamme
7. Tag u. Stunde d. Todes:	24. Jan. 1945 3.00
8. Krankheit:	Bronchopneumonie

Feuerbestattung unbedenklich.....
Dass ich obengenannte mit
ärztlich behandelt, die Leiche gesehen und untersucht und
an ihr Zeichen der eingetretenen Verwesung und keine Spur
einer unnatürlichen Veranlassung des Todes gefunden habe,
bescheinige ich.

Neuengamme

Der Lagerarzt

1945

44-St.-Oberjunker.

KL/38/4.43 500.000

Die Todesbenachrichtigung aus dem KZ Neuengamme.